

# E & W

Erziehung & Wissenschaft

06/2013

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW



## Berufsethos



Orientierung für die pädagogische Arbeit

**SABINE ANDRESEN**

Foto: privat

# Ethik ist kein Luxus!

Jeder Mensch habe ein Recht auf keine Qualen, bemerkt ein Achtjähriger in einem Interview. Ein ethischer Gedanke, den ein Kind als ein Grundrecht formuliert. „Keine Qualen“ zu haben bedeutet für Kinder, gewaltfrei aufzuwachsen, liebevolle Fürsorge von Erwachsenen zu erfahren, beachtet statt missachtet zu werden, wachsen zu können. Autonomie zu erleben und über angemessene materielle Ressourcen zu verfügen. Die Pädagogik als fester Bestandteil heutiger Kindheit ist dementsprechend mit der Anforderung konfrontiert, zu den Rechten von Kindern und Jugendlichen beizutragen (s. S. 23 f.) und ihnen dazu zu verhelfen, diese zu leben. Sorgsames Nachdenken über Bildungs- und Erziehungsprozesse forderte schon immer zu ethischen Positionierungen heraus. Für die Professionalisierung in allen pädagogischen Berufen ist Ethik unverzichtbar. Das sollte auch nicht als „Gutmenschentum“ diffamiert werden.

Worauf eine Ethik angesichts des heutigen Wissens um Machtverhältnisse in pädagogischen Kontexten gründen muss, ist dringend zu diskutieren, offensiv und unter möglichst breiter Beteiligung. Bereits die Verständigung über ethische Grundlagen, die die persönliche Seite moralisch sittlichen Handelns ebenso im Blick hat wie die sozialen Rahmenbedingungen, ist Teil der pädagogischen Ethik. Es gilt daher, das Augenmerk auf die Verfahren der Verständigung und Aushandlung in einzelnen Schulen oder anderen pädagogischen Institutionen zu richten. Dies ließe sich auch als Element nutzen, Schutzkonzepte in einer Institution zu entwickeln.

Was können Eckpunkte einer pädagogischen Ethik sein? Vor dem Hintergrund eines empirisch fundierten Wissens sowie Kenntnissen philosophischer und historischer Grundlagen der Pädagogik geht es zunächst um eine schwierige Balance. Pädagoginnen und Pädagogen sollten einerseits in der Lage sein, sich in aufreibenden Situationen von den eigenen Affekten zu distanzieren. Der Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich nannte das ein Merkmal von Bildung. Andererseits benötigen Fachkräfte in der Begegnung und Auseinandersetzung mit Her-

anwachsenden eine Nähe zu eigenen Gefühlen und Erinnerungen aus der Kindheit und Jugend. Daraus ergeben sich Fragen, etwa: Wie denn Lehrkräfte, Erzieherinnen und Sozialarbeiter zu verantwortlichem Handeln und zu angemessenen pädagogischen Beziehungen zu befähigen sind? Oder: Wie institutionelle Strukturen aussehen müssen, um Anerkennung und Respekt als Leitlinien pädagogischen Handelns entwickeln zu können?

Pädagogische Ethik basiert auf bildungstheoretischen Grundlagen. Auch wenn aus Geschichte und Gegenwart bekannt ist, dass Bildung kein Schutzschild vor dem Abgründigen des menschlichen Repertoires im Umgang mit Kindern und Jugendlichen ist, bietet sie doch einen unverzichtbaren Zugang zu Respekt und Achtung. Wer sich bewusst ist, wie wichtig ethische Grundlagen sind, dem öffnet sich die Perspektive auf die moralischen Gefühle aller an Bildungs- und Erziehungsprozessen beteiligten Menschen. Zum Beispiel: Was bedeuten Mitleid oder Scham in pädagogischen Prozessen?

Ethik ist kein Luxus! Pädagoginnen und Pädagogen sind täglich mit Gefühlen, Zeitdruck, schwierigen Situationen konfrontiert. Darum sollte man erstens ihrer Kompetenz, dem Recht des Kindes auf Respekt, Beteiligung und Beschwerde Geltung zu verschaffen, mehr Aufmerksamkeit widmen. Zweitens benötigen Institutionen Verfahren, Kinderrechte im Arbeitsalltag umsetzen zu können. Drittens verlangt die Vergewisserung ethischer Standards, sich kritisch mit den Rahmenbedingungen pädagogischen Handelns auseinanderzusetzen. Damit stehen Leitungsstrukturen ebenso auf dem Prüfstand wie Zeitmanagement, die Kultur eines Kollegiums oder Angebote für Fort- und Weiterbildung sowie Beratung. In der Sprache des Kindes gibt es ein Recht auf keine Qualen, hier ist die Pädagogik mit in der Verantwortung.

Sabine Andresen,  
Professorin für Erziehungswissenschaft an der  
Goethe-Universität in Frankfurt am Main

**Schwerpunkt** Berufsethos: Eckpunkte für eine pädagogische Orientierung – GEW stößt Debatte an Seite 6 ff.



Foto: dpa

**Hochschule:** Wissenschaftskarriere und Kind – noch immer nicht gut zu vereinbaren Seite 29 ff.



Foto: Kay Hirschelmann

**12. bis 16. Juni – GEW-Gewerkschaftstag in Düsseldorf:** Es stellen sich zur Wahl ... Seite 34 ff.



# Inhalt

## Gastkommentar

Ethik ist kein Luxus!

Seite 2

## Impressum

Seite 3

## Auf einen Blick

Seite 4

## Prämie des Monats

Seite 5

## Schwerpunkt: Berufsethos

- 1. Wer braucht schon Helden? Seite 6
- 2. Interview mit Annedore Pregel: Plädoyer für einen ethischen Diskurs Seite 10
- 3. Berufsethische Leitvorstellungen: Wir statt ich Seite 14
- 4. Statements von fünf Schulleiterinnen und -leitern aus fünf Ländern: Respektvolles, freundliches und wertschätzendes Miteinander Seite 16
- 5. Lehrerhandeln: Klassenfahrt ohne Ali – können wir das verantworten? Seite 20
- 6. Wertekompass Kinderrechte Seite 23
- 7. Berufsethos der Bildungsinternationale: ... gerecht und mit Mitgefühl ... Seite 25
- 8. Interview mit Joachim Bauer: „Empathie kann sich erschöpfen“ Seite 26

## Bildungspolitik

GEW-Kommentar zur politischen Bilanz von Schwarz-Gelb: Neustart in der Bildungspolitik Seite 27

## GEW-Intern

Online-Befragung nach der ersten GEW-Bundesjugendkonferenz: Junge GEW will Dialog Seite 28

## Hochschule

- 1. GEW-Tagung zur Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlichem Beruf: „Beste Familienpolitik: mehr feste Stellen“ Seite 29
- 2. GEW-Kommentar zum BuWiN-Bericht: Templiner Manifest wirkt Seite 31
- 3. Interview mit Anke Burkhardt: „Dauerstellen sind nur über eine Professur zu haben“ Seite 32

## 27. GEW-Gewerkschaftstag

Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten Seite 34

## Tarif- und Beamtenpolitik

- 1. Interview mit Ulrich Battis: „Ganz einfach: klagen“ Seite 40
- 2. Beamte: Länder sparen sich Besoldung Seite 41
- 3. Beamtenprotest in Bremen: „Keine Nullrunde“ Seite 42
- 4. GEW-Kommentar zu L-ego: Tarifautonomie? Bitte nur bei den anderen! Seite 44

## Internationales

Interview mit Jan Peters: Die alte Kompromisskultur ist völlig außer Kraft gesetzt Seite 45

## Leserforum

Seite 46

## Diesmal

Seite 48

**Titel: Werbeagentur Zimmermann**

## IMPRESSUM

### Erziehung und Wissenschaft

Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 65. Jg.

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund  
 Vorsitzender: Ulrich Thöne  
 Redaktionsleiter: Ulf Rödde  
 Redakteurin: Helga Haas-Rietschel  
 Redaktionsassistentin: Renate Körner  
 Postanschrift der Redaktion: Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M.,  
 Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202  
 renete.koerner@gew.de, www.gew.de

Redaktionsschluss ist in der Regel der 7. eines jeden Monats.  
 Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Gestaltung:  
 Werbeagentur Zimmermann, Hedderheimer Landstraße 144, 60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH,  
 Goldammerweg 16, 45134 Essen  
 Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller  
 Telefon 0201 84300-0, Fax 0201 472590  
 anzeigen@stamm.de, www.erziehungundwissenschaft.de  
 gültige Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1. 5. 2012,  
 Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats

E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Altpapier gedruckt.



ISSN 0342-0671

### Lehrer-Warnstreikwoche in Berlin

Die Berliner GEW hatte vom 13. bis 17. Mai zu einer Streik- und Aktionswoche angestellter Lehrkräfte aufgerufen. An jedem Aktionstag versammelten sich mindestens 500 Pädagogen im Protestcamp am Berliner Molkenmarkt und forderten gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit. Allein am letzten Streiktag kamen 2500 Protestierende aus über 200 Schulen zu einer Abschlusskundgebung. Die Berliner GEW-Vorsitzende Doreen Siebernik resümierte: „Die Kolleginnen und Kollegen haben ein deutliches Zeichen gesetzt, dass sie als angestellte Lehrkräfte keine Beschäftigten zweiter Klasse mehr sein wollen.“ Hintergrund der Warnstreik-Aktionen: Bisher hatte sich der Senat geweigert, Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften aufzunehmen. Die GEW fordert die tarifliche Eingruppierung angestellter Lehrerinnen und Lehrer (L-ego). Zudem verlangen die Streikenden Regelungen zu alternsgerechten Arbeitsbedingungen. Das Land Berlin hatte im Vorfeld der Aktionen versucht, die Streiks verbieten zu lassen. Dies scheiterte jedoch vor Gericht in erster Instanz (s. S. 44).



Foto: GEW Berlin

**Allein am letzten Streiktag kamen rund 2500 Lehrkräfte aus über 200 Schulen auf dem Berliner Molkenmarkt zusammen.**

### SPD: neues Ganztagschulprogramm des Bundes

Die SPD hat im Bundestag beantragt, dass der Bund in den nächsten vier Jahren ein neues Ganztagschulprogramm auflegt und dafür acht Milliarden Euro zur Verfügung stellt, berichtet die Deutsche Presse-Agentur (dpa). Ziel müsse ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot im gesamten Bundesgebiet sein. Das Geld solle sowohl in den Ausbau der Schulen investiert werden als auch in die Qualität des Unterrichts und der Betreuung. GEW-Schulexpertin Marianne Demmer begrüßte den SPD-Vorstoß: „Dass die SPD das Thema auf Bundesebene noch einmal aufgreift, signalisiert, dass sie den Ganztags-Ausbau als gesamtstaatliche Aufgabe betrachtet und Länder und Kommunen mit dessen Finanzierung nicht im Regen stehen lassen will.“ Allerdings, so Demmer, reiche die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung allein nicht aus. Gesamtstaatliche Verantwortung müsse auch die Verständigung der beteiligten Ebenen auf einen gemeinsamen Qualitätsrahmen einschließen. Der Weg dahin müsse gegebenenfalls durch eine Änderung des Grundgesetzes freigelegt werden.

### Pädagogische Saisonkräfte

Viele der gut 200 000 angestellten Lehrkräfte in Deutschland werden kurz vor den Sommerferien entlassen und müssen – zumindest bis zum Beginn des neuen Schuljahres – von Arbeitslosengeld leben. Der Grund: Ihre Arbeitsverträge sind bis zum Ende der Unterrichtszeit befristet und sparen die Sommermonate aus. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) hätten sich, so berichtet die Süddeutsche Zeitung (SZ), in den Sommerferienmonaten 2012 bundesweit 5400 Lehrkräfte arbeitslos gemeldet. Diese sogenannte Saisonarbeitslosigkeit gehe im September wieder deutlich zurück, wenn die Pädagogen neue befristete Verträge erhielten. GEW-Tarifexpertin Ilse Schaad bezeichnet diese Praxis „als Skandal“. Die Arbeitslosenversicherung sei nicht dazu da, sagte sie gegenüber der SZ, „Lehrkräfte im Juli und August zu bezahlen“. Spitzenreiter der Länder, die mit dieser Befristungspraxis arbeiten, war laut BA-Statistik 2012 Baden-Württemberg. Der GEW-Landesverband stellt fest, dass im Ländle jedes Jahr Ende Juli etwa 2000 Lehrerinnen und Lehrer nicht ihre Sommerferien, sondern den Gang zu den Arbeitsagenturen anträten.



Foto: Gerd Altmann/pixello.de

### GEW passt Beiträge an

Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst der Länder bringt den Angestellten ein deutlich höheres Bruttogehalt: 5,68 Prozent. Die Einkommen steigen bei einer Vertragslaufzeit von 24 Monaten in zwei Schritten: Ab dem 1. Januar 2013 bekommen die Beschäftigten rückwirkend 2,65 Prozent mehr Gehalt. Gleichzeitig wird der Tabellenabschlag für die Lehrkräfte für die Entgeltgruppen (EG) 5 bis 8 um 6,40 Euro und für die EG 9 bis 13 um 7,20 Euro abgeschmolzen. Die Beiträge der GEW-Mitglieder werden entsprechend angepasst. Zum 1. Januar 2014 wird dann in einem zweiten Schritt das Gehalt um 2,95 Prozent erhöht und der Tabellenabschlag für Lehrkräfte weiter reduziert. Danach erfolgt eine weitere Beitragsanpassung, auf die E&W zeitnah aufmerksam machen wird. Petra Grundmann, Leiterin des GEW-Arbeitsbereichs Finanzen

### GEW Hamburg: Anja Bensinger-Stolze neue Vorsitzende

Der Gewerkschaftstag der GEW Hamburg hat am 15. Mai eine neue Vorsitzende gewählt. Für Anja Bensinger-Stolze, Lehrerin an der Stadtteilschule Bahrenfeld, haben rund 90 Prozent der Delegierten votiert. Bensinger-Stolze will sich schwerpunktmäßig für eine Lehrkräfte-Entgeltordnung (L-ego) stark machen und die GEW weiter zu einer attraktiven Mitmachgewerkschaft hin öffnen. Sie ist Nachfolgerin von Klaus Bullan, der nicht wieder kandidiert hat.



Foto: dpa

**Anja Bensinger-Stolze**

# Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie ein Büchergutschein.\*

## Prämie des Monats Juni: 30 Euro Büchergutschein



Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern  
unter [www.gew.de/Praemienwerbung.html](http://www.gew.de/Praemienwerbung.html)

\*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder der GEW-Landesverbände Niedersachsen und Thüringen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!  
Per E-Mail: [mitglied-werden@gew.de](mailto:mitglied-werden@gew.de) | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Vorname/Name	GEW-Landesverband
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße/Nr.	Telefon Fax
<input type="text"/>	<input type="text"/>
PLZ/Ort	E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

# Wer braucht schon Helden?

**// Lehrer als Filmhelden – tolle Typen!? Unerreichbar im harten Schulalltag? Bei genauerem Hinsehen entpuppen sich die pädagogischen Superstars als Fehlbesetzung. Kinder und Jugendliche sind mit ganz normalen Pädagoginnen und Pädagogen wahrscheinlich besser bedient. //**

Lehrerinnen und Lehrer? Ganz arme Würstchen. Jedenfalls im Film. Die Rede ist dabei keineswegs nur von ganz offensichtlichen Dummebuteln wie Richard Vernon aus *The Breakfast Club* (USA 1985, Regie: John Hughes) oder so charmanten Losern wie Michael Douglas' kiffendem Literaturprofessor Grady Tripp in Curtis Hansons *The Wonderboys* (USA 2000); sondern ganz explizit auch von den scheinbar so tollen Lehrerinnen und Lehrern der zurückliegenden 20 Filmjahre. Heißen sie François Marin (*Die Klasse*, Frankreich 2008, Regie: Laurent Cantet), Louanne Johnson (*Dangerous Minds*, USA 1995, Regie: John N. Smith) oder Rainer Wenger (*Die Welle*, Deutschland 2008, Regie: Dennis Gansel).

Ein Titan ist weit und breit nicht zu entdecken. Aber wer braucht schon Helden in der Schule? Die meisten Schülerinnen und Schüler sind wohl mit alltagstauglichen, ganz simplen Vorbildern, „netten Kerlen“, redlichen Ansprechpartnerinnen zufrieden. Ihnen ist zu wünschen, dass sie diese im Schulalltag finden. Aber im Film? Weit gefehlt. Auch wenn das auf den ersten Blick nicht so scheinen mag. Schließlich gibt Robin Williams' unkonventioneller John Keating in *Der Club der toten Dichter* (USA 1989, Regie: Peter Weir) den Wonderboy. Ein Idol, ein Lehrer, den alle verehren, ja lieben.

Ein Mann mit Gewissen, der heiße Tränen über seine Schüler vergießt, mit

Lust am Unterricht, Liebe zum Stoff, Respekt für seine Jungs. Einer, der seinen Beruf so liebt, dass er seine Frau im fernen London zurücklässt, um amerikanische Internatsschüler für Poesie zu begeistern. Ein Lehrer, so wunderbar, dass es ihn gar nicht geben kann.

## Der Zampano

Aber ist Keating wirklich ein Pädagoge, den man bewundern sollte? Er lässt seine Schüler im Gleichschritt über den Hof marschieren, lässt sich von ihnen (wenn auch ironisch gebrochen) „Oh Captain, my Captain“ nennen und fordert sie auf, ganze Kapitel aus ihren Schulbüchern zu reißen. Und nie verstehen diese Schäflein, warum. Aber sie tun's, ohne nachzudenken. Keating ist ein Manipulator. Seine Tricks funktionieren nur deshalb so mühelos, weil er ein diktatorisches System vorfindet, in dem er leicht triumphieren kann. Er muss nur das Ventil ein wenig öffnen und schon entwickelt er sich gleichsam ungewollt zum Guru. Die Basis dafür legen die gleichgeschalteten Köpfe der am Denken gehinderten Knaben. Auf dem Boden der Mikro-Diktatur eines autoritär geführten Internats der 1950er-Jahre gedeiht jede neue Ideologie wie Löwenzahn auf einer Kuhwiese.

Ist der Pädagoge Keating seinen Schülern besonders nah? Nimmt er sie ernst? Interessiert er sich auch nur für sie? Mit ein bisschen Höhlenromantik, einer Prise Verbotenem (nächtliche Ausflüge) und einer Spur Sex (Liebesverse) macht er aus ganz normalen Teenagern im Handumdrehen glühende Anhänger der großen Dichter; Jungen, von denen sich die meisten noch Minuten zuvor mehr fürs Fußballspielen oder ihre späteren Karrieren als Anwälte und Manager interessierten.

Mühelos stülpt er seinen Schülern die eigenen Leidenschaften über, zwingt



Ist John Keating (Robin Williams) – das Lehreridol aus dem „Club der toten Dichter“ – zu bewundern? Bei genauem Hinsehen ist Keating ein Manipulator, der geschickt in die pädagogische Trickkiste greift.



ihnen beim Lernen die eigenen Prioritäten auf und behandelt sie damit nicht viel anders als das System, in dem er lehrt. Er ist lediglich freundlicher. Zwar ist seine Botschaft richtig: „Mach was aus deinem Leben! Denke nach!“ Aber sein elementares Scheitern zeigt sich im tragischen Ende des jungen Neil. Als dessen Vater den Theater-Begeisterten auf eine Militärschule schicken will, sieht der Sohn – in den USA der 1950er-Jahre! – keinen anderen Ausweg als den Freitod. (Denke nach!? Mach was aus deinem Leben?!)

Zampano Keating hat nicht verstanden, dass manche jungen Menschen ein Trauma-Päckchen mitbringen, das sich nicht innerhalb eines Schuljahres abschütteln lässt.

### Die Naive

Mit diesem Problem haben in Filmen sehr viele Lehrerinnen und Lehrer zu kämpfen: Der so rotzige wie dämliche Rainer Wenger, dem sein „Wir üben jetzt mal Nazistaat“-Experiment komplett entgleitet, ebenso wie die naive Louanne Johnson, die glaubt, mit ein, zwei Griffen in die Trickkiste die kaputte Welt ihrer Slumkids auf den Kopf stellen zu können: ein bisschen Angeben („Ich war bei den Marines und kann Karate“), ein bisschen Zucker („Wenn ihr brav seid, nehme ich euch mit auf den Rummel“) und ein bisschen kalkulierte Nähe („Wer das richtige Gedicht von Dylan Thomas findet, mit dem gehe ich essen“). Das, ist sie überzeugt, reicht zum pädagogischen Erfolg.

Und siehe da: Die Jugendlichen, eben noch schwarze Ghattokids, ausgestattet mit allen Verhaltensauffälligkeiten, kriminellen Neigungen und Traumatisierungen, die man sich nicht aussuchen kann, sind in wenigen Tagen gezähmt. Sie lieben ihre Lehrerin, die sie mit der Analyse des Bob-Dylan-Songs

„Mr. Tambourine Man“ herumkriegt. Dabei würden die Texte des amerikanischen Rappers Snoop Dogg in diesen Kreisen wohl eher funktionieren. Wenn überhaupt etwas so einfach



Fotos: dpa

„funktioniert“. Ihren Gegenspieler Emilio, der sich wochenlang Johnsons freundlicher Belagerung verweigert, gewinnt sie schließlich mit einem Hausbesuch. Aus seiner Sicht beweist die Lehrerin damit, dass sie es ehrlich meint. Klappt das im wirklichen Leben auch so schön? Kaum.

Doch so naiv Johnson ist (die nicht auf die Idee kommt, dass die nagelneue 200-Dollar-Jacke ihres Ghettokid-Schülers Raul unter windigen Umständen von einem Hehler erstanden sein könnte): Sie hört wenigstens zu, nimmt ihre Schüler ernst, nimmt Anteil. Aber so ganz ernst gemeint ist ihr Engagement am Ende doch nicht. Zwar holt sie von ihren Schülern langfristige Versprechen ein („Ich gebe dir die 200 Dollar, wenn du mir versprichst, deinen Abschluss zu machen.“), sie selbst aber zieht schon nach einem Jahr die Reißleine: Ghettokids können eben ganz schön anstrengend sein.

### Der Berufszyniker

Das findet auch François Marin, der schon lange nicht mehr zuhört, wenn

seine Schüler mit ihm reden. Dabei hält er sich selbst für einen engagierten, den Heranwachsenden zugewandten Lehrer. Und es scheint zunächst, als ob er das auch ist. Marin spricht mit den Jugendlichen, fragt nach und argumentiert in der Klassenkonferenz vehement gegen harte Sanktionen. Und doch versagt er: Der Film bietet dutzende Beispiele komplett fehlgeschlagener Kommunikation. Verzweifelte Hilferufe von Schülern, oft maskiert als abgeklärt-coole „Pff-Sprüche“, kommen einfach nicht bei ihm an: Der Vollblut-Ironiker hört nichts, sieht nichts und scheint nicht zu merken, dass er praktisch jedes Wort, das an ihn herangetragen wird, ironisch abbüsst, bewertet, kommentiert („Auf ‚Es lebe Olympique Marseille!‘ können wir verzichten“, beurteilt er einen Satz aus dem Text Ra-bahs: „Das ist nicht besonders relevant in einem Selbstporträt.“ Ach so?). Als Pädagoge spricht er sehr intensiv mit seiner Klasse, aber er redet praktisch die ganze Zeit an den Schülern vorbei. Geradezu herzerreißend ist es, als das

Mädchen Henriette am Ende des Unterrichts an ihn herantritt und sagt: „Monsieur, ich habe nichts gelernt. Ich verstehe nicht, was wir machen.“ Ein verzweifelter Satz. Ein Satz, der danach schreit nachzufragen: „Warum verstehst du nichts? Wo klemmt es? Hast du Probleme? Hörst du vielleicht schlecht? Kannst du dich nicht konzentrieren? Und wenn, warum?“ Doch Marin stammelt nur hilflos: „Henriette, du kannst nicht sagen, dass du in all den Fächern, die du hast, nichts verstehst. Das stimmt nicht.“ Als sei er eingeschnappt. Er ist kein böser Mensch, will dem Mädchen Mut machen. Aber sein „Trost“ erreicht Henriette nicht.

Fehlkommunikationen wie diese ziehen sich durch den gesamten Film: Dass es mit der so klugen wie aufsässigen Koumba zum Konflikt kommen wird, zeichnet sich schon früh ab. Und das liegt auch an Marins herablassender Attitüde: Als er nach einem Beispiel für den Konjunktiv Imperfekt fragt und Koumba sich meldet, nimmt er sie dran mit den Worten: „Ich glaub’s zwar



In die Trickkiste greift auch Louanne Johnson (Michelle Pfeiffer), Lehrerin in „Dangerous Minds“ – im naiven Glauben, die kaputte Welt ihrer Schüler auf den Kopf stellen zu können. Am Ende stellt sie fest: Ghettokids können ganz schön anstrengend sein.

Fotos: dpa





Fotos: Concorde-Filmverleih

**Sozial benachteiligte Jugendliche sind nicht immer einfach. Das weiß auch François Marin in „Die Klasse“. Er hält sich für einen engagierten Pädagogen und ist den Heranwachsenden zunächst auch sehr zugewandt. Doch sein Verhalten bietet dutzende Beispiele fehlgeschlagener Kommunikation. Seine Hilfslosigkeit packt er in Ironie.**

nicht Koumba, aber ich bin ganz Ohr.“ Sofort schränkt sie ein: „Kann sein, dass ich was Falsches sage...“, was der Lehrer umgehend bestätigt: „Halte ich auch für möglich, ja.“ Nicht gerade eine positive Verstärkung.

Als Koumba einige Tage später die Mitarbeit verweigert, wacht Marin endlich auf: „Was ist im Sommer passiert?“, fragt er. „Bis Juli war es ein tolles Jahr. (...) Und jetzt machst du nicht mehr mit im Unterricht!“ Und was entgegnet Koumba in ganz verzagtem Ton? „Man kann nicht immer Kind bleiben.“ Eine Einladung zum Nachhaken. Marin lässt sie verstreichen. Er ist – nicht zu Unrecht – verärgert über ihr Verhalten und zeigt das auch. Doch statt herauszufinden, warum das Mädchen diesen geradezu philosophischen Zusammenhang herstellt, schmettert er sie mit der ironischen Bemerkung ab: „Dann ist man ein Kind, wenn man mitarbeitet? Ach so, na klar!“ Auch als Koumba ihm einen bewegenden Brief schreibt, sieht er offenbar keinen Anlass für ein Gespräch.

Am spektakulärsten jedoch geht der Unterrichtsdiallog zum Thema Anne Frank schief. Marin behandelt das The-

ma Selbstporträt im Unterricht und fordert die Klasse auf, es einmal selbst zu versuchen und beim Schreiben die eigenen Gefühle auszudrücken. Die Klasse ist konsterniert:

Lucie: „Ja aber bei uns ist es nicht so aufregend wie bei Anne Frank.“

Der Lehrer: „Ja klar.“

Juliette: „Wenn jetzt einer, der 70 Jahre ist, sein Leben erzählt, würde ich das verstehen. Aber einer, der erst 13 Jahre alt ist, wie wir, der hat doch noch gar nichts zu erzählen.“

Statt anzuführen, dass auch Anne Frank 13 Jahre alt war, als sie ihr Tagebuch begann, und dass sie zwar in großer Gefahr lebte, aber gerade deshalb gezwungen war, im Untergrund ein eher eintöniges als aufregendes Leben zu führen, lässt er das Gespräch weiterlaufen:

Angélica: „Ich glaube nicht, dass es stimmt, dass Sie wirklich wissen wollen, was wir (fühlen).“

Marin: „Ach, du glaubst, dass ich lüge?“

Angélica: „Das meine ich überhaupt nicht.“

Natürlich meint Angélica das nicht, das weiß auch François Marin. Aber er sagt es nicht, stattdessen ironisiert er erneut das Gesagte und lässt so eine große Chance verstreichen.

Das passiert ihm ebenso bei seinem Schüler Suleyman, doch kann er in dieser Situation am wenigsten dafür. Als er den verstockten Schulverweigerer dazu bringt, ein etwas anderes Selbstporträt anzufertigen, als er ihn für seine guten Fotografien lobt, ihn ermuntert, sich passende Bildtexte zu überlegen, als er die Fotos schließlich aufhängt und die Klasse auffordert, sie zu bewundern, ist es, als ginge ein Licht an in den Augen des Jungen. Auch wenn Marin am Ende mit seinen Bemühungen scheitert: Hier zeigt er, dass er eigentlich das Zeug zu einem richtig guten Lehrer hätte. Doch die schwierigen Bedingungen in seiner Schule haben ihn längst auf eine Bahn geführt, die ihn in Richtung Berufszyniker schlittern lässt. Keine gute Ausgangsbasis, um Heranwachsende ehrlich zu begeistern.

Frauke Haß,

Leiterin der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Filmmuseums Frankfurt am Main



**Mitdiskutieren**  
[www.gew.de/  
 EundW.html](http://www.gew.de/EundW.html)

# Plädoyer für einen ethischen Diskurs

**E&W:** Frau Prengel, über sexuelle Gewalt an Schulen ist seit dem Bekanntwerden von Missbrauchsfällen viel diskutiert worden – über Beschämung und andere Formen von verletzendem Verhalten gegenüber Kindern und Jugendlichen weniger. Warum?



Foto: Karla Fritze

**Professorin Annedore Prengel ist Erziehungswissenschaftlerin an der Universität Potsdam (emeritiert). Zu ihren Schwerpunkten gehören u. a. Forschungen zur Menschenrechtsbildung, Anerkennung und Missachtung in der Schule.**

**Annedore Prengel:** Verletzendes Verhalten in pädagogischen Institutionen ist Teil des Alltags und wird in der Regel nicht öffentlich skandalisiert. Häufig ist es strafrechtlich nicht relevant oder spielt sich in einer Grauzone zwischen noch akzeptierten und nicht akzeptierten Handlungen ab.

**E&W:** Was verstehen Sie konkret darunter?

**Prengel:** Es beginnt damit, dass sich Pädagoginnen und Pädagogen unberechenbar ungeduldig, laut und unhöflich gegenüber einzelnen Schülern verhalten, Schülerleistungen oder -verhalten diskriminierend kommentieren. Ein klassischer Fall: Wenn ein Schüler vor der Klasse unter Stress gesetzt und beschämt wird. Das beschädigt seine soziale Entwicklung und kognitive Leistungsfähigkeit.

**E&W:** Wie wirkt das auf die Klasse?

**Prengel:** Es ist für alle in einer Klasse traumatisierend, wenn sie Zeugen von Szenen werden, in denen es offensichtlich erlaubt ist, andere zu beschämen. Was Einzelne als verletzend empfinden, hängt immer auch von der jeweiligen Situation ab. Kinder und Jugendliche tolerieren unangemessenes Verhalten, sofern allen Beteiligten klar ist: „Das hier war gerade eine absolute Ausnahme, ein Fehlverhalten, für das sich die Lehrkraft dann entschuldigt! Aber grundsätzlich gelten bei uns Regeln fairen Handelns.“

**E&W:** Der hippokratische Eid gilt unter Medizinern bis heute als grundlegende Formulierung einer Berufsethik. Hilft eine Debatte über ein gemeinsames Berufsethos auch in der Pädagogik weiter?

**Prengel:** Ja, es ist unbedingt erforderlich, einen gültigen Ethik-Katalog für die pädagogische Arbeit zu entwickeln. Es gibt zu wenig normative Aussagen und Reflexionen darüber, was angemessenes pädagogisches Handeln ausmacht – vor allem auf der Beziehungsebene. Ethisch grundlegend sind die Verpflichtungen der UN-Kinderrechtskonvention\* (s. S. 23 f.). Das Diskriminierungsverbot gilt auch für Schülerinnen und Schüler. Kommt nicht schon die Rede

vom „schlechten“ Schüler einer Diskriminierung gleich?

Wie Lehrerhandeln auf Kinder und Jugendliche wirkt, muss jedenfalls sehr viel stärker bewusst gemacht und erforscht werden, als das bisher geschieht.

**E&W:** Was haben Ihre Untersuchungen ergeben: Kommt herabsetzendes Lehrerverhalten im Schulalltag häufig vor?

**Prengel:** Wir haben an mehr als 500 Schultagen die Interaktionen zwischen Lehrkräften und Schülern im Unterricht aller Schulstufen untersucht.\*\* Durchschnittlich können demnach 25 Prozent der Interaktionen als verletzend eingestuft werden, ein kleiner Teil davon als sehr verletzend. 75 Prozent der Interaktionen sind als anerkennend – einschließlich neutral – einzuordnen. Sowohl abwertende als auch anerkennende Handlungsweisen kommen bei fast allen Pädagoginnen und Pädagogen vor. Fakt ist: Sehr viele Lehrkräfte schaffen ein professionelles, wertschätzendes Klima. Seltene destruktive Äußerungen werden in der Regel von der Klasse toleriert. Aber es gibt in Schulen auch manche Lehrkräfte, die durch ihr häufig missachtendes Verhalten großes Leid bei jungen Menschen verursachen. Das Klassenklima

„Sehr viele Lehrkräfte schaffen ein professionelles, wertschätzendes Klima.“

# Erneuerbare Energie ist besser!

## Unser Biomasseheizkraftwerk in Papenburg

versorgt 50.000 Haushalte mit 160 Gigawattstunden grünem Strom pro Jahr. Ein Effekt: 30.000 Tonnen weniger Kohlendioxid pro Jahr. Dies entspricht der Leistung von 2.200 Hektar gesundem Wald! Wir nutzen nachwachsende Rohstoffe, die alle anderen Nutzungszyklen durchlaufen haben. Wir sind unabhängig von Banken, Lebensmittelproduktion und Raubbau. Unser Umweltmanagement ist von EMAS zertifiziert. Die Konditionen sind durch das EEG bis 2023 gesichert. Ein besonderer Standortvorteil ist die direkte Anbindung an den Hafen. Noch ein Vorteil sind unsere Experten: Sie können die Leistung des Kraftwerks so verbessern, dass wir auch minderwertiges Altholz energetisch optimal verwerten können. Und: So bald wie möglich möchten 24 Gärtnereibetriebe gerne unsere Wärme und andere, interessante Leistungen nutzen. Mit unserem Biomasseheizkraftwerk sichern wir die Genussrechte, die wir hier anbieten.

**Sicherlich finden Sie Angebote mit höheren Renditen, höheren Bearbeitungsgebühren, höherem Agio, höheren Risiken, höherer Abstraktheit und geringeren Sicherheiten. Unser Angebot ist ein unverbrieftes Namensgenussrecht mit qualifiziertem Nachrang: ab 1.000 Euro, ab 5 Jahren Laufzeit, keine Nachschusspflicht, keine Gebühren, kein Agio und jederzeit kostenfrei übertragbar.**

## Unsere Windkraftprojekte in der Nordsee

sollen einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende in Deutschland leisten. Wer jemals an der Nordseeküste einen Urlaub gemacht hat, weiß: Da ist immer Wind. Draußen vor der Küste ist noch mehr immer Wind! Windkraft kann und soll so bald wie möglich gefährliche Atomkraft und klimaschädliche Kohlekraft ersetzen. An diesem Ziel wird jetzt intensiv gearbeitet. Unsere Aufgabe ist die Entwicklung und Planung der Windparks von allen Umweltgutachten bis zur ersten Baufreigabe durch das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie. Auch in der Windkraft sind unsere Experten unsere Stärke. Zu unseren Experten gehört ein Pionier der deutschen Windenergie mit sehr viel Erfahrung und einem hervorragenden Team. Damit Strom ökonomisch und ökologisch bezahlbar bleibt, brauchen wir mehr erneuerbare Energie. Für die Energiewende in Deutschland bietet Windkraft aus der Nordsee das größte Potenzial.

**Grundverzinsung 6% p.a., plus bis zu 3% p.a. Gewinnbeteiligung. Besuchen Sie unser Biomasseheizkraftwerk in Papenburg! Vielleicht lohnt es sich für Sie auch schon bald, mit uns auf die Nordsee zu fahren. Mehr Informationen, aktuelle Presseberichte und direkten Kontakt finden Sie bei uns:**

**0551 - 30 98 90 und [www.EEV-AG.de](http://www.EEV-AG.de)**



**Annedore Prengel:**  
 „Es ist für alle in einer Klasse traumatisierend, wenn sie Zeugen von Szenen werden, in denen es offensichtlich erlaubt ist, andere zu beschämen.“

Foto: imago

unterscheidet sich eben von Tür zu Tür, von Lehrkraft zu Lehrkraft.

**E&W:** Heißt das, es kommt vor allem auf den einzelnen Pädagogen an?

**Prengel:** Sehr stark. Nach unseren Erkenntnissen ist zu vermuten, dass es nur in wenigen Schulen gelingt, das gesamte Kollegium zu einem anerkennenden Verhalten zu motivieren.

**E&W:** Welche Schulen sind das?

**Prengel:** Beispielsweise Einrichtungen, die bereits Erfahrung mit Integrations- und Inklusionsprozessen gemacht haben. Es hilft, wenn im Leitbild der Schule das Willkommenheißen aller Kinder Priorität hat. Aber: Selbst ein Super-Schulklima schützt nicht davor, dass sich einzelne Pädagogen falsch verhalten. Andererseits hat man uns vereinzelt auch von Schulen berichtet, in denen sich das Kollegium weitgehend auf eine schülerdistanzierte Haltung geeinigt habe und einzelnen Lehrerinnen und Lehrern – weil zu „kinderfreundlich“ – das Leben schwer gemacht worden sei.

**E&W:** Warum verhält sich der eine Kollege in einer heiklen Situation professionell und reagiert gefasst, während ein anderer schon bei vermeintlichen Kleinigkeiten ausrastet?

**Prengel:** Das wissen wir nicht genau. Ansätze für eine Erklärung bietet aber die Belastungs- bzw. Burnout-Forschung. Demnach können Menschen, die psychisch bereits sehr gestresst sind, in schwierigen Situationen leicht die Kontrolle verlieren (s. Interview S. 26).

**E&W:** Gibt es weitere Erklärungen?

**Prengel:** Eine wichtige Rolle im Umgang mit Kindern und Jugendlichen spielen unreflektierte kulturelle Muster, die Lehrkräfte prägen und teilweise noch aus der eigenen Erziehung oder Schulzeit stammen.

**E&W:** Ist destruktives Handeln nur ein Ausrutscher oder könnte es auch Teil der eigenen Vorstellung von richtigem pädagogischen Handeln sein?

**Prengel:** Sehr häufig Letzteres. Manche Lehrkräfte sind sich gar nicht bewusst, dass verletzendes Verhalten unprofessionell ist. Es gibt, so meine Beobachtung, in manchen Schulen leider eine Strömung, die das aggressive Ansprechen, Anschmauen und Ausschimpfen von Kindern sogar für angemessen hält. Dazu gehören Maßnahmen wie Schüler willkürlich vor die Tür zu schicken oder in der Klasse nach hinten zu setzen.

**E&W:** Hängt das mit dem Machtgefälle zwischen Pädagogen und Schülern zusammen? Es gibt Schulen, die das Mitspracherecht der Schüler in den Mittelpunkt rücken. Ändert sich dann das Lehrerverhalten?

**Prengel:** Erwachsene haben Macht über Kinder. Aber sie können diese Generationenhierarchie unterschiedlich gestalten. Partizipation im Sinne der Kinderrechte hilft, Missständen vorzubeugen oder sie abzubauen.

**E&W:** Auch Schüler können Pädagogen durch aggressives Verhalten verletzen. Darf eine Lehrkraft dann die Fassung verlieren?

**Prengel:** Gerade in diesem Fall nicht. Professionell sind drei Schritte zu beachten: Erstens, dem Fehlverhalten angemessen Grenzen setzen und dennoch den jungen Menschen akzeptieren. Zweitens, den subjektiven Sinn des Schülerhandelns im Team entschlüsseln. Und drittens, in der Schul- und Klassengemeinschaft gemeinsam entwickelte Regeln praktizieren, die für alle gelten.

**E&W:** Wie beeinflusst das die Schüler?

**Prengel:** Es gibt US-Studien von Robert C. Pianta\*\*\* über Kinder in riskanten Lebenslagen. Dabei kam heraus, dass diejenigen, die trotzdem einen guten Bildungsverlauf hatten, von mindestens einer guten Lehrer-Schüler-Beziehung berichteten. Lehrkräfte zu unterstützen,

## Veranstaltungshinweis

Am 3. und 4. Oktober 2013 findet in Potsdam eine wissenschaftliche Konferenz unter dem Motto „Kinderrechte und die Qualität pädagogischer Beziehungen“ statt. Die Tagung (Veranstalter sind u. a. die Uni Potsdam und das Deutsche Jugendinstitut) will auf dieses bisher in seiner auf den Einzelnen bezogenen und gesellschaftlichen Bedeutung zu wenig beachtete Thema aufmerksam machen und Impulse für eine nachhaltige Verbesserung pädagogischer Beziehungen auf alltäglicher, bildungspolitischer und wissenschaftlicher Ebene geben.

Programm und Anmeldung über: <http://paed-beziehung-2013.com>

gerade im Hinblick auf benachteiligte Kinder, hat enormen Einfluss. Umgekehrt trifft abwertendes Lehrerhandeln leider sehr oft die gleiche Gruppe: nämlich Kinder, die aus Sicht der Pädagogen sozial negativ auffallen. Und zwar deshalb, weil sie sich aufgrund ihrer schlechten frühen Bindungserfahrung so benehmen, dass sie nicht akzeptiert werden. Die Folge: Sie erfahren bei Gleichaltrigen wie Pädagogen keine Anerkennung – obwohl sie das am dringendsten bräuchten.

**E&W:** Gibt es Strategien, gegen falsches Lehrerhandeln in den Schulen vorzugehen?

**Prenzel:** Es fehlt leider an systematischen Interventions-Strategien nach pädagogischem Fehlverhalten! Wenn eine Schulleiterin wahrnimmt, dass sich eine Lehrkraft missachtend gegenüber Schülern äußert und sie darauf anspricht, passiere, wie mir viele Führungskräfte berichtet haben, häufig Folgendes: Der oder die Betroffene meldet sich am nächsten Tag krank. Deshalb scheuen sich manche, zu intervenieren.

**E&W:** Wie entkommen Pädagogen diesem Dilemma?

**Prenzel:** Es fehlt vor allem an unabhängigen Ombudsstellen für alle Schulen. Im Jugendhilfebereich gibt es schon Schritte in diese Richtung.

**E&W:** Woran hakt es noch?

**Prenzel:** Beschwerdemanagement fehlt in den meisten Schulen. Schulleitungen und Lehrkräfte müssen erst noch lernen, dass sich eine Beschwerde nicht gegen die Institution oder die Person selbst richtet. Auch die Art und Weise, wie Kollegen im Schulalltag zusammenarbeiten, spielt eine entscheidende Rolle. Teamarbeit mit regelmäßigen Teamsitzungen und Supervision sind unerlässlich, um sich über die eigene Berufsrolle klar zu werden.

**E&W:** Ist Teamarbeit ein Baustein für eine Ethik pädagogischen Handelns?

**Prenzel:** Ja, denn vor allem in der Teamarbeit können Pädagogen Handlungsalternativen entwickeln.

„Teamarbeit mit regelmäßigen Teamsitzungen und Supervision sind unerlässlich, um sich über die eigene Berufsrolle klar zu werden.“

Wenn sie an einer Schule selbstverständlich ist, können Lehrkräfte anderen leichter sagen: „Dein Verhalten gegenüber Schülern ist nicht okay.“

Interview: Katja Irle, freie Journalistin

■ [www.aufenthaltstitel.de/unkinderrechtskonvention.html](http://www.aufenthaltstitel.de/unkinderrechtskonvention.html)  
**\*\*Annedore Prenzel: Projektnetz „INTAKT“ (Soziale Interaktionen in Pädagogischen Arbeitsfeldern) in der Rochow-Akademie für bildungshistorische und zeitdiagnostische Forschung an der Universität Potsdam, Potsdam 2012, [http://www.rochow-museum.uni-potsdam.de/fileadmin/projects/rochow-museum/assets/Projektnetz\\_INTAKT\\_01.pdf](http://www.rochow-museum.uni-potsdam.de/fileadmin/projects/rochow-museum/assets/Projektnetz_INTAKT_01.pdf) (1. Mai 2013)**  
**\*\*\*Bridget K. Hamre und Robert C. Pianta: Student-Teacher Relationships. In: George G. Bear und Kathleen Minke (eds.): Children's Needs III. National Association of School Psychologists: Bethesda MD 2006 <http://pearweb.org/conferences/sixth/pdfs/NAS-CBIII-05-1001-005-hamre%20&%20Pianta%20proof.pdf>**

## Zurück ins Leben

Hilfe bei Depressionen, Sucht, Burn-out und Angsterkrankungen



Beratung und Information (kostenfrei)  
**0800 32 22 322**

Wir bieten schnelle und nachhaltige Hilfe durch hochintensive und individuelle Therapien für Privatversicherte und Beihilfeberechtigte. Im Vordergrund des Heilungsprozesses steht das emotionale Profil und der achtsame Umgang mit den inneren Ressourcen unserer Patienten. Die Kliniken haben einen hervorragenden Ausstattungsstandard. Eine Sofortaufnahme ist jederzeit möglich – auch im akuten Krankheitsstadium. Wir unterstützen Sie bei der Klärung der Kostenübernahme.



**Oberberg**  
 Psychotherapie Psychiatrie Psychosomatik

[www.oberbergkliniken.de](http://www.oberbergkliniken.de)  
 Die Standorte: Berlin/Brandenburg, Schwarzwald, Weserbergland

Cornelsen Stiftung Lehren und Lernen

Cornelsen Stiftungspreis  
**ZUKUNFT  
 Schule**

Unter der Schirmherrschaft von Günther Jauch



## Inklusives Unterrichten

Die *Cornelsen Stiftung Lehren und Lernen* schreibt den mit **18.000 €** ausgestatteten *Stiftungspreis Zukunft Schule* aus.

Gesucht sind Umsetzungen einer inklusiven Pädagogik, die die kulturelle, soziale und individuelle Vielfalt nutzen und der UN-Konvention ebenso gerecht werden wie den vorhandenen Strukturen an der Schule.

Prämiert werden Unterrichtsversuche und Projektdokumentationen, die Bildungsprozesse mit eigenen Mitteln oder fremder Hilfe evaluieren.

Sonderpreis für Referendarinnen und Referendare

Sonderpreis für Lehramtsstudierende

[www.stiftungspreis-zukunft-schule.de](http://www.stiftungspreis-zukunft-schule.de)

**Einsendungen bis 15.10.2013**  
 an Cornelsen Stiftung Lehren und Lernen  
 Stichwort *Stiftungspreis Zukunft Schule*  
 14328 Berlin



Das Schulwesen in Deutschland flirrt und taumelt zwischen Inklusion und Selektion. Das spiegelt sich auch in der inneren Haltung mancher Kolleginnen und Kollegen wider.

## Wir statt ich

**// Wenn in der Öffentlichkeit von der Bedeutung der Lehrerpersönlichkeit die Rede ist, geschieht dies meist im Zusammenhang mit Schulprogrammen, Evaluation und der Qualität des Unterrichts. Was fehlt, ist eine Diskussion über berufliche Leitvorstellungen. Brauchen wir sie nicht oder erfordern laufende Bildungsreformen wie Inklusion nicht gerade die Verständigung auf ein pädagogisches Ethos? Auf dem Gewerkschaftstag im Juni will die GEW diese Frage angehen. //**

Vorab: Jeder junge Mensch hat ein Recht auf eine gute Entwicklung. Ein pädagogisches Berufsethos muss deshalb auf den Menschenrechten, der UN-Kinderrechtskonvention und seit 2009 auf der UN-Behindertenrechtskonvention\* mit dem Inklusionsgebot gründen. Das Inklusionsgebot und die Missbrauchsfälle in Bildungseinrichtungen haben uns unmissverständlich daran erinnert, dass wir endlich eine offene Diskussion über verantwortliches pädagogisches Handeln brauchen, das auf menschenrechtlichen Grundsätzen beruht (s. E&W-Schwerpunkte 6/2010

und 1/2013). Doch ist das nicht selbstverständlich? Leider nein, denn auch jenseits verbrecherischer sexueller Gewalt Einzelner befinden wir uns in Deutschland vor allem im Schulbereich in einer ungeklärten und widersprüchlichen Situation, die sich auch in unterschiedlichen Positionen des beruflichen Selbstverständnisses zeigt. Denn das Schulwesen in Deutschland flirrt und taumelt zwischen Inklusion und Selektion. Und das ist nicht nur eine strukturelle Frage, sie spiegelt sich ebenso in der inneren Haltung mancher Kolleginnen und Kollegen und beeinflusst auch andere Bildungseinrichtungen. Es gibt Pädagoginnen und Pädagogen, die Jungen und Mädchen leider nicht vorrangig als junge Menschen sehen, deren gesunde Entwicklung sie in jeder Hinsicht unterstützen müssen, sondern als „Schülermaterial“, das es „zu formen“ und an die jeweilige Schulform anzupassen gilt. Hier verbindet sich die selektive Struktur des deutschen Schulsystems mit einer Mentalität des Sortierens und Selektierens, mit dem Ergebnis, dass zum Beispiel eine hohe Sitzenbleiberquote mancherorts immer noch als Qualitätsnachweis des Unterrichts gilt. Nicht nur selektive Strukturen, sondern

auch ein daraus resultierendes Professionsverständnis können ein ernsthaftes Hindernis für eine konstruktive und inklusive Schulentwicklung sein. Allerdings: Auch ein pädagogisches Ethos kann den Einzelnen überfordern, wenn es nicht mit professioneller Handlungskompetenz verbunden und in förderliche Arbeitsbedingungen eingebettet ist.

### Keine Selbstüberforderung

Fakt ist: Ein Teil unserer Kolleginnen und Kollegen neigt zu normativer Selbstüberforderung und gerät damit in die Risikozone des Burnout – ein Problem aller Beziehungsberufe. Das darf jedoch kein Grund zum Verzicht sein – weder auf normative Anforderungen noch auf professionelles Handeln. Der verantwortungsvolle Umgang mit der eigenen Gesundheit gehört dazu (s. Interview S. 26).

Wie lässt sich moralische Überforderung vermeiden? An die Stelle des „Einzelkämpfers“ – „ich und meine Klasse/Gruppe“ – muss der „Teamspieler“, muss das „Wir“ treten! Doch Vorsicht: Auch Teamkompetenz und professionelle Lerngemeinschaften sind nicht allein durch Appelle zu erreichen. Kenntnisse über Teamarbeit, pädagogisches

Handeln, kooperatives Lernen in Fachkonferenzen und Projektgruppen, kollegiale Fallberatung u. a. müssen in Aus- und Fortbildung sowie Beratung erworben und vertieft werden.

Pädagogisches Berufsethos auf den Einzelnen zu fokussieren, ist aus gewerkschaftlicher Sicht ein Fehler. Er unterläuft dann, wenn die notwendige Zusammenarbeit und die damit verbundene gemeinsame kollegiale Verantwortung fehlen. Entgrenzung des Verantwortungsgefühls und pädagogische „Allmachtsphantasien“ können zum ernsthaften Problem werden.

Es ist deshalb notwendig, dass nicht nur die Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen, sondern ebenso die anderen Entscheidungsträger im Bildungsbereich sich bemühen, nicht nur ihre Funktionen und Rollen, sondern auch ihr Professionsverständnis zu klären. Auch die Verantwortlichen in Administration und Verwaltung sollten für sich die Frage beantworten, wem sie verantwortlich verpflichtet sind.

Im Rückblick auf vergangene Erfahrungen zugespitzt: Alle Versuche, das Berufsethos vor allem von Lehrerinnen und Lehrern breit zu diskutieren, sind bisher an deren berechtigter Sorge gescheitert, dass ihr so reichlich vorhandener Idealismus Gefahr läuft, von der Politik für weitere materielle Kürzungen und zusätzliche Anforderungen ausgenutzt zu werden. Das erklärt auch die Skepsis gegenüber der „Bremer Erklärung“, in der Kultusministerkonferenz (KMK) und Lehrerorganisationen im Jahr 2000 gemeinsam ein Berufsleitbild für Lehrerinnen und Lehrer vereinbart und es zur Grundlage für die Reform der Lehrerbildung gemacht haben. Doch in den Kollegien ist es weitgehend unbekannt geblieben und mittlerweile einfach vergessen worden.

Ein Berufsethos, das alle Akteure im Bildungswesen einbezieht, muss sich sowohl auf Arbeitsbedingungen als auch auf Strukturen und Organi-

sation, Aus- und Fortbildung sowie die politische Entscheidungsebene erstrecken. Es darf sich zudem nicht ausschließlich auf die unmittelbar pädagogisch Handelnden beziehen, sondern muss ebenso externe Bedingungen, die den Arbeitsalltag einschränken oder behindern können, umfassen. Darüber hinaus: Die Mitverantwortung für die physische und psychische Gesundheit der Beschäftigten sollte selbstverständliche berufsethische Verpflichtung für Vorgesetzte und politisch Verantwortliche sein.

Obwohl man den Begriff „Leitbild“ in der „Bremer Erklärung“ vermeiden hatte, stieß das Top-down-Verfahren in der Lehrerschaft auf Vorbehalte. Es wurde als Signal normativer Fremdbestimmung verstanden. In der GEW wollen wir deshalb neue Wege gehen: Auf dem Gewerkschaftstag in Düsseldorf soll die „Erklärung zum Berufsethos“ der Bildungsinternationale\*\* (s. S. 25) Anstoß für einen Verständigungsprozess in den Bildungseinrichtungen werden. Vom Ergebnis dieser Debatte wird abhängen, ob die Organisation in einigen Jahren dem Vorbild ausländischer Bildungsgewerkschaften folgt und die Mitgliedschaft in der GEW vom Bekenntnis zum Professionsethos abhängig macht.

Marianne Demmer,  
Leiterin des GEW-Organisationsbereichs  
Schule

**\*[www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bibliothek/salamanca-erklaerung.pdf](http://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bibliothek/salamanca-erklaerung.pdf)**  
**\*\*Education International (EI), die Bildungsinternationale (BI), ist ein Zusammenschluss von 400 Bildungsorganisationen in über 170 Ländern, die gemeinsam über 30 Millionen Mitglieder repräsentieren ([www.ei-ie.org](http://www.ei-ie.org)) – Mitglieder aus Deutschland sind die GEW, der Verband Bildung und Erziehung (VBE) sowie der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (BLBS).**

# SCHÜLERWETTBEWERB ZUR POLITISCHEN BILDUNG 2013 >>

bbp: Bundeszentrale für politische Bildung



## » WAS IST DER SCHÜLERWETTBEWERB?

Die Schüler einer Klasse, eines Kurses oder einer AG führen gemeinsam ein Unterrichtsprojekt durch. Die erarbeiteten Ergebnisse werden von den Schülern dokumentiert (z. B. als Wandzeitung, Internetseite, Leseheft) und eingesandt. Zu gewinnen sind über 400 Preise wie z.B. Klassenfahrten.

- > für alle Klassen 5 bis 11 (eine Aufgabe schon für 4. Klassen)
- > für alle Schulformen
- > sorgfältig aufbereitete Aufgaben zu aktuellen Themen
- > Start: Mit jedem neuen Schuljahr
- > Einsendeschluss: 1. Dezember
- > fächerübergreifende Projekte für z.B. Politik, Geschichte, Deutsch, Wirtschaft, Recht, Sozialkunde, Religion, Philosophie, Ethik, Kunst, Informatik, Erdkunde u.a.
- > Newsletter bestellen (ca. 3 x pro Jahr) unter [sw@bbp.de](mailto:sw@bbp.de)

Ich möchte die kostenlosen Wettbewerbsunterlagen erhalten.

Vorname / Name / ggf. Schule

Straße / Hausnummer

Postleitzahl / Ort

E-Mail

Senden Sie diesen Abschnitt an: bpb-Schülerwettbewerb -- Postfach 2345 -- 53013 Bonn -- Fax 0228. 99 51 55 85

Mit der Übersendung Ihrer Daten stimmen Sie zu, dass Ihre personenbezogenen Daten gespeichert werden. Wir versichern Ihnen, dass die Angaben ausschließlich im Rahmen der Aufgaben der bpb und keinesfalls für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Mehr Informationen unter [www.schuelerwettbewerb.de](http://www.schuelerwettbewerb.de)

# Respektvolles, freundliches und wertschätzendes M

**// E&W hat fünf Schulleiterinnen und -leiter unterschiedlicher Schulformen in fünf Bundesländern zu ihrem Berufsethos befragt: Was sind Leitlinien ihres Handelns? //**

## **„Entscheidend: wertschätzender Umgang“**

**Ulrike Molter-Nawrath,  
Montessori-Zentrum, Hofheim, Hessen**

„Als Montessori-Schule wollen wir den Schülerinnen und Schülern helfen, ihr ganz individuelles Potenzial zu verwirklichen. Das ist für uns mindestens ebenso wichtig wie Leistungsstand oder Wissen. Darüber hinaus sollen sie gesellschaftliche Verantwortung übernehmen lernen. Unser Ziel: Individualität in der Gemeinschaft entfalten. Das üben wir im Kleinen von Anfang an in der wöchentlichen Mentorenstunde.



**Ulrike Molter-Nawrath**

Einmal im Jahr machen die meisten Schüler ab Klasse 7 ein Praktikum, oft etwas Soziales wie Kita oder Bücherei. Vor einigen Wochen haben alle Klassen auf dem Marktplatz für die Aktion „Stand Up gegen Armut“ demonstriert. Das hat bei uns Diskussionen ausgelöst und so einen Lernprozess in Gang gesetzt.

Der wertschätzende Umgang miteinander ist für mich entscheidend in der Schulgemeinde. Egal, ob es um Konflikte mit Schülern geht, um Eltern, die unseren reformpädagogischen Ansatz kritisch sehen, oder um Lehrkräfte, die überlastet sind. Teamunterricht ist bei uns Grundsatz, dazu gehört das freundliche Miteinander aller Kolleginnen und Kollegen. Gemeinsam haben wir mit Eltern und Schülern ein Leitbild entwickelt: Wertschätzung, Respekt, Transparenz stehen ganz oben. Toleranz leben, Weltoffenheit schaffen, das ist unsere Vision.“

## **„Auf Offenheit und Transparenz achten“**

**Christiane Freund,  
Möwensee-Grundschule, Berlin**

„Die Bildung einer demokratischen Schulgemeinschaft liegt mir sehr am Herzen. Alle sollen beteiligt werden und sich wohlfühlen: Schüler, Lehrer und Eltern. Deshalb achte ich auf Offenheit und Transparenz. Eltern können im Unterricht hospitieren oder mich in der Schulleitersprechstunde besuchen, an allen Sitzungen der Elterngremien nehme ich teil. Als Leiterin einer gebundenen Ganztagschule bin ich lange präsent und für Schüler



**Christiane Freund**

und Kollegen ansprechbar. Die Klassensprecherversammlungen jeden ersten Freitag im Monat leite ich selbst. So lerne ich die Themen der Kinder aus erster Hand kennen und kann sie in die anderen Gremien der Schule einbringen.

Im Umgang mit dem Kollegium setze ich auf das freundliche Gespräch, statt auf die autoritäre Hand. Auch Schulentwicklung funktioniert nur gemeinsam. Gerade diskutieren wir zum Beispiel über neue Unterrichtsformen für selbstständigeres Arbeiten. Ich sehe es auch als meine Aufgabe als Schulleiterin an, die Belastungen der Kolleginnen und Kollegen so gering wie möglich zu halten. Was ist nötig? Was können wir weglassen? Als Gewerkschafterin möchte ich die Probleme der Grundschulen auch nach außen



# dliches und iteinander

tragen, mich politisch einmischen: Personalknappheit, mangelnde Ausstattung – darüber debattieren wir gerade mit den politisch Verantwortlichen.“

## „Anspruch: Empathiefähigkeit ausbauen“

Nuri Kiefer, Geschwister-Scholl-Realschule, Karlsruhe, Baden-Württemberg

„Ich bin Schulleiter geworden, weil ich gesamtgesellschaftliche Verantwortung übernehmen möchte. Bildung ist mehr als die Vermittlung von Fächerinhalten. An meiner Schule möchte ich zu Toleranz und Demokratie erziehen. Soziales Lernen haben wir daher als Unterrichtsfach in Klasse 5 und 6 eingeführt. Wir üben in Rollenspielen ein humanes



Nuri Kiefer

## Literaturtipps

Die folgenden Publikationen bieten theoretisch fundierte alltagsrelevante Anleitungen für den Aufbau neuer Bindungserfahrungen in allen pädagogischen Handlungsfeldern, in Kindertagesstätten, Schulen und Jugendeinrichtungen. Sie geben für die Ethik pädagogischen Handelns in schwierigen Situationen – und weit darüber hinaus – hilfreiche Impulse:

Karl Heinz Brisch und Theodor Hellbrügge (Hg.): Wege zu sicheren Bindungen in Familie und Gesellschaft. Klett Cotta: Stuttgart 2009

Henri Julius u. a. (Hg.): Bindung im Kindesalter. Diagnostik und Intervention. Hogrefe: Göttingen u. a. 2009

Jacob Bausum (Hg.): Traumapädagogik. Grundlagen, Arbeitsfelder und Methoden für die pädagogische Praxis. Beltz Juventa: Weinheim und Basel 2013

Literaturempfehlungen: Annedore Pregel

## Ferien in der Provence

Die Welt der alten Griechen und Römer, das Land des Lichtes und der Farben, der Düfte der Landschaft, der Wohlgerüche der Märkte. Unser schönes "Natur"-Grundstück liegt auf dem Kalkstein-Hochplateau von UZÈS, inmitten der Heidelandschaft - teilweise im Naturschutzgebiet - umgeben von Zypressen, Wacholderbäumen, Steineichen und Pinien.

Zahlreiche Sehenswürdigkeiten und Ausflugsziele liegen in der direkten Umgebung: Das Tal der Ardèche, Städte wie Orange, Avignon, Nîmes, Arles, Montpellier, der Lubéron, die Camargue, Le Crau du Roi und das Meer, die Cevennen u.v.a.m.

Das MAISON D'AMIS bietet jeweils eine Doppelhälfte für je 2 Personen. Es gibt dazu einen Pool und einen großen Garrigue-Garten mit Kfz-Stellplatz.

Sie können uns erreichen unter:  
Tel. 0033 - 4 - 66 22 77 25  
info@provence-ferien.info

[www.provence-ferien.info](http://www.provence-ferien.info)

Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • info@habichtswaldklinik.de



In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die

## Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin, Kassel - Bad Wilhelmshöhe

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Psychotherapie, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien.

Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach §30 GWO als beihilfefähig anerkannt. Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“, die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

- Psychosomatik
- Burnout
- Tinnitus
- Onkologie
- Innere Medizin
- Ayurveda-Medizin

Kostenloses Service-Telefon: 0800 / 8 90 11 00  
Telefon Aufnahmebüro: 0561 / 3108 -186, -622



Miteinander und erproben Mitbestimmung in der Klassengemeinschaft. Die Schüler leiten den Klassenrat abwechselnd selbst, sie lernen Regeln zur Gesprächsführung. Demokratie wird so im Kleinen erfahrbar.

Als Lehrer habe ich den Anspruch, die eigene Empathiefähigkeit auszubauen. Die Welt der Schule mit den Augen des Schülers sehen – die Studie von John Hattie\* hat uns gezeigt, wie wichtig das ist. Das macht milder, verständnisvoller. Im Umgang mit dem Kollegium kommt es für mich darauf an, gemeinsam mit ihnen Konzepte zu entwickeln.

Als Schulleiter ist es mein Job, Steine aus dem Weg zu räumen, es zu ermöglichen, gute Ideen zu realisieren. Indem ich andere Kollegen mit ins Boot hole, den Rahmen schaffe, Räume organisieren. Und die Stärken der Lehrkräfte fördern, statt vor allem auf die Schwächen zu gucken.“

## „Auf gegenseitiges Vertrauen setzen“

**Bernd Steinkamp, Integrierte Gesamtschule Roderbruch, Hannover, Niedersachsen**

„Ich möchte, dass wir die Kinder an meiner Schule zu urteilsfähigen,



**Bernd Steinkamp**

selbstbewussten Menschen erziehen, die sich in der Welt behaupten und mit ihrer Persönlichkeit sowie ihren Qualifikationen in der Gesellschaft einbringen können.

Wir sind die einzige Schule Niedersachsens, die alle Jahrgänge von Klasse 1 bis 13 umfasst. Damit über so einen langen Zeitraum eine gute Zusammenarbeit möglich ist, setzen wir vor allem auf zwei Werte: gegenseitiges Vertrauen und Chancengleichheit. Die Schüler erleben, dass wir Chancengleichheit ernst meinen.

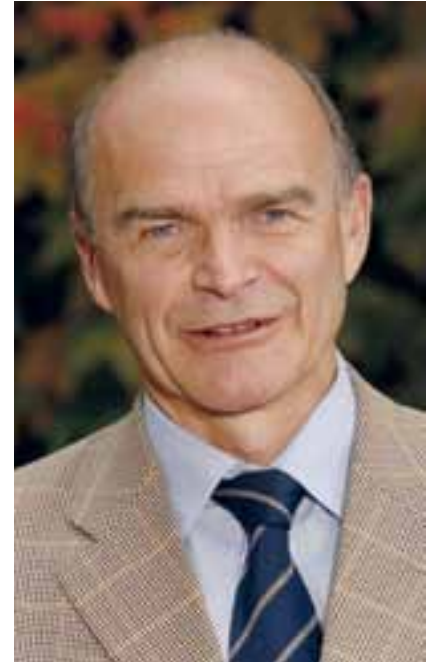
Wir haben zum Beispiel eine Ausnahmegenehmigung beim Kultusministerium verhandelt, damit wir statt A-, B- und C-Kursen alle Schüler weiter in einer Klasse binnendifferenziert unterrichten dürfen. Davon profitieren nicht nur die Schwächeren gewaltig. In jährlichen Klausurtagungen überlegt das Kollegium gemeinsam, wie wir unsere Werte weiter im Alltag umsetzen können. Teamarbeit steht für uns ganz oben. Die Kolleginnen und Kollegen entwickeln gemeinsam Unterrichtskonzepte. Wir bilden Kollegenpaare, die sich gegenseitig besuchen und hierbei auch Schüler in die Evaluation einbeziehen.“

## „Eine Pflicht: alle Schüler mitnehmen“

**Karl-Friedrich Schmidt, Ratsgymnasium der Stadt Minden, Nordrhein-Westfalen**

„Mir ist wichtig, dass die Schüler bei uns ihre Schullaufbahn erfolgreich beenden. Vor sechs Jahren hat die Schulkonferenz den Umbau zu einem Ganztagsgymnasium beschlossen. Nur so können wir auch Kinder zum Abitur führen, die keine breite Unterstützung im Elternhaus haben. Alle Schüler mitzunehmen – für mich ist das eine gesellschaftliche und bildungspolitische Notwendigkeit.

Als Ganztagsgymnasium mit drei langen Tagen bis 16.15 Uhr mussten wir unseren Alltag komplett neu gestalten. Der Unterricht läuft heute ausschließlich in Doppelstunden, mehr



**Karl-Friedrich Schmidt**

selbstständiges Lernen ist Ziel. Statt Haus- gibt es in den unteren Stufen Wochenaufgaben, die in der Schule erledigt werden. Wir haben Kultur- und Sozialkompetenz zum Leitbild unserer Erziehung gemacht und dafür Pflichtstunden eingeplant. Die Fünftklässler etwa haben zwei Stunden Theater, Musik oder Bühnenbild zusätzlich, am Schluss steht eine gemeinsame Auf- führung. In Klasse 9 sind 40 Stunden Sozialpraktikum während der Unterrichtszeit Pflicht. Auch der Umbau des Gebäudes soll bald unserem Leitbild als Ganztagssschule folgen: Zwischen den Klassenzimmern wollen wir transparente Gemeinschaftsräume einrichten. So eine gewaltige Neuorientierung einer Schule geht nur im ständigen Dialog mit dem Kollegium. Bei mir steht die Tür deshalb für alle offen. Schule leiten heißt für mich, in einer großen Gemeinschaft aller Beteiligten Schule zu einem Ort, an dem gelernt und gelebt werden kann, weiterzuentwickeln.“

Die Statements aufgezeichnet hat Anja Dilk, freie Journalistin

**\*John Hattie: Lernen sichtbar machen, Schneider-Verlag 2013**

Jetzt GEW-Vorteile nutzen!  
[www.bbbank.de/GEW](http://www.bbbank.de/GEW)



1) Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied  
2) Voraussetzung: Neueröffnung Bezügekonto; Gutschrift auf Ihr Bezügekonto  
3) Nur Hauptkarte; Voraussetzung: GEW-Mitgliedschaft; Statt VISA Card Classic auf Wunsch MasterCard® Classic möglich. Die MasterCard® bietet die gleichen Leistungen wie die VISA Card.



## Vorteilsangebote für GEW-Mitglieder

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

### 0,- Euro Bezügekonto inkl. BankCard<sup>1)</sup> für den öffentlichen Sektor

- 50,- Euro für GEW-Mitglieder bei Kontoeröffnung<sup>2)</sup> 
- 0,- Euro Kreditkarte VISA Card Classic<sup>®1)3)</sup> 
- Günstiger Abruf-Dispokredit<sup>1)</sup> bis zum 7-Fachen Ihrer Nettobezüge  
+ die vielen weiteren Mehrwerte des Bezügekontos

#### Jetzt informieren:

[www.bbbank.de/GEW](http://www.bbbank.de/GEW) oder Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)  
[www.gew.de/Leistungen\\_fuer\\_Mitglieder.html](http://www.gew.de/Leistungen_fuer_Mitglieder.html)

**BB**  **Bank**

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst



Schulleiter Reinhard Stähling: „Die ethische Verpflichtung der Schule besteht darin, Bedingungen zu schaffen und auch durchzusetzen, unter denen sich jedes Kind mit seiner speziellen Besonderheit im Zusammenleben der Klasse beteiligen kann.“

Fotos: W-film/Donata Wenders

## Klassenfahrt ohne Ali – können wir das verantworten?

**// Verantwortliches Lehrerhandeln sollte das Wohl und Interesse des Kindes im Blick haben. Das geht manchmal gegen die Interessen der Eltern, manchmal gegen die der Pädagoginnen und Pädagogen. Ein Beispiel aus dem Schulalltag, in das Erfahrungen der Grundschule „Berg Fidel“\* in Münster eingeflossen sind. //**

Ali ist ein „schwieriger“ Junge. Nun steht eine Klassenfahrt an und er soll nicht mit. Als Grund nennen die Eltern, dass das Kind in einem fremden

Bett nicht schlafen könne und außerdem manchmal schlafwandle. Mit Hilfe eines ärztlichen Attests wird dem Wunsch auf Befreiung Nachdruck verliehen. Eltern und Klassenlehrerin einigen sich „im gegenseitigen Einvernehmen“ darauf, dass Ali für die Dauer der Klassenfahrt in einer anderen Lerngruppe am Unterricht teilnimmt. Die Familie sagt, das Kind wolle dies auch, zumal Alis Cousine Schülerin der anderen Klasse ist.

Ist solch eine Abmachung zu verantworten oder widerspricht sie dem Recht des Kindes auf Teilhabe an der Klas-

senfahrt? Eine konkrete Analyse dieser „eilvernehmlichen Lösung“ bringt folgende Aspekte an den Tag:

Das Interesse der Eltern: Sie sind verschuldet, arbeiten beide so viel sie können und haben wenig Zeit für ihre Kinder. Sie wollen sich der Schule gegenüber nicht die Blöße geben und eingestehen, dass sie das Geld für die Klassenfahrt nicht aufbringen können. Unterstützungsleistungen beantragen sie erst gar nicht. Sie haben ein schlechtes Gewissen gegenüber ihren Kindern, weil sie sich zu wenig leisten können. Deshalb erfüllen sie ihnen

möglichst viele Wünsche, die nichts kosten. So darf ihr Nachwuchs nachts lange aufbleiben und jederzeit Computerspiele nutzen. Ali scheint seinen Willen zu Hause oft durchsetzen zu können. Es stellt sich heraus, dass die Beziehung zwischen ihm und den Eltern so eng ist, dass diese nicht wagen, ihr Kind für eine Nacht zum Beispiel bei Freunden oder Bekannten schlafen zu lassen. Mutter und Vater können „nicht loslassen“. Sie fürchten, dass ihr Sohn sich in fremder Umgebung nicht an Regeln halten würde und lassen ihn deshalb selten woanders übernachten. Der Arzt rät von der Teilnahme an der Klassenfahrt ebenfalls ab, weil er von den Eltern weiß, dass Ali schon einige Male nachts desorientiert aufgestanden sei und sich nicht zurechtgefunden habe. Einmal, als sie ihn alleine ließen, sei sogar ein Unfall in der Wohnung passiert. Da der Arzt nicht einschätzen kann, welche Rahmenbedingungen bei

der Klassenfahrt gelten, befürwortet er eine Freistellung als mögliche Option. Die Eltern legen das Attest der Schule vor und hoffen, dass die Befreiung bewilligt wird. Sie sorgen sich, dass man von ihrem Kind dennoch verlangen könne, es zu versuchen.

### Überforderte Pädagogen

Das Interesse der Lehrkräfte: Es stellt sich auf Nachfrage heraus, dass Ali in der Klasse wenig integriert ist. Er hat keinen Freund und streitet sich häufig mit anderen Mitschülern. Den Pädagoginnen und Pädagogen gelingt es meist nicht, ihn nach Auseinandersetzungen zu beruhigen. Der Junge will sich überall behaupten und sie fühlen sich überfordert. Insofern wären sie „nicht böse drum“, wenn der Schüler nicht mitfahren würde. Sie sehen es zwar als ihre Dienstpflicht, Ali mitzunehmen, wären aber erleichtert, wenn die Schulleiterin das Kind von der Fahrt „befreien“ wür-

de. Und empfänden es vielleicht sogar als „Gewinn“ für die Klassenfahrt. Zudem sei die „elterliche Zahlungsmoral“ bei allen schulischen Veranstaltungen sehr schlecht, könnte argumentiert werden. Die Klassenlehrerin müsse immer „hinter dem Geld herlaufen“.

Das Interesse des Kindes: Ali möchte nicht mitfahren und behauptet immer wieder, er könne in der Jugendherberge nicht schlafen. Zugleich leidet er unter seiner Außenseiterrolle in der Klasse. Für ihn wäre eine Gemeinschaft notwendig, die sich mit seinem Problem befasst und Hilfen anbietet. Vor allem bräuchte er eine Lehrerin, die ihn versteht und sich traut zu sagen, dass jedes Kind mitfährt, egal welche Probleme es mitbringt. Ein Klima der Zugehörigkeit („Du gehörst zu uns!“) und des Zutrauens („Wir schaffen das trotzdem!“) würde Wunder bewirken. Das Kind hat ein Recht darauf, dass es ermutigend aufgenommen wird.

## Liebe Beamte: Geht's Ihnen zu gut?



Anders können wir uns nicht erklären, dass Tausende von Ihnen noch Monat für Monat zu hohe Kreditraten zahlen.

Die Finanzwelt hat sich verändert!

Fühlten Sie sich mit Ihrer Finanzierung noch wohl, wenn Sie wüssten, dass es eine kostensparende Alternative gibt? – **Wahrscheinlich nicht.**

Wir haben für Sie das **Beamtdarlehen** optimiert und bieten Ihnen einen fairen **Ratenkredit ohne Tilgungsversicherung, ohne Bearbeitungsgebühr**, aber mit garantierten, niedrigen Raten durch Laufzeiten von 10 bis 15 Jahren, kostenfreien Sondertilgungsmöglichkeiten, mit der Sicherheit, dass Ihre Familie kostenfrei abgesichert und der Kredit nach Zahlung der letzten Rate auch getilgt ist.

Wenn Sie Kosten sparen wollen, sind Sie bei uns genau richtig. Lernen Sie unseren **Privatkredit+** kennen und rechnen Sie aus, was Sie durch einen Wechsel zur Bankhaus Dr. Masel AG sparen können.

Infos und Antragstellung unter [www.bankhaus-masel.de](http://www.bankhaus-masel.de)

**BANKHAUS DR. MASEL**  
Wir nehmen Ihre Wünsche persönlich.

Es wäre auch denkbar, mit dem Arzt zu sprechen und eine gemeinsame Lösung zu vereinbaren. „Ich kann mich aber nicht um alles kümmern“, wird manch eine Klassenlehrerin jetzt einwenden, „das müssten schon die Eltern selbst tun!“ Was ist aber, wenn Mutter und Vater „nichts tun“? Mit Sicherheit ist Ali nicht schuld an seiner Situation. Muss er nun ausbaden, was aus irgendwelchen Gründen nicht geht? Stehen wir als Lehrkräfte nicht in einer ethischen Verpflichtung ihm gegenüber?

Selbst die Frage der Kosten für eine Klassenreise kann offen angesprochen und im Vertrauen mit Hilfe eines Fördervereins gelöst werden. So habe ich z. B. in einem Fall erlebt, dass ein Vater erst dann der Fahrt zustimmen konnte, als er selbst in der Lage war, einen kleinen finanziellen Beitrag zu leisten. Ich habe ihn dann ganz einfach gefragt: „Wie viel können Sie bezahlen?“ Als er verlegen zehn Euro auf den Tisch legte, erwiderte ich, dass alles in Ordnung sei und wir den Rest regeln würden. Er konnte mir von da an wieder in die Augen sehen. Zuvor gab ich ihm sehr klar zu verstehen, dass sein Kind auf jeden Fall mitfahren müsse; das sei Schulpflicht, auch wenn er nicht genug Geld dafür hätte.

In Alis Fall könnte das Kollegium den Eltern anbieten, dass sie abends um 22 Uhr zur Jugendherberge kommen und vor Ort selbst entscheiden, ob sie ihr Kind nach Hause zum Übernachten mitnehmen wollen. Vielleicht ließen sie Ali dann eher los und schenken den Lehrkräften Vertrauen.

Wir wissen aus Erfahrung, dass eine Klassenfahrt viel bewegen kann. Eine wertvolle Entwicklungschance wäre vertan, wenn Ali nicht mitfahren könnte. Berufsethos und unser Gewissen sagen uns Pädagogen doch, dass das richtig ist und ihm vermittelt wird: „Du gehörst zu uns!“ Alis Recht auf Teilhabe ist aber erst dann verwirklicht, wenn auch sein Problem einen Platz findet.

### Verpflichtung der Schule

Das Recht des Kindes wäre in Gefahr, wenn Lehrkräfte und Eltern sich „einernehmlich“ auf die Befreiung von der Klassenfahrt einigten. Zwar hätten alle Seiten einen vermeintlichen Vorteil, die eigentliche Problematik wäre jedoch



Dem Kind vermitteln: „Du gehörst zu uns!“

vom Tisch gewischt und die Lehrkräfte hätten sich der Herausforderung nicht gestellt.

Im Gegensatz zu einem profitorientierten Betrieb besteht die ethische Verpflichtung der Schule darin, Bedingungen zu schaffen und auch durchzusetzen, unter denen sich jedes Kind – nicht nur das angepasste – mit seiner speziellen Besonderheit am Zusammenleben der Klasse beteiligen kann. Die Erfahrungen besonders in Integrationschulen zeigen, dass das unterschiedlich funktioniert. Flexible Lösungen sind in jedem einzelnen Fall gefragt. Sie werden erleichtert durch:

- multiprofessionelle Pädagogen-teams in jeder Klasse,
- Rückendeckung durch die Schulleitung und Schulaufsicht,
- regelmäßige Beratung und Supervision,
- aufsuchende Elternarbeit durch Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter.

Wir könnten uns viele Gespräche sparen, wenn von vornherein klar wäre, dass ein Kind wie Ali auf jeden Fall auf Klassenfahrt mitkommt. Möglicherweise wäre dann nicht mal der Arzt auf die Idee gekommen, ein Attest zu schreiben. Nebenbei sei noch erwähnt, dass eine sogenannte Win-Win-Lösung („im Einvernehmen“) nicht nur pädagogisch

und ethisch, sondern auch rechtlich unzulässig sein kann, weil sie unter Umständen die Rechte der Kinder missachtet.\*\*

Reinhard Stähling,  
Lehrer und Schulleiter der  
Grundschule Berg Fidel

**\*Die inklusive Grundschule ist bekanntgeworden als eine, die alle Kinder des Bezirks aufnimmt. Hier wurde der preisgekrönte Dokumentarfilm von Hella Wenders „Berg Fidel – Eine Schule für alle“ gedreht (s. E&W 11/2012), der jetzt auch als DVD erhältlich ist. Bestellungen über: [bestellung@wfilmcom](mailto:bestellung@wfilmcom)**

**\*\*Weiterlesen in:**  
**Stähling, Reinhard: Du gehörst zu uns. Inklusive Grundschule. Baltmannsweiler: Schneider 2006, 4. erweiterte Auflage 2011**  
**Stähling, Reinhard/Wenders, Barbara: Ungehorsam im Schuldienst. Der praktische Weg zu einer Schule für alle. Baltmannsweiler: Schneider 2009, 2. erweiterte Auflage 2011**  
**Stähling, Reinhard/Wenders, Barbara: Das können wir hier nicht leisten – Wie Grundschulen doch die Inklusion schaffen können. Praxisbuch zum Umbau des Unterrichts. Baltmannsweiler: Schneider 2012, 2. Auflage 2013**

# Wertekompass Kinderrechte

**// Sollen türkischstämmige Kinder in der Schule untereinander ausschließlich Deutsch sprechen? Wie können Jugendliche vor Cybermobbing geschützt werden? Wird im Zuge immer längerer Schulzeiten das Recht der Kinder auf Freizeit und Erholung noch ausreichend gewahrt? Inwieweit sollen Schülerinnen und Schüler über Unterrichtsinhalte mitentscheiden können? Fragen, die einen Wertekanon für die pädagogische Arbeit erfordern. //**

Wer als Pädagogin oder Pädagoge mit Kindern und Jugendlichen arbeitet, braucht einen inneren Wertekompass. Eine klare Orientierung, wo Recht aufhört und Unrecht beginnt. Einen verbindlichen Maßstab für die Lösung der im pädagogischen Alltag unvermeidlich auftretenden Konflikte. Traditionelle Überzeugungen – seien sie kulturell überliefert oder religiös begründet – bieten hier wichtige Anknüpfungspunkte. Aber sie haben einen entscheidenden Mangel: Ihre Legitimation ist begrenzt. In einer zunehmend multikulturellen und -religiösen Gesellschaft können sie

keine unbedingte, nicht hinterfragbare Gültigkeit mehr beanspruchen. Während die Verbindlichkeit kulturell überlieferter Werte immer weiter abnimmt, steigt zugleich der Bedarf nach einem für alle gültigen Wertekanon.

## Universell und unteilbar

Ein Ausweg aus diesem Dilemma bietet die explizite Orientierung pädagogischer Institutionen an den weltweit geltenden Kinderrechten, wie sie in der praktisch universell ratifizierten und in Deutschland seit dem 15. Juli 2010 uneingeschränkt geltenden UN-Kinderrechtskonvention niedergelegt sind. Ein solcher Kinderrechtsansatz (Child Rights-Based Approach) beruht auf vier grundlegenden Prinzipien: Universalität, Unteilbarkeit, Kinder als Träger eigener Rechte sowie Erwachsene als Verantwortungsträger.

Das Prinzip der Universalität der Kinderrechte: Die Kinderrechte gelten in gleicher Weise für alle Kinder – unabhängig davon, in welcher Kultur oder Tradition sie leben, unabhängig auch davon, unter welchen Lebensumständen sie aufwachsen. Alle Heranwachsenden sind hinsichtlich ihrer Rechte gleich. Nicht-Diskriminierung gehört

zum Kernbestand der Menschen- und Kinderrechte.

Das Prinzip der Unteilbarkeit der Kinderrechte: Alle Rechte, die Kindern zustehen, sind gleich wichtig und eng miteinander verbunden. Das „Gebäude der Kinderrechte“ ist als ganzheitliche Einheit zu verstehen. Schutz-, Förder- und Beteiligungsrechte können gleiche Geltung beanspruchen und müssen im Einzelfall gegeneinander abgewogen werden. So sind junge Menschen beispielsweise besser vor Gefährdungen geschützt, wenn sie ihre Rechte kennen und an Entscheidungen beteiligt sind.

Das Prinzip der Kinder als Träger eigener Rechte: Diese müssen von ihnen nicht erworben oder verdient und sie können von ihnen weder abgelegt noch veräußert werden. Sie stehen ihnen allein deshalb zu, weil sie Kind (alle Menschen bis zum 18. Lebensjahr) sind.

Das Prinzip der Erwachsenen als Verantwortungsträger: Erwachsene sind Pflichtenträger, von denen die Kinder erwarten können, dass sie ihre Rechte umsetzen. Für das Wohl des einzelnen Kindes sind in erster Linie die Eltern verantwortlich. Aber auch der Staat sowie pädagogische Fachkräfte tragen Verantwortung für Kinderrechte.

**Montessori**  
Montessori-Zentrum Hofheim e.V.

Das Montessori-Zentrum Hofheim ist eine Bildungseinrichtung in freier Trägerschaft, in der etwa 360 junge Menschen von 11 Monaten bis ins Erwachsenenalter begleitet werden. **Das Zentrum betreibt ein Kinderhaus** für Kinder von 11 Monaten bis 3 Jahren und von 3 Jahren bis zum Schuleintritt sowie eine Schule mit Grundschule ab Eingangsstufe, integrierter Gesamtschule, die zum staatlichen Haupt- oder Real- schulabschluss führt, und einer gymnasialen Oberstufe, die zum Zentralabitur führt. Die Kinder und Jugendlichen arbeiten grundsätzlich in jahrgangsgemischten Gruppen. Wir haben Erfahrung mit **inklusivem Lernen** von Beginn an.

**Wir suchen ab sofort oder ab 1. August 2013 eine/n**

## Förderlehrer/in

zur Unterstützung unserer Teams des 0. – 6. Schuljahrs. Anforderungen und Aufgabenbereiche sind:

- Staatliche Ausbildung zum Förderlehrer und Erfahrung im Beruf
- Montessori-Diplom bzw. die Bereitschaft, es zu erwerben
- Kenntnisse in Autismus, ADS, LRS, Dyskalkulie, Lern- und Körperbehinderung und ggf. die Bereitschaft, sich in die Gebiete einzuarbeiten bzw. fortzubilden
- Beratung der Lehrkräfte, Sammlung der Informationen und Koordination, Unterstützung beim Schreiben von Förderplänen

**Weiterhin suchen wir ab 1. August 2013 eine**

## Lehrkraft für Physik und Mathematik oder eine andere Naturwissenschaft

für unsere Gymnasiale Oberstufe und Integrierte Gesamtschule. Voraussetzungen sind: 1. und 2. Staatsexamen und eine Montessori-Ausbildung bzw. die Bereitschaft, diese berufsbegleitend zu erwerben. **Wir wünschen uns** für unsere Schüler Lehrer,

- die die jungen Menschen in ihrer Individualität respektieren und sie wertschätzen,
- die sie in ihren Stärken stärken und in ihren Schwächen unterstützen,
- die ihnen eigene naturwissenschaftliche Erfahrungen ermöglichen und ihr selbständiges Lernen begleiten,
- die sie in Physik und/oder einer anderen Naturwissenschaft und/oder Mathematik zum Abitur führen,
- die in der integrierten Gesamtschule Naturwissenschaften fachübergreifend unterrichten können und wollen.

Weitere Informationen erhalten Sie über unsere Homepage [www.montessori-hofheim.de](http://www.montessori-hofheim.de) oder über unsere Verwaltung bei Frau Lampe, E-Mail: [lampe@montessori-hofheim.de](mailto:lampe@montessori-hofheim.de), Telefon: 06192/309222.

Schloßstraße 119  
65719 Hofheim-Marxheim

Tel.: 06192 - 309210  
Fax: 06192 - 309212

[www.montessori-hofheim.de](http://www.montessori-hofheim.de)



Wer als Pädagogin oder Pädagoge mit Kindern und Jugendlichen arbeitet, braucht eine klare Orientierung, wo Recht aufhört und Unrecht beginnt.

Foto: David Ausserhofer

Kennzeichnend für den Kinderrechtsansatz ist, dass nicht nur nach den Bedürfnissen, sondern ebenso nach den Rechten der Kinder gefragt wird. Während Bedürfnisse subjektiv und situationsabhängig sind, handelt es sich bei den Rechten junger Menschen um objektive, von einzelnen Situationen unabhängige Ansprüche. Der Kinderrechtsansatz bildet den Rahmen, der das Handeln an den Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention ausrichten soll. Damit ist er ein auf die besonderen Bedürfnisse und spezifischen Rechte von Kindern orientierter Menschenrechtsansatz.

### Ohne Resonanz

In ihrer Stellungnahme zur UN-Kinderrechtskonvention hat die Kultusministerkonferenz (KMK) 2006\* festgestellt, „dass die Vermittlung von unveräußerlichen Rechten und essentiellen Werten wie Menschenwürde, Toleranz, Freiheit, Selbstbestimmung [...] sowohl allgemeine Aufgabe von Schule und Unterricht als auch spezifische Aufgabe der dafür relevanten Fächer ist“. In der realen Schule bleibt dieses Bekenntnis allerdings noch viel zu oft ohne Resonanz.

Eine Schule, die sich den Kinderrechten verpflichtet fühlt, müsste Menschen- und Kinderrechtsbildung auf drei Ebenen angehen (Maywald 2012\*\*):

- Erstens geht es darum, die Kinder- und Menschenrechte als Bestandteil des Unterrichts in unterschiedlichen Klassenstufen zu etablieren.
- Zweitens müssen die Kinder selbst demokratische Verhaltensweisen einüben können. Hierzu bedarf es einer Verankerung der Kinderrechte in den Leitbildern, Schulkonzepten und -verfassungen sowie der Förderung einer demokratischen Schulkultur.
- Drittens müssen die Lehrerinnen und Lehrer Vorbild in punkto Kinderrechte

sein. Denn Kinder werden die Rechte anderer nur unter der Voraussetzung achten, dass man sie selbst mit ihren Rechten ernst nimmt und respektvoll behandelt.

Die Orientierung an den Kinderrechten und die Umsetzung des Kinderrechtsansatzes im Unterrichtsalltag sind also zentrale Bausteine guter Schulqualität und ein wichtiger Beitrag zu einer wertebasierten Pädagogik.

Jörg Maywald,  
Sprecher der National Coalition  
für die Umsetzung der UN-Konvention  
für Kinderrechte in Deutschland

### Veranstaltungshinweis

„Die Sehnsucht nach Anerkennung – Kinderrechte in Geschichte und Gegenwart“ – Ausstellung, noch bis zum 27. Oktober 2013, Rochow-Museum/Reckahn – [www.rochow-museum.de](http://www.rochow-museum.de)

**\*Kultusministerkonferenz (2006): Erklärung der Kultusministerkonferenz zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes: [www.national-coalition.de/pdf/Dokumente\\_Kinderrechte/KMK-Kinderrechtskonvention.pdf](http://www.national-coalition.de/pdf/Dokumente_Kinderrechte/KMK-Kinderrechtskonvention.pdf) (Abruf 12.5.2013).**

**\*\*Maywald, J. (2012): Kinder haben Rechte! Kinderrechte kennen – umsetzen – wahren. Weinheim: Beltz**



# ... gerecht und mit Mitgefühl ...

**// Auf Grundlage der Erklärung der Bildungsinternationale (BI) zum pädagogischen Berufsethos will der Gewerkschaftstag der GEW einen Anstoß für die Debatte über das Professionsverständnis in allen Bildungseinrichtungen geben. E&W veröffentlicht Kernaussagen aus dem Bi-Papier. //**

## Präambel

- Bei dieser Erklärung handelt es sich sowohl um eine individuelle als auch um eine gemeinschaftliche Verpflichtung aller im Erziehungs- und Bildungsbereich Beschäftigten\*. Sie ergänzt die Gesetze, Statuten, Richtlinien und Programme, die die berufliche Praxis generell regeln. Auch soll sie den im Erziehungs- und Bildungsbereich Beschäftigten helfen, Fragen im Hinblick auf ihr berufliches Verhalten besser beantworten und auf Probleme, die sich aus dem Verhältnis zu anderen an Erziehung und Bildung Beteiligten ergeben, besser reagieren zu können. ...
- Das Herzstück der beruflichen Tätigkeit ist ein verantwortungsbewusstes Urteilsvermögen; außerdem ist fürsorgliches, kompetentes und engagiertes Handeln aller im Erziehungs- und Bildungsbereich Beschäftigten unerlässlich, um den Lernenden zur Entfaltung ihres ganzen Potenzials zu verhelfen. ...
- Die Tätigkeit im Erziehungs- und Bildungsbereich kann von einer Diskussion über die zentralen Werte der Profession sehr profitieren. Denn ein wachsendes Bewusstsein für die Normen und das Ethos des Berufs kann bei allen im Erziehungs- und Bildungsbereich Beschäftigten die berufliche Zufriedenheit verbessern, ihren Status und ihre Selbstachtung steigern und den gesellschaftlichen Respekt vor ihrer Tätigkeit erhöhen. ...

## ARTIKEL 1. Verpflichtung gegenüber der Profession:

- sicherstellen, dass ihr Fachwissen regelmäßig aktualisiert und verbessert wird; ...
- alle Bemühungen unterstützen, um in und durch Bildung und Erziehung demokratische Werte und Menschenrechte zu befördern.

## ARTIKEL 2. Verpflichtung gegenüber den Lernenden:

- das Recht aller Kinder, den Bestimmungen der UN-Kinderrechtskonvention gemäß behandelt zu werden, respektieren, insbesondere im Hinblick auf das Recht auf Bildung und Ausbildung;
- die Einzigartigkeit und Individualität sowie die besonderen Bedürfnisse jedes Lernenden anerkennen; ...
- den Lernenden das Gefühl vermitteln, Teil einer Gemeinschaft zu sein, in der man sich wechselseitig respektiert und die doch jedem und jeder Einzelnen genügend Raum für sich lässt;
- mit den Lernenden einen rein professionellen Umgang pflegen;

- die Interessen und das Wohlergehen aller Lernenden schützen und fördern und sich bemühen, sie vor Mobbing und körperlichem oder psychischem Missbrauch zu bewahren;
- alles in ihren Möglichkeiten Stehende tun, um die Lernenden vor sexuellem Missbrauch zu schützen; ...
- ihre Autorität gerecht und mit Mitgefühl ausüben;
- sicherstellen, dass die besondere Beziehung zwischen Lehrenden und Lernenden in keiner Weise missbraucht wird, insbesondere nicht, um ihnen einen bestimmten Glauben, eine Weltanschauung oder eine Ideologie aufzudrängen oder deren Befolgung zu kontrollieren.

## ARTIKEL 3. Verpflichtung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen:

- die Kollegialität untereinander fördern, indem sie die berufliche Stellung und die Ansichten jedes und jeder Einzelnen respektieren und indem sie bereitwillig Rat und Unterstützung anbieten, insbesondere Berufsanfänger und Auszubildenden; ...
- die Interessen und das Wohlergehen ihrer Kolleginnen und Kollegen schützen und fördern und sie vor Mobbing sowie physischem, psychischem oder sexuellem Missbrauch bewahren. ...



**Soll Debatte anregen: Berufsethos der Bildungsinternationale**

## ARTIKEL 6.

### Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber den im Erziehungs- und Bildungsbereich Beschäftigten:

- gewährleisten, dass die im Erziehungs- und Bildungsbe- reich Beschäftigten sich darauf verlassen können, bei der Ausübung ihres Berufs fair behandelt zu werden. ...

**\*Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.**

**Der dritte Weltkongress der Bildungsinternationale hat das Berufsethos 2001 in Jomtien (Thailand) beschlossen.**

**Der vollständige Text unter:**

**[www.gew-gewerkschaftstag.de/](http://www.gew-gewerkschaftstag.de/)**

**[Berufsethos\\_der\\_im\\_Bildungs-\\_und\\_Erziehungsbereich\\_Beschaeftigten.html](#)**

# „Empathie kann sich erschöpfen“

// Der Freiburger Psychotherapeut und Neurobiologe Joachim Bauer spricht im E&W-Interview über den Zusammenhang von gutem Unterricht, Lehrerverhalten und Gesundheitsprävention.\* //



Foto: Imago

**Professor Joachim Bauer: Neurobiologe, Psychotherapeut und Oberarzt in der Abteilung Psychosomatische Medizin am Universitätsklinikum Freiburg**

**E&W:** Herr Bauer, Sie behaupten: Die Gesundheit von Lehrkräften sowie pädagogisches Verhalten und Handeln im Klassenzimmer sind zwei Seiten derselben Medaille – warum?

**Joachim Bauer:** Schwierigkeiten, im Klassenzimmer eine gezielte Beziehung zu Schülerinnen und Schülern zu entwickeln, sind der Faktor, der sich am stärksten auf die Lehrergesundheit auswirkt. Die Beziehungskompetenz der Lehrkräfte zu stärken, bedeutet daher auch, ihre Gesundheit zu schützen. Umgekehrt ist die Lehrergesundheit wiederum Voraussetzung dafür, dass Pädagogen funktionierende Beziehungen zu Schülerinnen und Schülern herstellen können.

**E&W:** Das heißt: Wer sich als Lehrkraft um seine Gesundheit sorgt, erfüllt damit einen Teil seines professionellen Auftrags?

**Bauer:** Ja, denn beides steht im Lehrerberuf in einem engen Zusammenhang. Wer beziehungsorientiert arbeitet, hat eine bessere Chance, Aggressivität im Klassenzimmer zu begrenzen und erfolgreich zu unterrichten. Wer weniger Feindseligkeit ausgesetzt ist, hat weniger Stress.

**E&W:** Kann die Fähigkeit, beziehungsorientiert zu unterrichten, auch verloren gehen – und wenn ja, warum?

**Bauer:** Die Fähigkeit zur Empathie kann sich erschöpfen. Die Kraft zu beziehungsorientiertem Unterricht schwindet, wenn die notwendigen Rahmenbedingungen im beruflichen Umfeld nicht gegeben sind. Was Lehrkräften zusetzt, sind zu große Klassen, Aggressivität im Klassenzimmer, zu viele Deputatsstunden sowie die fehlende Bereitschaft vieler Eltern zur Zusammenarbeit.

**E&W:** In Ihren Studien haben Sie herausgefunden, dass Pädagogen zu den Berufsgruppen gehören, die am stärksten durch Burnout gefährdet sind. Demnach sind 20 bis 30 Prozent von einer „signifikanten stressassoziierten Gesundheitsstörung“ betroffen.

**Bauer:** Die Gesundheitsforschung zeigt, dass sich hohe Belastungen nur durchstehen lassen, wenn Beschäftigte ausreichenden Spielraum haben, ihr Arbeitspensum zu bewältigen, und wenn eine starke Verausgabung durch Anerkennung und Wertschätzung entsprechend ausbalanciert wird. Beide Voraussetzungen sind weithin nicht gegeben.

**E&W:** Neuerdings hört man die These, bei Burnout handele es sich eigentlich um eine Depression.

**Bauer:** Das sind Versuche, arbeitsbedingte Belastungen zu psychiatrisieren. Gute Arbeitsbedingungen lassen sich nicht durch Psychopharmaka ersetzen. Das Burnout-Syndrom ist eine auf den Arbeitsplatz bezogene Störung von Motivation und Leistungsfähigkeit. Im Gegensatz dazu ist die Depression eine alle Lebensbereiche betreffende Erkrankung mit einem Verlust an Lebensfreude, Selbstwertgefühl und mit Gedanken, sich etwas antun zu wollen.

**E&W:** Woran lässt sich ein Burnout-Syndrom erkennen?

**Bauer:** Kennzeichen sind anhaltende Erschöpfung, Unfähigkeit zu regenerieren und Ineffektivität am Arbeitsplatz, beispielsweise wenn Lehrkräfte mehr als früher arbeiten, ihre Arbeit aber nicht erledigt bekommen. Ein weiteres Kennzeichen ist, dass die Betroffenen, die zuvor viele Jahre gerne ihrem Beruf nachgegangen sind, plötzlich einen inneren Widerwillen gegen jene Menschen entwickeln, für die sie beruflich tätig sind.

**E&W:** Und wie können sich Lehrkräfte persönlich gesundheitlich schützen?

**Bauer:** Sie sollten die Schule nicht zum einzigen Lebensinhalt werden lassen. Sie sollten sich zwar engagiert auf ihren Beruf einlassen, zugleich aber die Erwartungen an sich selbst nicht zu hoch zu schrauben. Und sie sollten sich mit ihrer Aufgabe nicht überidentifizieren, vor allem schlechte Schulleistungen und ungezogenes Benehmen der Schülerinnen und Schüler nicht auf sich beziehen.

Interview: Marion Meyer-Radtke,  
freie Journalistin

**\*Im April 2013 ist im Karl Blessing Verlag, München, Joachim Bauers neues Buch erschienen: „Arbeit – Warum unser Glück von ihr abhängt und wie sie uns krank macht“**



ULRICH THÖNE



Foto: Kay Hirschelmann

# Neustart in der Bildungspolitik

// **GEW-Kommentar: Politische Bilanz von Schwarz-Gelb** //

Die 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages geht zu Ende. Für die Bildungspolitik hat sie wenig gebracht. Dabei wollte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) der Bildungspolitik eine deutlich höhere Priorität einräumen. Aber die von der schwarz-gelben Bundesregierung vorangetriebenen Maßnahmen wie steuerliche Begünstigung der Wohlhabenden gepaart mit Länderkonkurrenz, Kooperationsverbot und Schuldenbremse haben eine bessere und nachhaltige Qualität in den Bildungseinrichtungen verhindert. Ich halte fest:

- Das Betreuungsgeld kommt – der Krippenausbau stockt. Während Familien, die es sich leisten können, ihre Kinder zu Hause zu betreuen, künftig 150 Euro Prämie einstreichen können, werden viele Mütter und Väter, die auf Krippenplätze angewiesen sind, leer ausgehen. Eltern, Kindern und Beschäftigten drohen Verschlechterungen, wenn Kommunen und Träger Standards absenken, um den Rechtsanspruch irgendwie zu erfüllen (s. E&W 5/2013).
- Das Bildungspaket ist gescheitert: So gut und so wichtig es sein mag, dass mehr Kinder kostenlos Hortessen erhalten, so wenig ist die individuelle Förderung der Heranwachsenden erreicht worden. Die finanzielle Unterstützung für Nachhilfe wird kaum in Anspruch genommen. Die sinnvollste Maßnahme im Zuge des sogenannten „Hartz-IV-Kompromisses“, Bundesgelder für den Ausbau der Schulsozialarbeit, läuft Ende des Jahres aus.
- Während sich die Bundesregierung wegen der vermeintlich positiven Ausbildungsbilanz selbst auf die Schultern klopf und den nationalen Ausbildungspakt lobt, geht die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft zurück (s. S. 4). Das ist eine doppelte Belastung für die Zukunft, weil der Fachkräftebedarf nicht gedeckt und, wichtiger noch, weil sich die Zahl junger Menschen ohne Berufsausbildung nicht verringern lässt.
- Die Zukunft der Hochschulen ist offen: Ihre Grundfinanzierung bleibt Flickwerk, obwohl die Nachfrage nach Studienplätzen un-

vermindert hoch ist. Wichtige Finanzierungsinstrumente laufen in den kommenden Jahren aus, der Hochschulpakt bereits 2015.

- Und am Ende stolperte auch noch Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) über eine Plagiatsaffäre und leistete so einen unfreiwilligen Beitrag zur Debatte über Qualität in der Wissenschaft.

Was bleibt, sind die gleichen drängenden Probleme wie 2009 – und noch einige mehr:

Die Schuldenbremse drückt der Bildungspolitik jetzt ihren Stempel auf: Was die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen in den Ländern mit der Nichtübertragung des Tarifergebnisses (s. S. 41 f., 44) derzeit erleben, ist nur ein Vorgeschmack. Notwendig ist daher ein Neustart in der Bildungspolitik des Bundes:

- Wir brauchen eine nationale Bildungsstrategie sowie eine gemeinsame Bildungsplanung, um Bildungsarmut wirksam zu bekämpfen und Bildung nachhaltig zu finanzieren.
- Es muss ein Paradigmenwechsel von der Selektion zur inklusiven Bildung von der Kita bis zu Hochschule und Weiterbildung stattfinden. Dafür müssen Bildungsprozesse entschleunigt werden, benötigen wir mehr Zeit, mehr ganz-tägige Bildung und Betreuung.
- Und wir müssen für gute Arbeitsbedingungen und qualitative Arbeit im Bildungswesen sorgen: Prekäre Beschäftigung gilt es zu überwinden, soziale Sicherheit im Alter zu ermöglichen. Das geht nur, indem wir die Tarifautonomie stärken, damit die Arbeitgeber nicht weiter einseitig Billiglöhne verordnen können. Gute Bezahlung und eine qualitativ hochwertige Ausbildung sind eine Voraussetzung dafür, dass wir dem Fachkräftebedarf in Bildung, Wissenschaft und Forschung künftig nachkommen können.

Egal wer im Herbst die Wahl gewinnt: Ohne einen Neuanfang in der Bildungspolitik wird es nicht besser.

Ulrich Thöne,  
GEW-Vorsitzender

# Junge GEW will Dialog

**// Vor einem Jahr hat im hessischen Rotenburg an der Fulda unter dem Motto „occupy union – BildungsGEWerkchaft in Bewegung“ die erste Bundesjugendkonferenz (BJK) der GEW stattgefunden (s. E&W 7-8/2012, S. 34 f.). Eine detaillierte Onlinebefragung der Teilnehmenden von Junger GEW und dem Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS) bestätigt: Die BJK war ein riesiger Erfolg. Sie hat der Jugend Gelegenheit gegeben, sich zu vernetzen und zum Mitmachen motiviert. //**

Für die jungen Gewerkschafter war es besonders wichtig, dass sie in Rotenburg mit vielen politisch interessierten und engagierten Kolleginnen und Kollegen in ähnlichen Lebenslagen zusammenkommen konnten. Kein Wunder: Schließlich waren rund zwei Drittel der Teilnehmenden höchstens seit drei Jahren GEW-Mitglied. Kontakt und Austausch standen also hoch im Kurs der Konferenz, die 77 Prozent der Befragten mit sehr gut und 21 Prozent mit gut beurteilten. Sicher ein Hauptgrund für die große Zustimmung: 79 Prozent der Befragten hatte die BJK dabei geholfen, sich besser in der Organisation zu vernetzen. Vor allem innerhalb des eigenen Landesverbandes, aber auch über die Landesgrenzen hinweg fand die Kommunikation statt. So gründeten die teilnehmenden Erzieherinnen beispielsweise eine bundesweite Projektgruppe. Auch neue Hochschul- und Junge GEW-Gruppen gingen aus der BJK hervor.

## **Kräftiger Motivationsschub**

Die neuen Netzwerke, gepaart mit der Erkenntnis, mit anderen GEW-Mitgliedern gleiche Interessen zu teilen,



Foto: Sheila Behringer

**Die GEW will sich noch mehr für junge Menschen öffnen.**

sorgten für einen kräftigen Motivationsschub: Der Anteil organisierter Mitglieder unter den Teilnehmenden stieg im Anschluss an die BJK. Knapp die Hälfte gab an, jetzt in der Jungen GEW mitzuarbeiten, 55 Prozent beteiligten sich aktiv an gewerkschaftlichen Aktionen, 26 Prozent arbeiteten in einer GEW-Fachgruppe mit und 46 Prozent im Kreis- bzw. Bezirksverband. „Mut geschöpft, Engagement-Akku aufgeladen“, so fasste eine Kollegin die Veranstaltung für sich zusammen.

Was ihre Möglichkeiten zur Mitarbeit in der GEW betrifft, zeichneten die Befragten ein durchwachsendes, wenn auch überwiegend positives Bild: Zwar haben die meisten jungen Kolleginnen und Kollegen das Gefühl, in den Gremien willkommen zu sein und ernst genommen zu werden. Doch die als hierarchisch erlebten Strukturen wirken auf viele ernüchternd. Die politische Arbeit sei ein „zähes Geschäft“, bilanzierte ein Kollege. Auch die mangelnde Vereinbarkeit des gewerkschaftlichen Engagements mit Beruf und Familie stellt für viele ein Problem dar. Die jungen GEWler wünschen sich daher eine stärkere hauptamtliche Unterstützung für den Bereich Jugend, mehr Rechte für junge

Mitglieder und ein größeres Interesse für ihre Anliegen.

## **Prüfsteine**

„Wenn die GEW durchsetzungsfähig bleiben will, muss sie sich der Jugend stärker öffnen“, stellt Burkhard Naumann, Sprecher der Jungen GEW und Mit-Initiator der BJK, fest. „Aus Sicht der jungen Kolleginnen und Kollegen sind neue Formen der Mitarbeit und Kommunikation innerhalb der Organisation nötig. Das haben sowohl die Debatten auf der BJK als auch die Praxis in den vergangenen Jahren gezeigt“, unterstreicht Naumann. Daher hat die Junge GEW Prüfsteine als Fragen entwickelt, die der Bildungsgewerkschaft Wege aufzeigen sollen, sich für junge Menschen mehr zu öffnen. Dazu zählen veränderte Rahmenbedingungen für das gewerkschaftliche Engagement, Umgangsstil innerhalb der Organisation, personelle Unterstützung sowie die Arbeitsweise in der GEW. Diskutieren will die Junge GEW die Prüfsteine an ihrem Messestand auf dem Gewerkschaftstag in Düsseldorf – Start für einen dauerhaften Generationendialog.

Markus Hanisch,  
Internetredakteur beim GEW-Hauptvorstand

# „Beste Familienpolitik: mehr feste Stellen“

**// Kinder können die Karriere kosten. Eine GEW-Veranstaltung zur Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Qualifizierung in Berlin machte auf rechtliche Fallstricke aufmerksam. Mutterschutz und Elternzeit beispielsweise gelten mitunter nicht für Nachwuchswissenschaftler. //**

Und dann, nach drei Jahren Doktorarbeit hieß es, sie müsse nun mal Prioritäten setzen: Dissertation oder Kinder. Svenja Bernstein-Derichs hatte zwei Tage nach der Zusage fürs Stipendium erfahren, dass sie schwanger war. Das Stipendium zurückgeben wollte sie nicht, es zu unterbrechen war nicht möglich. Also sagte sie sich: Augen zu und durch. Man kann das ja schaffen: „Wenn man gut funktioniert.“ Es funktionierte nicht so gut. Als das Stipendium auslief, war die Doktorarbeit noch nicht fertig. Die Aufforderung ihrer Doktormutter kam nicht überraschend. „Da habe ich die Diss

eben Diss sein lassen und mich für mein Kind entschieden.“ Sie sagt das ganz sachlich, ohne Bitterkeit. Ihre Doktormutter ist kein böser Mensch, sie ist nur eine Frau, die weiß, wie es im Wissenschaftsbetrieb läuft. Und Bernstein-Derichs hatte in den Jahren ihrer Promotion ebenfalls gemerkt, dass es immer schwierig sein würde, Wissenschaft und Familie miteinander in Einklang zu bringen. Also sattelte sie um. Heute studiert sie Lehramt.

## Ein Balanceakt

Komplett klaglos gab sie sich freilich nicht geschlagen. Mit drei weiteren jungen Wissenschaftlern recherchierte sie zwei Jahre lang, auf welche familienpolitischen Regeln sich Nachwuchswissenschaftler berufen können. Rasch merkten sie: Fälle wie der ihre sind keine Einzelfälle. Familienplanung ist für Nachwuchswissenschaftler generell ein Balanceakt. Mehr noch: Familienpolitische Standards wie Elternzeit und Mutterschutz gelten für einige

von ihnen gar nicht. Wenn sie etwa im Rahmen von Drittmittelprojekten angestellt sind, also in Forschungsprojekten, die für eine begrenzte Zeit finanziert werden, können sie mit dem Auslaufen des Vertrages auf die Straße gesetzt werden. Egal, ob sie ein Kind erwarten oder gerade Eltern geworden sind. Auch für Stipendiaten gelten verwirrend viele und unterschiedliche Regeln.

Die Ergebnisse ihrer Recherchen veröffentlichten die jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einem Rechtsratgeber, den sie auf der GEW-Tagung zur Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Qualifizierung im April vorstellten.\*

Die Gewerkschaft mobilisiert mit dem Templiner Manifest seit 2010 gegen die prekären Arbeitsverhältnisse an Hochschulen und Forschungsinstituten. Der just zur vierten Templiner Follow-up-Tagung veröffentlichte Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs (BuWiN) 2013 zeigt, dass die Zahl der unsicheren und schlecht bezahlten Stellen weiter wächst, während der Anteil unbefristeter Stellen schrumpft. Das betrifft längst nicht nur jene, die promovieren, auch über 40 Prozent der habilitierten Wissenschaftler arbeiten mit Zeitverträgen. Keine guten Bedingungen für die Familienplanung. „Die Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlichem Beruf zeichnet sich als größtes Problem ab, vor allem dann, wenn beide Partner in der Wissenschaft tätig sind“, meint die Vorsitzende des BuWiN-Konsortiums, Anke Burkhardt (s. Interview Seite 32 f.).

Die permanente Befristungspraxis wird durch das 2008 in Kraft getretene Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) möglich. Demnach können wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sechs Jahre vor und nach der Promotion befristet angestellt werden. Doch auch nach Ablauf dieses



Foto: Kay Henschelmann

**Dissertation oder Kinder? Wie Svenja Bernstein-Derichs geht es vielen Nachwuchswissenschaftlerinnen, die sich zwischen Doktorarbeit und Kind entscheiden müssen. Wissenschaftsbetrieb und Familie lassen sich noch immer schlecht vereinbaren.**

Zeitraums können die Hochschulen weiterhin Zeitverträge ausstellen, wenn sie die Stellen über Drittmittel finanzieren, Geld also, das zweckgebunden für Forschungszwecke zur Verfügung gestellt wird. Und die Bedeutung der Drittmittel als Finanzierungsquelle für die Hochschulen wächst.

**Nach Feierabend: Familie**

Wie viele Verträge sie in den elf Jahren seit Abschluss ihres Studiums bereits unterschrieben hat, weiß Denise Dörfel nicht genau. Sie tippt auf zehn. Die junge Frau promovierte in Psychologie und habilitiert sich derzeit auf einer Postdoc-Stelle. Dörfel weiß, wie man Projekte betreut, Anträge schreibt und forscht. Bahn frei also für eine Karriere als Wissenschaftlerin? Nicht ganz. Ihre Publikationsliste sei zu kurz, um ernsthaft als Kandidatin für eine Professur in Frage zu kommen, meint sie nüchtern. Nach Feierabend, wenn andere sich an ihre wissenschaftlichen Aufsätze setzen, kümmert sich Dörfel um ihre beiden Töchter. Auch die Wochenenden gehören der Familie.

Dörfels Vertrag läuft Ende Juni aus. Danach wird sie einen neuen Projektantrag stellen und sich gleichzeitig Gedanken machen, welche anderen Berufe außerhalb der Wissenschaft für sie in Frage kommen. Eigentlich würde sie gern als Wissenschaftlerin weiterarbeiten: „Denn das mache ich am liebsten.“ Doch unterhalb der Professur gibt es in Deutschlands Hochschulen kaum unbefristete Stellen, die freie Forschung ermöglichen. Dass das ein Problem ist, haben inzwischen Politiker aller Parteien erkannt. Die Hochschulen bräuchten andere Personalstrukturen, um Perspektiven zu eröffnen, meint etwa die CDU-Bundestagsabgeordnete Annette Hübinger. „Und wir müssen mit den Ländern über Mutterschutzregeln reden.“ Die Opposition im Bundestag aber ist der Meinung, dass der Bund mehr tun kann als appellieren. Grüne, SPD und Linke haben Anträge zu einer Veränderung des bundesweit geltenden WissZeitVG eingebracht. Sie wollen Mindestlaufzeiten für Verträge einführen. Die GEW fordert zudem, die familienpolitischen Kann-Bestimmungen im Wiss-

ZeitVG für alle Hochschulen verbindlich zu machen. Damit würde ein befristeter Vertrag jeweils um zwei Jahre verlängert, wenn Kinder im Haushalt leben. Am meisten würde es Nachwuchswissenschaftlern jedoch helfen, wenn sie ihre Stellen nicht jedes Jahr von neuem beantragen müssten, meint Dörfel: „Mehr feste Stellen: Das ist die beste Familienpolitik.“

Anna Lehmann,  
taz-Redakteurin

**\*Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Qualifizierung. Ein Rechtsratgeber. Mit einem Positionspapier der Doktorandinnen und Doktoranden in der GEW. Frankfurt am Main, März 2013.**  
([www.gew.de/Binaries/Binary97472/Familie\\_und\\_wissenschaftliche\\_Qualifikation\\_web.pdf](http://www.gew.de/Binaries/Binary97472/Familie_und_wissenschaftliche_Qualifikation_web.pdf))



**Freie Bahn für eine Karriere als Wissenschaftlerin? Das sieht auch Denise Dörfel (mit Tochter Lotte) nicht. Zurzeit habilitiert sie sich auf einer Postdoc-Stelle. Nach Feierabend widmet sie sich ihren beiden Töchtern anstatt der wissenschaftlichen Karriere ... und denkt über einen Beruf außerhalb der Wissenschaft nach.**

Foto: Kay Herschelmann

ANDREAS KELLER



Foto: privat

# Templiner Manifest wirkt

// **GEW-Kommentar zum neuen Bundesbericht  
Wissenschaftlicher Nachwuchs (BuWiN)** //

Der Anteil befristet beschäftigter wissenschaftlicher Angestellter liegt mittlerweile bei 90 Prozent (s. Interview S. 32 f.). Im internationalen Vergleich stellt der Bericht dem deutschen Wissenschaftssystem ein schlechtes Zeugnis aus: „Befristung als Regelfall und relativ niedriges Einkommen ist international eher unüblich.“ Kein Wunder, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zwar mit den Inhalten ihrer Arbeit relativ zufrieden sind, aber unzufrieden mit ihrer Beschäftigungssituation. Sie beklagen fehlende Sicherheit und Aufstiegsmöglichkeiten.

Höchste Zeit, gegenzusteuern. Seit 2010 wirbt die GEW mit dem Templiner Manifest für berechenbare Karrierewege und stabile Beschäftigung in Hochschule und Forschung – mit großer Resonanz nicht nur bei den Betroffenen: Auch Bund und Länder sehen inzwischen Handlungsbedarf.

Jüngstes Beispiel: die Bundesratsinitiative der Länder Nordrhein-Westfalen und Hamburg zur Änderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG). Es hat die maßlose Ausweitung der Befristungspraxis in der Wissenschaft erst möglich gemacht. Die Bundesratsinitiative sieht vor, die Tarifsperre aus dem Gesetz zu streichen. Dann könnten Gewerkschaften und Arbeitgeber sachgerechte Regeln zum Abschluss von Zeitverträgen aushandeln – eine zentrale Forderung der Bildungsgewerkschaft. Weiter greift der Gesetzentwurf den Vorschlag der GEW auf, für befristete Arbeitsverträge Mindestlaufzeiten vorzugeben: Bei Zeitverträgen Drittmittelbeschäftigter soll die Laufzeit der Projekte ausgeschöpft werden. In anderen Punkten bleibt die Initiative der drei Bundesländer aber hinter den gewerkschaftlichen Forderungen zurück: So brauchen wir endlich wirksame Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Qualifizierung. Ob die Zeitverträge mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern,

die Kinder betreuen, verlängert werden, hängt heute allein von der Entscheidung des Arbeitgebers ab. Das passt nicht zum in politischen Sonntagsreden beschworenen Leitbild einer „familiengerechten Hochschule“.

Auch die anderen im Bundestag vertretenen Parteien haben auf die GEW-Kampagne reagiert. So schlägt die Linke ein Bund-Länder-Programm für 10 000 Stellen für Postdocs mit Tenure-Track-Option vor – danach könnten nur Hochschulen, die Promovierten eine langfristige Perspektive eröffnen, mit einer Förderung rechnen. Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP sprechen sich in ihrem gemeinsamen Antrag für neue Personalkategorien aus, die qualifizierten Nachwuchskräften dauerhafte Berufsperspektiven neben der klassischen Professur eröffnen. Auch Schwarz-Gelb möchte die „übermäßige Befristungspraxis an den Hochschulen“ bekämpfen – durch eine „Selbstverpflichtungserklärung“ der Hochschulrektorenkonferenz (HRK).

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die GEW. 2012 haben wir mit dem Herrschinger Kodex „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ entsprechende Selbstverpflichtungen vorgeschlagen. Mit dem bloßen Appell werden wir aber bei vielen Arbeitgebern auf Granit beißen – wenn Bund und Länder nicht darauf bestehen, entsprechende Standards einzuhalten. Die nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD) hat inzwischen angekündigt, die Hochschulen ihres Landes per Zielvereinbarungen zu bewegen, einen Kodex „Gute Arbeit“ zu entwickeln.

Es zeigt sich: Das Templiner Manifest wirkt. Die Probleme werden nicht mehr geleugnet, Lösungswege ernsthaft diskutiert. Jetzt heißt es für die GEW: nicht nachlassen, sondern nachlegen – damit aus dem Albtraum endlich der „Traumjob Wissenschaft“ wird.

Andreas Keller,  
Leiter des GEW-Organisationsbereichs Hochschule und Forschung

# „Dauerstellen sind n eine Professur zu ha

// An deutschen Hochschulen sind inzwischen 90 Prozent der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterhalb der Professur befristet beschäftigt. Dies machte der zweite „Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013 (BuWiN)“\* deutlich, den ein Konsortium unter Federführung des Instituts für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in Berlin veröffentlicht hat. E&W sprach mit der Leiterin des Konsortiums, Anke Burkhardt. //

**E&W:** Der Anteil der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterhalb der Professur in befristeten Beschäftigungsverhältnissen ist laut BuWiN-Bericht gestiegen: Von 79 Prozent im Jahr 2000 auf 90 Prozent im Jahr 2010. Auch die Zahl der Teilzeitbeschäftigten hat zugenommen, von 38 auf 45 Prozent.



Foto: privat

Anke Burkhardt ist seit 2001 stellvertretende Direktorin und Geschäftsführerin am Institut für Hochschulforschung.

Und Verträge mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr prägen zunehmend die Beschäftigungssituation. Was sagen diese Zahlen aus?

**Anke Burkhardt:** Sie umfassen sowohl die Doktoranden als auch die Postdocs. Die Probleme liegen aber besonders bei den Postdocs. Für diese dauert die Phase der Unsicherheit weiter an, während sie schon auf das Alter von 40 Jahren zusteuern. In der Regel bekommt man Dauerstellen nur, wenn man eine Professur erhält. Das lässt sich aber selbst bei sehr guten Leistungen nicht planen. Der Professurenanteil am wissenschaftlichen Personal an Universitäten liegt bei nur zehn Prozent. Die Chancen hängen dann stark davon ab, wie viele Stellen gerade durch Pensionierungen frei werden. Die jetzige Kohorte von Nachwuchswissenschaftlern kann in den kommenden Jahren nicht mit einer großen Pensionierungswelle rechnen. Der Austausch vollzieht sich kontinuierlich.

**E&W:** Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) von 2007 sollte die Unis dazu zwingen, ihren Beschäftigten klare Perspektiven zu verschaffen. Spätestens nach zwölf Jahren befristeter Anstellung sollten sie eine Dauerstelle bekommen – oder aber das Wissenschaftssystem verlassen müssen. Hat das Gesetz sein Ziel erreicht?

**Burkhardt:** Die ursprüngliche Neuregelung im Hochschulrahmengesetz (HRG) war gut gemeint, ist aber letztlich an ihrer Rigidität gescheitert. Denn statt der beabsichtigten Daueranstellung nach zwölf Jahren Befristung zeichnete sich ab, dass nach Ablauf der zwölfjährigen Befristung sehr viele Wissenschaftler die Uni hätten verlassen müssen. Mit dem WissZeitVG wollte man Abhilfe schaf-

## Parlamentarische Initiativen

### Bundestag:

CDU/CSU, FDP: „Exzellente Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs“ (Drucksache [DS] 17/9396 vom 24. April 2012)

SPD: „Personaloffensive für den wissenschaftlichen Nachwuchs starten“ (DS 17/6336 vom 29. Juni 2011); Gesetzentwurf zur Änderung des WissZeitVG (DS 17/12531 vom 27. Februar 2013)

Die Linke: „Wissenschaft als Beruf attraktiv gestalten – Prekarisierung des akademischen Mittelbaus beenden“ (DS 17/4423 vom 18. Januar 2011); „Befristung von Arbeitsverträgen in der Wissenschaft eindämmen – Gute Arbeit in Hochschulen und Instituten fördern“ (DS 17/6488 vom 6. Juli 2011)

Bündnis 90/Die Grünen: „Pakt für den wissenschaftlichen Nachwuchs und zukunftsfähige Personalstrukturen an den Hochschulen“ (DS 17/4203 vom 15. Dezember 2010); „Wissenschaftszeitvertragsgesetz wissenschaftsadäquat verändern“ (DS 17/7773 vom 22. November 2011)

### Bundesrat:

Nordrhein-Westfalen/Hamburg: Gesetzentwurf zur Änderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (DS 267/13 vom 11. April 2013)

A.K.

fen. Man beschloss, dass bei überwiegender Finanzierung aus Drittmitteln endlos weiter befristet beschäftigt werden kann. Das mag für manche Forscher gut sein. Aber rechtlich sind neue Unsicherheiten entstanden. Die Unis haben weiter die Sorge, dass Wis-



# ur über ben“

senschaftler sich einklagen könnten und verzichten deshalb lieber darauf, sie mit Drittmitteln über den befristeten Zeitraum hinaus zu beschäftigen. Im Moment gibt es allerdings politische Initiativen, einzelne Regelungen zu verbessern (s. Kasten S. 32).

**E&W:** Für die Postdocs würde sich die Lage verbessern, gäbe es auch Dauerstellen im Mittelbau. Doch man hört auch Uni-Präsidenten, die vor einer „Verstopfung“ der Wissenschaft im Mittelbau warnen.

**Burkhardt:** Professoren werden unbefristet eingestellt, ohne dass die Frage nach „Verkalkung“ aufkommt. Man muss qualifiziertem Nachwuchs auch unterhalb der Professur eine Perspektive bieten. Es ist auch fragwürdig, Daueraufgaben in der Lehre nebenberuflich zu erledigen, fast ein Fünftel des wissenschaftlichen Personals an Universitäten arbeitet aber inzwischen so. Will man Dauerstellen im Mittelbau schaffen, wie sie im Ausland allenthalben üblich sind,

sollte man das sehr eng mit den einzelnen Hochschulen und deren Fachbereichen auf die jeweiligen Bedürfnisse und Kulturen abstimmen.

**E&W:** Aus Ihrem Bericht geht hervor, dass Frauen in manchen Fächergruppen, sind sie erst einmal habilitiert, sogar leicht bessere Chancen auf eine Professur haben als Männer. Woran könnte das liegen?

**Burkhardt:** Ich nehme an, dass Wissenschaftlerinnen, die die Karriereleiter so weit hochklettern, auch wirklich sehr leistungsstark sind. Hinzu kommen sicher ein Bewusstseinswandel in Sachen Gleichstellung sowie Anreize wie das Professorinnenprogramm des Bundes. Bei den Berufungen an Universitäten und gleichgestellten Hochschulen lag der Frauenanteil 2010 bei 28 Prozent. Das stimmt mich hoffnungsvoll.

**E&W:** Doch noch immer überwinden weniger Frauen als Männer die Hürde der Promotion, bei der Habilitation

sieht es noch schlechter aus. Wie erklärt sich das?

**Burkhardt:** Ich nehme an, dass die Perspektiven des Wissenschaftsbetriebs für viele Frauen abschreckend sind, besonders wenn sie eine Familie gründen wollen (s. S. 29 f.). Erfreulich ist jedenfalls die Rolle der Juniorprofessur. Hier liegt der Frauenanteil bei 37 Prozent (2010). Bei nur knapp 1400 Juniorprofessuren fällt das allerdings kaum ins Gewicht. Aber womöglich setzt sich die Juniorprofessur als gutes Instrument, das dem Nachwuchs frühe Eigenständigkeit in Forschung und Lehre erlaubt, noch weiter durch.

Interview: Anja Kühne,  
Redakteurin beim Tagesspiegel

**\*Der erste BuWiN-Bericht, den das Bundesministerium für Bildung und Forschung in Auftrag gegeben hat, erschien 2008.**

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.

Beamtendarlehen erneute Zinssenkung Mai 2013

**4,50%** effektiver Jahreszins\*  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%



Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68169 Mannheim  
Fax: (0621) 178180-25  
Info@AK-Finanz.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mit Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldsversicherung.



Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

[www.1a-Beamtendarlehen.de](http://www.1a-Beamtendarlehen.de)

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



**0800-0404041**

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

**NÜRNBERGER**

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Andreas Wendholt  
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

**Darlehen für: Beamte auf Lebenszeit/Probe • Angestellte • Pensionäre bis 58 Jahre • alle Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst**

**TOP - KONDITIONEN**

Vermittelt: Jürgen Jaeckel · Am Husalsberg 3 · 30900 Wedemark · Tel. 05130 - 97572-30 · Fax 05130 - 97572-59 · E-Mail [jaeckel@beamtendarlehen-center.de](mailto:jaeckel@beamtendarlehen-center.de)

[www.beamtendarlehen-center.de](http://www.beamtendarlehen-center.de)

Persönliche Sofortberatung: ☎ 0800-77 88 000



# Kandidatinnen und Kandidaten für den Geschäftsführer



**// Die Delegierten des 27. Gewerkschaftstages der GEW wählen in Düsseldorf die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes (GV) der Bildungsgewerkschaft. E&W stellt die Kandidatinnen und Kandidaten für die acht Wahlämter vor. Um das Amt der oder des Vorsitzenden bewerben sich die Lehrerin Marlis Tepe und der Sozialpädagoge Norbert Hocke. Auch für den Organisationsbereich Schule gibt es zwei Kandidatinnen. Für die zu besetzenden Ämter zur geltenden Satzung sind zwei Änderungsanträge (s. E&W 5/2013) gestellt worden. Nicht alle Kandidatinnen und Kandidaten stehen für alle Vorschläge zur Wahl.\* //**

## Als GEW-VORSITZENDE kandidieren Marlis Tepe ...

Gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten im Bildungsbereich und ein sozial gerechtes Bildungswesen, das sind die vorrangigen Ziele meiner ge-

werkschaftlichen Arbeit in der GEW. Als Vorsitzende werde ich meine ganze Energie und Kraft für alle Bereiche unserer Bildungsgewerkschaft einsetzen. Wir müssen den drohenden Fachkräftemangel nutzen, um die Arbeitsbedingungen attraktiver zu machen. Im Sozial- und Erziehungsdienst werden wir die Öffentlichkeit für eine Aufwertung des Berufes sensibilisieren und fordern verbesserte Standards, Ganztagsarbeitsplätze, bessere Bezahlung. Im Wissenschafts- und Weiterbildungssektor prangern wir prekäre Arbeitsverhältnisse an, um bessere Karrierewege durchzusetzen. Mit dem Templiner Manifest und dem Herrschinger Kodex sind gute Vorarbeiten geleistet, an die wir beispielhaft anknüpfen können. Die inklusive Schule ist die große Herausforderung im Schulbereich. Der Gewerkschaftstag gibt durch seine Beschlüsse Richtlinien für die Argumentation und das Handeln vor, damit Lehrkräfte zusammen mit Sonderpädagoginnen und Schulsozialarbeiterinnen die Arbeit tatsächlich leisten können. Alle diese Herausforderungen können wir nur meistern, wenn es uns gemein-

sam gelingt, für mehr Investitionen in Bildung zu sorgen. Die Stimmung für eine gerechtere Steuerpolitik ist in der Gesellschaft vorhanden. Nutzen wir sie! Die Bildungsgewerkschaft muss öffentlich als Expertin für alle bildungspolitischen Themen wahrgenommen werden. Dafür möchte ich zusammen mit dem Geschäftsführenden Vorstand, gestützt auf die MitarbeiterInnen der GEW, den Hauptvorstand und die Landesverbände, auf alle zugehen: auf Kultusministerkonferenz und Parteien genauso wie auf DGB, Elternorganisationen, Städte-, Landkreis-, und Gemeindetag. Das Gesicht der GEW sollen die Vertrauensleute vor Ort in den Bildungseinrichtungen und der Kommunalpolitik sein. Die Landesvorsitzenden geben der Bildungsgewerkschaft ein Profil in der Landespolitik und ich möchte der GEW ein Gesicht in der Bundespolitik geben. Gemeinsam werden wir Präsenz zeigen, Richtung vorgeben. Dafür gewinnen wir Mitglieder, binden sie und begeistern sie für ehrenamtliches Engagement. Nur gemeinsam und stark



Foto: Kay Herschelmann

**Marlis Tepe, 59 Jahre, geschieden, lebt mit Lebenspartner in Hüttblek/Kreis Segeberg.**

# didaten den Vorstand der GEW

werden wir tarif- und meinungsmächtiger. Ich bin als Volks- und Realschullehrerin in Hamburg ausgebildet und unterrichtete seit 1979 in Schleswig-Holstein. Mit 22 Jahren trat ich in die GEW ein.

Seit 30 Jahren verrete ich die GEW Schleswig-Holstein im Bundesfrauenausschuss (BFA), zu Beginn der 1990er-Jahre auch im BFA-Vorstandsteam. In dieser Funktion gehörte ich dem Hauptausschuss (heute Hauptvorstand) an. Zeitgleich war ich im BFA des DGB tätig. Seit 18 Jahren bin ich im Geschäftsführenden Vorstand der GEW Schleswig-Holstein aktiv. Meine Arbeitsfelder umfassen die Bereiche Mitglieder und Werbung, Lehrerbildung, Grundschul-, Frauen- und Seniorenpolitik.

Seit 1999 bin ich im Hauptpersonalrat der Lehrkräfte, seit 2006 dessen Vorsitzende und verrete die Beschäftigten aller Schularten. In der Arbeitsgemeinschaft aller Hauptpersonalräte, die ich seit September 2012 leite, verrete ich alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegenüber der Landesregierung. Mit den Erfahrungen aus meiner Arbeit bin ich bestens vorbereitet, diese lebendige und vielfältige Gewerkschaft zu führen.

Marlis Tepe

## ... und Norbert Hocke

Von Beruf bin ich Erzieher und Sozialpädagoge (FH) und habe in den unterschiedlichsten Feldern der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Schulsozialarbeit gearbeitet. Von 1981 bis 1993 leitete ich eine große evangelische Kindertagesstätte in Berlin.

1986 bin ich zum ersten Mal in den Geschäftsführenden Vorstand der GEW gewählt worden und seitdem – zunächst vier Jahre ehrenamtlich – für den Organisationsbereich Jugendhilfe



Foto: Christian von Polentz/transifoto

**Norbert Hocke, 61 Jahre, verheiratet, eine Tochter, lebt in Berlin und Frankfurt am Main.**

und Sozialarbeit verantwortlich. Zu meinen weiteren Vorstandsaufgaben gehören Familien- und Migrationspolitik. Von September 1998 bis Ende April 2005 war ich stellvertretender Vorsitzender der GEW. Bis 2012 habe ich mich zwölf Jahre als Sprecher des Bundesforums Familie engagiert, einem Zusammenschluss von 113 Organisationen, die dem Thema „familiengerechte Gesellschaft“ verpflichtet sind. Ich bin Mitglied im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe und Sozialarbeit (AGJ) und im Fachausschuss Soziale Berufe/Ehrenamt beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge.

Die Bildungsgewerkschaft von der Kinder- und Jugendhilfe, der Schule, der beruflichen Bildung, der Hochschule bis zur Erwachsenenbildung zu stärken und auszubauen ist mein Ziel. Dabei steht der Umbau des selektiven Bildungssystems zu einem inklusiven ganz oben auf meiner Agenda – ein Bildungswesen, das

alle fördert und mitnimmt, niemanden zurücklässt. Damit dieser Prozess nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird, müssen die Rahmenbedingungen stimmen und Bildung solide finanziert sein. Die GEW braucht auch in Zukunft alle Bildungsbereiche, um als starke Gewerkschaft im DGB handeln zu können. Und: Die GEW ist eine starke Gewerkschaft! Dies hat sie in den vergangenen Jahren, insbesondere in den Tarifaueinandersetzungen im öffentlichen Dienst bewiesen. Wir waren für viele tausend Pädagoginnen und Pädagogen so attraktiv, so kämpferisch, dass sie in die GEW eingetreten sind. Entgegen aller Trends gewinnt die Bildungsgewerkschaft seit fünf Jahren Mitglieder.

Die GEW lebt durch das Ehrenamt. Viele Kolleginnen und Kollegen engagieren sich in ihrer Bildungsgewerkschaft – unterstützt durch die Hauptamtlichen auf Landes- und Hauptvorstandsebene. Nur gemeinsam bleiben wir weiterhin für die Beschäftigten in den Bildungsbereichen eine wirkungsvolle gewerkschaftliche Interessenvertretung.

Die Mitgliederzahlen sind positiv, die Finanzen solide. Eine wichtige Grundlage, denn der Generationenwechsel in den Bildungseinrichtungen ist auch für die GEW eine große Herausforderung. Neue Organisationsformen müssen mit der neuen Generation entwickelt und erprobt werden. Mit der ersten Bundesjugendkonferenz hat die GEW beispielhaft gezeigt, dass sie den jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern neue Gestaltungs- und Mitbestimmungsformen anbieten kann.

Ich kandidiere für den Vorsitz der GEW, weil sie den Auftrag hat, in der Gesellschaft für ein demokratisches und sozial gerechtes Bildungssystem zu streiten. Für dieses Ziel setze ich mich mit all meiner Kraft und Kompetenz ein.

Norbert Hocke

**Für den Organisationsbereich  
SCHULE kandidieren  
Susanne Gondermann ...**



Foto: privat

**Susanne Gondermann, 61 Jahre, verheiratet, zwei angeheiratete Kinder, lebt in Hamburg.**

Ich bin 1951 in Nordrhein-Westfalen geboren. In meiner Familie wurde man LehrerIn, KünstlerIn oder beides. Ich habe Musik studiert und wurde Lehrerin. Mein Vater, ein Kunstlehrer, war der witzigste Mensch, bei dem ich je Unterricht hatte. Er war GEW-Mitglied und Personalrat. Aktiv war er geworden, als er als Behinderter benachteiligt wurde. Sein Anblick sei Kindern nicht zuzumuten, weil er nur ein Bein habe, wurde ihm in der Ausbildung gesagt.

Ich unterrichte in der Erich Kästner Schule in Hamburg, die von der Vorschule bis zum Abitur führt, eine der ersten Schulen mit Integrationsklassen. Beim Inklusionskongress habe ich dort Hospitationen organisiert. Bei der Auswertung haben einige KollegInnen von einer inklusiven Schule gesprochen. Doch seit Einführung der „Inklusion“ im Schulgesetz werden die Lern- und Arbeitsbedingungen dramatisch verschlechtert. Ohne gute Bedingungen kann die Umsetzung der Inklusion nicht gelingen.

Nach jahrelanger Arbeit im Hauptpersonalrat und in der Fortbildung arbeite ich wieder voll in der Schule und führe eine Abiturklasse. Die Arbeit ist fast

nicht zu bewältigen. Ich bin aus eigener Erfahrung und aus grundsätzlichen Überlegungen überzeugt: Bildungspolitische Zielsetzungen, Fragen der Arbeitsbelastung, des Status und der Bezahlung gehören zusammen. Dafür ist die enge Kooperation aller Mitgliedern des Geschäftsführenden Vorstandes unerlässlich.

In Hamburg war ich im Referat Lehrerbildung und in der Lehrer- und Schulleitungsfortbildung. Aktiv war ich auch in der Leitung eines Schulentwicklungsprojekts, an dem mehrere Bundesländer beteiligt waren. Verhandlungen in Ministerien gehörten dazu. Bekannt ist mein Wirken in der Fachgruppe Gesamtschulen – als Vorsitzende in Hamburg, sowie in der Bundesfachgruppe und im Hauptvorstand.

Auf Gewerkschaftstagen habe ich mit anderen Bundesfachgruppen und Landesverbänden Anträge zu grundsätzlichen Fragen der Schulpolitik eingebracht. Erinnern möchte ich an die Beschlüsse für die Errichtung Integrativer Schulen als Alternative zum gegliederten Schulsystem und zum Zweisäulen-Modell sowie zur demokratischen Schule als Alternative zur „Eigenverantwortlichen Schule“. Außerdem ging es um die Outputsteuerung mit ihrem Testwahn, zentralen Prüfungen und den Rückwirkungen auf Bildungsprozesse und Arbeitsbedingungen. Derzeit dreht sich der Wind in der Schulpolitik, im Feuilleton und Ministerien. SPD und Grüne dominieren die KMK – der Zahl nach. Chancen für mehr GEW-Einfluss. Die möchte ich nutzen.

Susanne Gondermann

**... und Ilka Hoffmann**

Seit 2011 bin ich Leiterin des Fachgebietes Inklusion/Sonderpädagogische Förderung am Landesinstitut für Pädagogik und Medien in Saarbrücken. Von 1992 bis 1998 war ich DAAD-Lektorin für deutsche Sprache und Literatur in Russland. Eine Erfahrung, die mich sehr geprägt hat. Der internationale und interkulturelle Dialog ist mir wichtig. Seit meinem Eintritt in den saarländischen Schuldienst – studiert habe ich Grund-, Haupt- und Sonderschulpäda-

gogik in Baden-Württemberg – bin ich GEW-Mitglied. Schon bald war ich im Vorstand der Landesfachgruppe Sonderpädagogische Berufe tätig und Mitglied des Hauptpersonalrates. Seit 2005 leite ich den Vorstandsbereich Schule der GEW Saarland, seit 2009 bin ich Vorsitzende des Bundesfachgruppenausschusses Sonderpädagogische Berufe. Mein Engagement für die GEW war und ist ehrenamtlich. Es ist mir von daher ein Anliegen, die ehrenamtlich Aktiven stärker einzubinden und ihre Arbeit mehr zu würdigen.



Foto: Kay Herschelmann

**Ilka Hoffmann, 49 Jahre, verheiratet, lebt in St. Wendel-Bubach.**

Während meiner Tätigkeit an der Schule für Erziehungshilfe hatte ich mit kleinen Jungen zu tun, die schon im Grundschulalter als nicht mehr „tragbar“ galten. Diese Erfahrung gab den Anstoß, mich wissenschaftlich mit dem Thema auseinanderzusetzen, was 2005 zum Abschluss meiner Dissertation führte. Theorie und Praxis sinnvoll miteinander zu verzahnen, muss meiner Auffassung nach auch das Ziel von Lehrerbildung sein. Lehrkräfte brauchen die Fähigkeit zur Kritik und Selbstkritik. Diese erlangen sie nur über ein Reflexionswissen, das sie in ihrer Berufspraxis auch anwenden können. Die einseitige Fokussierung der Schulentwicklung auf Evidenzbasierung – das heißt die Aus-

richtung pädagogischer Arbeit auf mit standardisierten Verfahren messbare Effekte – halte ich für problematisch: Es verstärkt die Tendenzen des Ausschlusses von Kindern aus Armutsverhältnissen, negiert die Komplexität menschlichen Lernens und führt zu einem verengten Bildungsbegriff.

Die Inklusion im Zusammenhang mit der UN-Behindertenrechtskonvention begreife ich als große Chance für den Weg zu einem gerechteren Bildungssystem. Das schließt den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen in den Schulen mit ein. Tendenzen, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vorwiegend mit dem gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung in Verbindung zu bringen, dürfen in der GEW keinen Platz haben. Wir sollten uns für beides gleichermaßen engagieren: für Partizipation aller im allgemeinen Bildungssystem sowie für gute Arbeitsbedingungen und gerechten Lohn der Beschäftigten.

Ilka Hoffmann



### Für den Organisationsbereich BERUFLICHE BILDUNG UND WEITERBILDUNG kandidiert Ansgar Klinger

Von Hause aus Diplom-Volkswirt bin ich seit meiner Anstellung im Schuldienst GEW-Mitglied. Nach dem Referendariat an beruflichen Schulen 1993 habe ich drei Jahre an einer Berliner Schule unterrichtet. Aus familiären Gründen bin ich 1998 nach Duisburg versetzt worden und arbeite seither am dortigen Willy-Brandt-Berufskolleg. Seit 2004 gehöre ich der NRW-Landesfachgruppe Berufskolleg und seit 2006 der AG Bildungsfinanzierung beim GEW-Hauptvorstand an. Von 2005 bis 2013 habe



Foto: Bert Butzke

**Ansgar Klinger, 49 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, lebt in Krefeld.**

ich im Referat C (Schulrecht, Bildungsfinanzierung und -statistik) der GEW Nordrhein-Westfalen (NRW) mitgearbeitet, von 2009 an als dessen Leiter mit entsprechender Aufgabe im Landesvorstand.

Zurzeit bin ich in meiner zweiten Amtsperiode als Hauptpersonalrat der Lehrkräfte an Berufskollegs tätig. Seit 2006 bin ich zudem Arbeitnehmervertreter im Landesausschuss für Berufsbildung NRW, Unterausschuss Berufliche Ausbildung.

In meinem bisherigen Engagement für GEW und DGB habe ich mich für eine Stärkung des Bildungswesens im Allgemeinen und der beruflichen Bildung im Besonderen sowie für die Interessen der dort Beschäftigten eingesetzt.

Als Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands möchte ich dazu beitragen, dass berufliche Bildung und Weiterbildung aufgewertet werden, der Status der dort Beschäftigten sich verbessert. Berufliche Bildung ist über das Berufsbildungsgesetz bundesweit geregelt. Daher sehe ich die gewerkschaftliche Vertretung im Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung als eine wichtige Aufgabe auch der GEW an, ebenso wie die Mitwirkung im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit. Die Unterfinanzierung vor allem der allgemeinen Weiterbildung hat zu

einer Prekarisierung der Honorarlehrkräfte geführt, die es dringend abzuschaffen gilt.

Neben dem Engagement in der Weiterbildung sind für mich die arbeitnehmerorientierte Gestaltung des Deutschen Qualifikationsrahmens, des dualen Studiums sowie das Übergangssystem und eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche weitere wichtige Arbeitsfelder. Ebenso will ich zu einer gewerkschaftlichen Positionierung gegenüber der in einigen Bundesländern zu beobachtenden Verselbstständigung beruflicher Schulen beitragen.

Ansgar Klinger

### Für den Organisationsbereich HOCHSCHULE UND FORSCHUNG kandidiert Andreas Keller

Für den Organisationsbereich Hochschule und Forschung im Geschäftsführenden Vorstand kandidiere ich, um ...

... die Erfolgsgeschichte unserer Kampagne für den „Traumjob Wissenschaft“ (Templiner Manifest) fortzusetzen. Bund, Länder und Wissenschaftsorganisationen diskutieren über unsere Reformvorschläge, Kolleginnen und Kollegen in Hochschule und Forschung organisieren sich. In den nächsten vier Jahren möchte ich Druck machen, damit die Weichen für



Foto: Kay Herschelmann

**Andreas Keller, 47 Jahre, verheiratet, lebt in Berlin und Frankfurt am Main.**

berechenbare Karrierewege und stabile Beschäftigung gestellt werden: Dauerstellen für Daueraufgaben, Mindestlaufzeiten für Zeitverträge, Chancengleichheit für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

... weiter für eine soziale Öffnung der Hochschulen zu streiten. Die Abschaffung allgemeiner Studiengebühren in Deutschland ist auch ein Erfolg der GEW. Ich werde darüber hinaus für eine bessere Ausbildungsförderung für Studierende sowie für Schülerinnen und Schüler eintreten. Der Hochschulpakt muss ausgebaut und verstetigt werden. Wir brauchen das Recht auf freien Masterzugang für alle.

... mich für die Aufwertung und Reform der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen, Lehrerinnen und Lehrern stark zu machen. Ihre Ausbildung darf an den Hochschulen nicht länger das „fünfte Rad am Wagen“ sein, diese müssen ihre Verantwortung für die Pädagoginnen und Pädagogen von morgen ernster nehmen. Auch die GEW muss die strategische Bedeutung der Hochschulen erkennen – als Ausbildungsstätten für fast alle Berufe, die die Bildungsgewerkschaft organisiert.

... weiterhin meine vielfältigen Erfahrungen in die Arbeit des Hauptvorstands einzubringen. Den Wissenschaftsbetrieb habe ich aus unterschiedlichen Perspektiven kennengelernt: als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Forschung und Lehre, als Politikberater im Deutschen Bundestag und als Koordinator in der Hochschulverwaltung. Seit 1990 bin ich GEW-Mitglied und habe mich ehrenamtlich auf regionaler, Landes- und Bundesebene, in der akademischen Selbstverwaltung und im Personalrat engagiert. Seit 2007 bin ich hauptamtliches Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands. 2012 bin ich zum Vizepräsidenten des europäischen Dachverbands der Bildungsgewerkschaften gewählt worden und Sorge für die immer wichtigere Verbindung zur europäischen Bildungspolitik.

Als GV-Mitglied möchte ich weiter das große W = Wissenschaft in der GEW und damit die gesamte Bildungsgewerkschaft stärken. Das Beste kommt erst noch!

Andreas Keller

### Für den Arbeitsbereich FRAUENPOLITIK kandidiert Frauke Gützkow

In der Frauen-, Bildungs- und Gewerkschaftspolitik bin ich seit der Studienzeit in den 1980er-Jahren aktiv. Der gewerkschaftliche Einsatz für einen Tarifvertrag für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte war für mich der Grund, in die GEW einzutreten. Die Erfahrung, dass Frauen in Familie, Bildung, Beruf, Gesellschaft, Politik nicht gleichberechtigt ihre Wege gehen können, war der Antrieb, mich frauenpolitisch zu engagieren.

Ich stehe für Chancengleichheit der Geschlechter, gleiche Chancen in der Bildung und soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Dafür, diese Werte zu verwirklichen, kandidiere ich.



Foto: privat

**Frauke Gützkow, 52 Jahre, verheiratet, lebt in Frankfurt am Main.**

Mit dem Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Geographie habe ich mehr darüber wissen wollen, was die Gesellschaft ausmacht. Mein Berufsziel war es, für eine Organisation zu arbeiten, die politisch etwas bewegt. Nach den beruflichen Anfängen an der Universität Bonn und als Kursleiterin bei verschiedenen Trägern der Erwachsenenbildung habe ich als Projektleiterin für ein BAFÖG-Schulungsprogramm beim Deutschen Studentenwerk die Verbandsarbeit

kennengelernt – und die „neuen“ Bundesländer.

Seit 1993 arbeite ich als Referentin beim GEW-Hauptvorstand. Zunächst im Organisationsbereich Hochschule und Forschung, später im Arbeitsbereich Frauenpolitik. Außer für Frauenpolitik bin ich für Seniorinnen- und Senioren- sowie für Lesben- und Schwulenpolitik zuständig. Das Verbindende dieser Arbeitsgebiete sehe ich darin, dass es gesellschaftliche Emanzipationsbewegungen sind. Es geht um Selbstbestimmung, gesellschaftliche und politische Rechte, einen Zugewinn an individueller Freiheit und Gleichheit sowie um soziale Sicherheit.

In der Frauen-, Gleichstellungs- und Geschlechterpolitik der GEW arbeite ich auf drei Gebieten:

- In der Interessenvertretung weiblicher Beschäftigter in Erziehung, Bildung und Wissenschaft engagiere ich mich für „gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit“ und gleiche Chancen am Arbeitsplatz.
- In der geschlechtergerechten Bildung sehe ich eine pädagogische und bildungspolitische Herausforderung. Die Reflektion von Geschlechterstereotypen ist für Selbstbestimmung und Chancengleichheit der Lernenden unerlässlich.
- In der Organisationsentwicklung gestalte ich Prozesse so, dass die Gewerkschaftsarbeit auch für jüngere Kolleginnen attraktiver wird. Der Generationenwechsel in der GEW kann im Generationendialog gelingen.

Frauke Gützkow

### Für den Arbeitsbereich ANGESTELLTEN- UND BEAMTENPOLITIK kandidiert Andreas Gehrke

Nach abgeschlossener Grund- und Hauptschullehrerausbildung (Englisch/Geschichte) und anschließender Arbeitslosigkeit wegen des Einstellungsstopps in Niedersachsen begann meine hauptamtliche Gewerkschaftsarbeit 1981 als Kreisgeschäftsführer der GEW in Hannover. 1989 wurde ich Angestelltensekretär beim GEW-Landesverband



Foto: privat

**Andreas Gehrke, 57 Jahre, verheiratet, vier erwachsene Kinder, lebt in Ronnenberg bei Hannover.**

Niedersachsen, 2002 erfolgte der Wechsel zum ver.di-Bundesvorstand. Als Tarifsekretär war ich Verhandlungsführer für die Bundesagentur für Arbeit (BA), Rentenversicherungsträger, Arbeiterwohlfahrt (AWO) und den Internationalen Bund für Sozialarbeit (IB). Ab 2005 dann zuständiger Bereichsleiter für die Tarifpolitik im öffentlichen Dienst bis zu meiner Rückkehr zur GEW 2009. Für die GEW habe ich das Parlamentarische Verbindungsbüro in Berlin bis 2010 geleitet. Seit Ende 2010 bin ich der für Beamtenpolitik verantwortliche Abteilungsleiter im DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt gleichzeitig Regionsgeschäftsführer Niedersachsen-Mitte.

In der Angestellten- und Beamtenpolitik sehe ich in den nächsten Jahren zwei große Herausforderungen: Zum einen geht es darum, die in den vergangenen Tarifbewegungen in vielen Aktionen erarbeitete Tarifmächtigkeit der GEW zu erhalten und auszubauen. Das wird nicht nur bei den weiteren Auseinandersetzungen um die Lehrerengruppierung wichtig sein, sondern auch in den kommenden Entgelttrunden, beim Sozial- und Erziehungsdienst sowie dem Branchentarifvertrag Weiterbildung. Zum anderen entwickelt sich die Beamtenbesoldung in den Ländern seit der Föderalismusreform

immer rascher auseinander. Fast alle Länder haben den letzten Tarifabschluss nicht zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen, sondern eigene, schlechtere Regelungen beschlossen. Beamtinnen und Beamte werden damit nicht nur vom Tarifbereich abgekoppelt, die aufgezeigte Entwicklung wird noch zusätzlich beschleunigt. Diesen Prozess müssen wir als Gewerkschaft stoppen, sonst sehe ich die Gefahr, dass er in absehbarer Zeit auch als Modell für künftige Tarifverhandlungen dienen kann. Nach dem Motto: „Das Land diktiert die Besoldung, der Tarifvertrag hat zu folgen.“ Es gehört wenig Fantasie dazu, sich vorzustellen, dass die Auseinandersetzung um den Länderfinanzausgleich hier nicht ohne Folgen bleiben wird. Wir tun deshalb gut daran, Tarif- und Besoldungspolitik als eine Einheit zu begreifen und gemeinsam zu handeln. Dafür kandidiere ich.

Andreas Gehrke

### Für den Arbeitsbereich FINANZEN kandidiert Petra Grundmann

Nach meiner Berufsausbildung zur Arzthelferin absolvierte ich zunächst die Fachhochschulreife, danach ein sozialpädagogisches Studium an der evangelischen Stiftungsfachschule in Nürnberg. Von 1983 bis 1991 habe ich als Sozial-



Foto: Kay Herschelmann

**Petra Grundmann, 55 Jahre, ledig, lebt in Frankfurt am Main und Nürnberg.**



pädagogin beim Jugendamt der Stadt Nürnberg in der Abteilung Jugendgerichtshilfe gearbeitet. Später als Schulsozialpädagogin am städtischen Berufsbildungszentrum. Seit dem 1. Mai 1982 bin ich GEW-Mitglied. Ehrenamtlich aktiv war ich von 1983 bis 1991 zunächst als Schatzmeisterin im Kreisvorstand Nürnberg. Parallel dazu engagierte ich mich in der Landesfachgruppe sozialpädagogische Berufe, deren Vorsitz ich von 1991 bis 1994 innehatte. Ab 1994 war ich Mitglied des Landesvorstands der GEW Bayern. Zuerst als Leiterin des Referats Erziehung und soziale Arbeit, ab 1996 als stellvertretende Vorsitzende. Auf Bundesebene war ich vier Jahre ehrenamtlich Revisorin beim Hauptvorstand, von 1991 bis 1996 Vertreterin Bayerns in der Bundesfachgruppe sozialpädagogische Berufe und ab 1996 Mitglied im Hauptvorstand. Während dieser Zeit arbeitete ich bei drei Gewerkschaftstagen in der Antragskommission mit und ab 1999 in der Steuerungsgruppe zur Organisationsentwicklung.

Ende 2001 wurde ich vom Hauptvorstand zur Leiterin des Arbeitsbereiches Finanzen gewählt und auf den Gewerkschaftstagen 2005 und 2009 im Amt bestätigt.

Neben meinen Aufgaben als Schatzmeisterin bin ich Geschäftsführerin beim Bildungs- und Förderungswerk der GEW sowie den drei Vermögensgesellschaften des Hauptvorstandes.

Für die GEW wünsche ich mir eine weitere Konsolidierung der Mitglieder- und Einnahmeentwicklung, stabile EDV-Prozesse, leistungsfähige Verwaltungsstrukturen und geordnete Finanzen. Daran würde ich gerne weiter arbeiten.

Petra Grundmann

[\\*www.gew-gewerkschaftstag.de/Der\\_Wahlausschuss\\_informiert\\_2.html](http://www.gew-gewerkschaftstag.de/Der_Wahlausschuss_informiert_2.html)

# „Ganz einfach: klagen“

**// Die unterschiedliche Besoldung von Beamtinnen und Beamten in den Ländern habe ihre Grenzen erreicht, sagt der Verwaltungsrechtler Ulrich Battis. Einige Regelungen seien verfassungswidrig, urteilt der Berliner Professor in einem kürzlich veröffentlichten Gutachten für die GEW. //**



Foto: privat

Prof. Ulrich Battis

**E&W:** Berliner Beamtinnen und Beamte verdienen im Ländervergleich am wenigsten. Andere Bundesländer zahlen für die gleiche Tätigkeit bis zu zehn Prozent mehr. Ist das rechtlich vertretbar?

**Ulrich Battis:** Grundsätzlich haben die Länder seit der Föderalismusreform eine eigene Kompetenz für die Besoldung und Versorgung ihrer Beamten. Das impliziert, dass diese nicht überall gleich ist. Aber sie muss bei allen Beamten amtsangemessen sein.

**E&W:** Das bedeutet?

**Battis:** Amtsangemessenheit beruht auf Vergleichen. Bisher gab es solche Vergleiche immer nur in einem System, das heißt länderintern. Systemübergreifende Vergleiche fehlten. In der Entscheidung zur Professoren-Besoldung W2 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) erstmals über verschiedene Besoldungsordnungen hinweg verglichen (s. E&W 4/2012, S. 35 f.). Ich bin der Auffassung, dass dieses Urteil die

Gewähr dafür gibt, zwischen den Ländern zu vergleichen.

**E&W:** Ist die Bezahlung in Berlin noch amtsangemessen?

**Battis:** Wenn es zu solchen Abweichungen wie dort kommt, ist die Amtsangemessenheit nicht mehr gewahrt.

**E&W:** Rheinland-Pfalz erhöht die Besoldung fünf Jahre jährlich um ein Prozent. Trotzdem sehen Sie auch hier einen Verstoß?

**Battis:** In Rheinland-Pfalz geht es nicht um den Vergleich mit anderen Ländern, sondern darum, dass die Besoldung, damit sie amtsangemessen ist, auch angepasst werden muss. In Rheinland-Pfalz hat sich der Gesetzgeber selbst einen Freibrief ausgestellt. Seine Pflicht wäre zu beobachten, wie sich die Besoldung entwickelt. Er will das aber für viele Jahre vorab regeln: ein Prozent und nicht mehr. Ebenfalls ein Verstoß gegen die Amtsangemessenheit.

**E&W:** Welche Konsequenz folgt aus Ihren Erkenntnissen für Beamte und ihre Gewerkschaften?

**Battis:** Ganz einfach: Widerspruch einlegen und dann klagen.

**E&W:** Sie kritisieren das Besoldungsgesetz in Rheinland-Pfalz als verfassungswidriges Sonderopfer. Gilt dies auch für die Pläne in Schleswig-Holstein, bis 2018 kleine Zuwächse gesetzlich festzuschreiben oder Nullrunden für höhere Besoldungsgruppen, also Lehrerinnen und Lehrer, in Bremen und Nordrhein-Westfalen?

**Battis:** Es ist nicht neu, bei höheren Besoldungsgruppen die Abschlüsse im Tarifbereich zeitlich verzögert oder gekappt zu übernehmen. Da müsste man im Einzelnen prüfen, ob eine Ungleichbehandlung vorliegt, die man als Sonderopfer werten könnte. Aber das Land Schleswig-Holstein sagt, wir erhöhen die Besoldung für die nächsten Jahre überhaupt nicht. Das ist nicht anders zu beurteilen als in Rheinland-Pfalz.

**E&W:** Sie erläutern im Gutachten, dass das Alimentationsprinzip Kürzungen des Einkommens nicht grundsätzlich entgegensteht. Wann sind diese gerechtfertigt und wann nicht?

**Battis:** Das hängt von der Gesamttendenz ab. Das BVerfG vergleicht die Beamtenbesoldung einerseits mit der Entwicklung der Gehälter anderer Beschäftigter im öffentlichen Dienst und andererseits mit den Steigerungen der Löhne und Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik insgesamt. Der Besoldungsgesetzgeber hat einen Spielraum. Aber er darf sich nicht a limine (von vornherein, d. Red.) abkoppeln und äußern, bei Beamten wollen wir für längere Zeit gar nichts. In diese Richtung geht der jüngste Trend.

**E&W:** Die Schuldenbremse verpflichtet die Länder zu sparen. Gibt sie freie Hand für weitere Einschnitte?

**Battis:** Setzte man überall den Rotstift an, würde das auch als Begründung bei den Beamten ausreichen. Aber aus Haushaltsgründen nur bei den Beamten zu sparen, ist unzulässig.

**E&W:** Wo liegt die Grenze bei den Besoldungsunterschieden in den Ländern?

**Battis:** Sie ist erreicht.

**E&W:** Ist die Ausgleichszulage für Beschäftigte, die nach Berlin wechseln, ein Indiz dafür?

**Battis:** Diese Zulage halte ich ebenfalls für unzulässig. Die Länder sind Staaten, deshalb ist es ihr Recht, die Besoldung ihrer Beamten zu bestimmen. In Berlin geschieht das Gegenteil. Das Land legt zwar für seine Beamten die Besoldung fest. Aber diejenigen, die etwa als Lehrkräfte zeitweilig in Bayern oder Hamburg tätig waren und zurückgewonnen werden, bekommen bis an ihr Lebensende automatisch die Besoldung, die zum Zeitpunkt des Wechsels für bayerische oder Hamburger Beamte besteht – ohne dass das Berliner Abgeordnetenhaus auch nur einen Finger zum Widerspruch heben kann. Man stelle sich vor: Über die Beamtenbesoldung eines Lehrerkollegiums in der Hauptstadt entscheidet die Staatskanzlei in München oder der Senat in Hamburg. Das ist das vollkommene Gegenteil dessen, was man mit der Föderalismusreform beabsichtigt hat. Absurder kann es nicht sein.



**E&W:** Ist die Föderalismusreform gescheitert?

**Battis:** Man konnte diese Entwicklung voraussehen. Man hat die Reform beschlossen, um die Souveränität der Länder zu stärken. Ich habe damals in der Anhörung vor der Föderalismuskommission geäußert, man habe den Zustand, den man jetzt einführen will, vor 25 Jahren abgeschafft. Ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass es nicht noch einmal so lange dauern wird, bis er wieder rückgängig gemacht wird.

**E&W:** Wie ist zu verhindern, dass die Einkommensunterschiede immer stärker auseinanderdriften?

**Battis:** Man muss die Politiker bei ihren Worten packen. Der Berliner Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos, für die SPD) sagte, dass man sich bis 2018 bei der Besoldung wieder dem Niveau des Bundes anpassen wolle. Wenn das so käme, wäre das eine Kehrtwende. Insofern gibt es keinen Grund zu Fatalismus. Die Aussage des Senators zeigt, dass die Politik erkannt hat, dass es so nicht bleiben kann. Die Erkenntnis ist da, jetzt muss man danach handeln.

**E&W:** Wie wird es weitergehen?

**Battis:** In der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP steht ausdrücklich, dass man die weitere Entwicklung beobachten will. Schwarz-Gelb bekennt

sich zwar klar zur Verantwortung, dass die Einkommensschere nicht auseinandergehen darf, aber geschehen ist bisher nichts. Fakt ist: Die Verantwortung des Bundes für die Gesamtentwicklung besteht auch nach der Föderalismusreform.

Interview: Barbara Haas,  
freie Journalistin

Das Gutachten „Amtsangemessene Besoldung“ von Prof. Battis finden Sie auf der GEW-Website unter [www.gew.de/Gutachten\\_Sonderopfer\\_fuer\\_Beamte\\_unzulaessig.html](http://www.gew.de/Gutachten_Sonderopfer_fuer_Beamte_unzulaessig.html).

## Länder sparen sich Besoldung

**// Fast alle Bundesländer planen Sonderopfer für Beamtinnen und Beamte: Sie übertragen den Tarifabschluss für die Angestellten nicht oder nicht voll. //**

Mit dem Tarifabschluss im März haben Gewerkschaften und Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) vereinbart, die Tabellenentgelte rückwirkend zum 1. Januar 2013 um 2,65 Prozent und ab

Januar 2014 um weitere 2,95 Prozent zu erhöhen (s. E&W 4/2013, S. 28 ff.). Die Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger erwarteten nun, dass das Ergebnis, wie früher in der Regel üblich, auf ihre Bezüge übertragen wird. Diese Hoffnung erfüllt sich für viele Kolleginnen und Kollegen jedoch nicht. Allein die Länder Hamburg und Bayern haben frühzeitig erklärt, das Tarifergebnis auf Besoldung und Versorgung über-

tragen zu wollen. Niedersachsen will die Erhöhung für 2013 übernehmen, hat sich für 2014 aber noch nicht festgelegt.

Eine leider schon altbekannte Sparvariante ist die verspätete Übertragung der Tarifergebnisse. Am Ende sind dann zwar die Tabellenwerte auf dem „richtigen“ Niveau, aber eine Verschiebung um ein ganzes Jahr bedeutet im Ergebnis für die Betroffenen eine Nullrunde. Diesen Weg geht Baden-Württemberg: Die Erhöhungsschritte für die Besoldungsgruppen bis einschließlich A9 werden um sechs Monate verschoben, für A10 und A11 um neun Monate und für A12 aufwärts um zwölf Monate. Sachsen-Anhalt hat die Übernahme des Tarifergebnisses beschlossen, allerdings mit zeitlicher Verzögerung. Vorgesehen ist, die Besoldung in zwei Schritten anzupassen. Die erste Erhöhung erfolgt für den 1. Juli 2013, die zweite ein Jahr später. In Thüringen sollen die Erhöhungen erst ab Oktober 2013 bzw. August 2014 greifen. Noch gravierender ist die ausufernde Praxis, die Erhöhungsschritte für Besoldung und Versorgung ohne Rücksicht auf Tarifergebnisse oder wirtschaftliche Entwicklung im Voraus gesetzlich festzuschreiben. Das hatte Rheinland-Pfalz bereits vor zwei Jahren vorexerziert, indem der Landtag die Erhöhungen für 2012 bis 2016 auf ein Prozent pro Jahr begrenzte



Foto: dpa

GEW-Protest in NRW: „Beamte sind nicht das Sparschwein der Landesregierung.“

(siehe Interview mit Verwaltungsrechtler Prof. Ulrich Battis auf Seite 40 f.). Auch Berlin folgt weiter seinen im vergangenen Jahr bis 2017 festgelegten Anpassungsschritten. In diesem Jahr sind das lediglich plus zwei Prozent. Zum 1. August 2014 soll es keine Erhöhung geben. Besonders bedenklich ist das Vorhaben der Länder Nordrhein-Westfalen (NRW) und Bremen. Dort soll das Tarifergebnis für 2013 und 2014 bis einschließlich Besoldungsgruppe A10 voll übernommen werden, in A11 und A12 dagegen nur um ein Prozent jährlich steigen. Allen Beamten ab A13 aufwärts drohen zwei Nullrunden. Noch sind die Gesetze nicht beschlossen. Finanzminister Norbert Walter-Borjans (NRW, SPD) und Finanzsenatorin Karoline Linnert (Bremen, Grüne) begründen ihren Vorstoß unisono mit der Schuldenbremse und zeigen sich wenig gesprächsbereit. Schleswig-Holstein plant 2013 eine um sechs, 2014 eine um zwölf Monate verzögerte Übernahme des Tarifabschlusses und ab A14 jeweils nur ein Plus von 1,5 Prozent. Ursprünglich sollten auch die Besoldungsanpassungen für 2016 und 2017 vorab festgelegt werden. Das konnte der DGB verhindern. Noch nicht entschieden hatten bis Redaktionsschluss das Saarland, Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Hessen ist nicht Mitglied der TdL. Die Tarifvertragsparteien haben sich im April

auf Erhöhungsschritte von je 2,8 Prozent zum Juli 2013 und April 2014 sowie zwei Einmalzahlungen geeinigt (s. E&W 5/2013). Jetzt zeichnet sich eine Übertragung des prozentualen Zuwachses auf die Beamten ab, die Einmalzahlungen sollen aber nicht nachvollzogen werden.

### Lehrkräfte besonders betroffen

Praktisch betrifft die verspätete Übertragung etwa in Baden-Württemberg ebenso mehrheitlich Lehrkräfte wie die Abkoppelung der oberen Besoldungsgruppen in NRW und Bremen. Da können Politiker noch so oft betonen, niemand habe die Absicht, gezielt die Lehrkräfte zu treffen. Bei den Kolleginnen und Kollegen kommt das anders an.

Die Landesregierungen haben erst Steuersenkungen mitgetragen, dann eine Schuldenbremse beschlossen und nun wollen sie den selbst geschaffenen Haushaltszwängen verfassungsrechtliche Prinzipien opfern. Dabei hat Ulrich Battis in seinem Gutachten für die GEW am Beispiel Rheinland-Pfalz aufgezeigt, dass Sonderopfer für Beamtinnen und Beamte das Recht auf amtsangemessene Alimentation verletzen\*. Hier wird die GEW nun Musterprozesse führen. Der Verweis auf eine gerichtliche Überprüfbarkeit der Besoldung vermag aber immer weniger zu überzeugen. Die derzeit vor dem Verfassungsgericht anhängigen Verfahren betreffen Kürzungen aus den Jahren 2003

### Tarifpolitik

#### Glückliche iPad-Gewinner

Kurz vor Beginn der Tarifrunde der Länder 2013 für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes startete die GEW-Mitgliederwerbekampagne „Mitmachen lohnt sich!“. Wer sich an der Mitmach-Aktion beteiligte, konnte an einer Verlosung teilnehmen. Jetzt stehen die glücklichen Gewinnerinnen und Gewinner eines iPads fest: Rolf Rehfeldt aus Lüneburg, Ann-Christin Ramm aus Osnabrück, Sven Dechow aus Neustadt, Ilse Eyer aus Rotenacker, Karin Thrän aus Nürnberg und Petra Komorowski aus Essen. Alle Gewinnerinnen und Gewinner werden schriftlich benachrichtigt.

Die E&W-Redaktion gratuliert!

und 2004. Vor diesem Hintergrund wird der Ruf nach vollen Verhandlungsrechten einschließlich des Streikrechts für Beamtinnen und Beamte immer drängender.

Gesa Bruno-Latocha,  
Referentin im GEW-Arbeitsbereich  
Angestellten- und Beamtenpolitik

\*siehe [http://www.gew.de/Besoldung\\_und\\_Dienstrecht.html](http://www.gew.de/Besoldung_und_Dienstrecht.html)

## Beamtenprotest in Bremen: „Keine Nullrunde“

Rund 1000 Lehrkräfte, Beschäftigte von Polizei, Feuerwehr, Behörden und

Gerichten haben gegen die Pläne des Senats zur Beamtenbesoldung protes-

tiert und eine „Nullrunde“ abgelehnt. Sie forderten die vollständige Übertragung des Tarifergebnisses für die Angestellten im öffentlichen Dienst der Länder auf die Beamtinnen und Beamten der Hansestadt. Die mehr als 600 streikenden Lehrkräfte verlangten zudem die Weiterbeschäftigung von rund 50 Schulsozialarbeitern, deren Stellen zum Jahresende auslaufen, und machten ihrem Unmut über die mangelnde Wertschätzung ihrer Arbeit sowie gestiegene Belastungen im Schulalltag Luft.

Zum Streik hatte die GEW Bremen aufgerufen. Sie kündigte für die nächsten Wochen weitere Aktionen an. hari




Foto: Andreas Staets/GEW Bremen

Streik auf dem Bremer Marktplatz: „Tarifabschluss auf Beamte vollständig übertragen!“

**Klassenfahrten London**  
mit oder ohne Sprachkurs  
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm  
london@reichardt.eu, T: 06181 424830  
[www.reichardt.eu](http://www.reichardt.eu)

Ihre Anzeige in der  
**E&W Erziehung und  
Wissenschaft**  
rufen Sie uns an: 0201 843 00 - 31

[www.eurohike.at](http://www.eurohike.at)



**Machen Sie auch mal Urlaub!**  
Wandern ohne Gepäck – in ganz Europa.  
GRATIS INFOLINE (D): 0800 58 89 718

**CJD MALENTE – BILDUNGSZENTRUM–**

**Erlebnis-Klassenfahrten nach Malente / Holsteinische Schweiz**  
Teamentwicklung für Schulklassen:

- Selbstvertrauen und Körperbeherrschung
- Training im Hochseilgarten Malente
- Ein Tag im Outdoor-Camp / GPS-Rallye

Infos, Flyer und Präsentationshilfen: Godenbergstr. 7b, 23714 Malente  
Fon 04523 / 9916-0, Fax / 9916-16  
[www.cjd-malente.de](http://www.cjd-malente.de)  
info@cjd-malente.de

**Klassenfahrten nach Rom**  
mit Audienz beim neuen Papst

5 Tage Flugreise ab **231 €**

Gruppen- und Studienreisen GmbH  
Tel. 05261 2506-8110 | [italien@cts-reisen.de](mailto:italien@cts-reisen.de) | [www.cts-reisen.de](http://www.cts-reisen.de)

**REAL-TOURS S.R.L.**  
Tel 00 39 / 05 47 / 67 27 27  
Fax 00 39 / 05 47 / 67 27 67  
Via Bartolini, 12  
47042 Cesenatico/Italia  
[www.real-tours.de](http://www.real-tours.de)  
24 h online buchen  
E-Mail: [Info@real-tours.de](mailto:Info@real-tours.de)

**SCHULFAHRTEN 2013**

**Busfahrten nach Cesenatico** mit Ausflügen ab Euro 230,00 HP.  
4 oder 6 Übernachtungen mit Ausflügen nach Ravenna, Venedig, San Marino, Urbino.

- **Busfahrten** zur **Toskana-Küste**, zum **Gardasee**, nach **Rom**, nach **Sorrent**, nach **Südtirol**, nach **Spanien**, nach **Griechenland**
- **Städtereisen** mit dem Bus, inkl. Ausflüge vor Ort  
6 Tage nach **Prag**, 6 Tage **Paris**, 7½ Tage nach **London**,  
4 Tage nach **Berlin**, 4 Tage nach **München** (Preise auf Anfrage)
- **Pakete** bei eigener Anreise z.B. per Flugzeug  
nach Cesenatico, in die Toskana, zum Gardasee,  
nach Spanien/Katalonien, Barcelona, Madrid, Sevilla.

Nur Hotelunterbringungen bei eigener Anreise sind bei allen in unserem Katalog angegebenen Reisezielen möglich.

Bitte fragen Sie nach unserem aktuellen Katalog 2013.

Einzelheiten zu unseren Reisen, Daten, Preisen und Programmabläufen finden Sie auch im Internet unter [www.real-tours.de](http://www.real-tours.de)

**Weitere Informationen auch bei R. Peverada**, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf, Telefon 0 83 22 / 800 222, Telefax 0 83 22 / 800 223.

Unser neuer Service für Schulen...  
**www.klausurbogen.de**

**Z A R B** Arbeitsblätter kreativ & schnell erstellen





Das unentbehrliche Basiswerkzeug für Lehrkräfte: Mit ZARB erstellen Sie differenzierte Lernaufgaben aus deutschen oder fremdsprachigen Texten, alltagstaugliche Arbeitsblätter, die fördern und fordern. Direkt im Textprogramm erzeugen Sie neue Rätsel, Lücken- und Fehlertexte, Schüttel- oder Schlangentexte und mehr. Kompetenzorientierte Übungen zu Wortschatz, Rechtschreibung, Grammatik, Satzbau, Textaufbau und Inhalt entstehen mit wenigen Mausclicks.

Lösung  
2 ZARB 4 IST  
3 EINFACH 1 GENIAL

hans zybur software  
Waldquellenweg 52 · 33649 Bielefeld · Fon 0521-9457290 · [info@zybura.com](mailto:info@zybura.com) · [www.zybura.com](http://www.zybura.com)

**System-Schulplaner 2013/14**  
auch Grundschul- und Sek.-Planer

- Formate A4 + A5 + A6
- Flexible Formblätter für Schüler-Notenverwaltung
- bis 13 Klassen à 6 Seiten
- Tagesplan bis 10 Unterrichtsstunden
- Jahrespläne für 13/14 u. 14/15 + Stundenpläne etc.
- Einstecktasche für lose Blätter

HERMEDIA Verlag  
Postfach 44  
93337 Riedenburg  
F: 09442/92209-66  
ab 5,95 €

T: 09442 / 922 090 Besuchen Sie uns: [www.timetex.de](http://www.timetex.de)

**Teamschulleiter/in und Lehrer/in gesucht ab 01. August 2013**  
für die **Evangelische Grundschule Neustrelitz**  
mit Begeisterung für die Reformpädagogik. Näheres bitte unter  
[www.evangelische-schule-neustrelitz.de](http://www.evangelische-schule-neustrelitz.de) oder fon 03981-256543

**Für Sie fertigen wir gute Taschen zu guten Preisen!**

- Qualitätsbewusst
- Nachhaltig
- Sozialverträglich
- Kundenorientiert



Besuchen Sie unseren neuen Shop:  
[www.jahn-lederwaren.de](http://www.jahn-lederwaren.de)

Im 3in1 finden Sie 3x Gutes und Schönes  
**www.dreiineins.de**

**NaturaMed Vitalclinic**

**Burnout-Kur**  
Psychosomatik  
Depression  
Rücken  
Abwehr  
Essstörungen



Psychosomatisches Privatklinikhaus beihilfefähig  
0 75 24 . 990 - 222  
88339 Bad Waldsee  
[naturamed.de](http://naturamed.de)  
[akutklinik.de](http://akutklinik.de)

Ganzheitsmedizinische Ursachendiagnose

**Die Wollmarshöhe**

**Klinik Wollmarshöhe**

Fachkrankenhaus für psychosomatische Medizin

**Neue Kurzzeittherapie bei Burn out und Stressfolgeerkrankungen**

Akutaufnahme möglich nach § 4 Abs. 4 (Privatversicherer). Einzelzimmerunterbringung, persönliche Atmosphäre, ganzheitliches Therapiekonzept, in Bodenseenähe (Bodnegg).

Für Privatpatienten und Beihilfeberechtigte.

**Kostentransparenz und Kostensicherheit: Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.**

Kontakt: 0049 (0)7520 927-0  
[info@klinik-wollmarshoehe.de](mailto:info@klinik-wollmarshoehe.de)  
[www.klinik-wollmarshoehe.de](http://www.klinik-wollmarshoehe.de)

[www.wollmarshoehe.de](http://www.wollmarshoehe.de)

Bestellen Sie noch heute Ihren Schulbedarf...  
**www.klausurbogen.de**



ILSE SCHAAD

Foto: Kay Herschelmann

# Tarifautonomie? Bitte nur bei den anderen!

// GEW-Kommentar zu L-ego //

Wir befinden uns im Wahlkampf. Die Kandidatinnen und Kandidaten sind auf Tour. Wohlklingende Worte werden in Wahlprogramme gegossen. SPD und Grüne versuchen, sich als Wahrer von Tarifautonomie und Mitbestimmung und Garanten fairer Arbeitsbedingungen zu profilieren.

Am Wahlabend sitzen dann alle Parteien in der Elefantenrunde. Die, die die Wahl verloren haben (nehmen wir mal an, es gelingt SPD und Grünen nicht, CDU/CSU und FDP abzulösen), erklären, der Wähler habe die Botschaft nicht verstanden. Es sei der Partei nicht gelungen, die Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger zu bringen. Nicht, dass diese Aussage jemals gestimmt hätte, aber in diesem Jahr stimmt sie auf keinen Fall. Die Wählerinnen und Wähler haben im Gegenteil sehr gut verstanden: Die Aussagen in den Wahlprogrammen sind keinen Pfifferling wert.

Das Handeln von SPD und Grünen, die in der Mehrheit der Länder an der Regierung sind, widerspricht dem eigenen Programm. Als Arbeitgeber weigern sie sich, mit einer Entgeltordnung für Lehrkräfte auch diese endlich nach Tarifvertrag zu bezahlen. Als Dienstherren wollen sie zaghafte schulpolitische Verbesserungen von den Lehrkräften selbst finanzieren lassen – durch Einfrieren oder Kürzen der Besoldung (s. S. 40 ff.). Das Hire-and-Fire-Prinzip im Schulbereich und in der Wissenschaft halten sie noch immer für modern. Tarifautonomie und Mitbestimmung – war da was? Alleinbestimmungsrecht, vordemokratische Zustände – das ist die Realität, das haben die Lehrkräfte in allen Ländern inzwischen verstanden.

Gewählt wird nicht von virtuellen Bundesbürgern in einer virtuellen Wahlkabine, gewählt wird vor Ort. 850 000 Lehrkräfte, 400 000 Beschäftigte in Hochschulen und Forschung werden immer noch so behandelt, als wäre Ex-Kanzler Gerhard Schröder (SPD) wieder da: „Lehrer sind faule Säcke“ – basta! Gute Bildung und gute Arbeitsbedingungen gehören zusammen. Streiks in Bildungseinrichtungen sind allein durch die politisch Verantwortlichen verursacht. Die meisten Finanz- und Innenminister, die in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sitzen, sind Sozialdemokraten oder Grüne. Dass die TdL jetzt gegen die GEW zu Felde zieht, mit abenteuerlichen Vorträgen vor Gericht in Berlin Streiks verbieten zu lassen (erfolglos!) und Funktionäre der GEW verteufelt (s. S. 4), wird von den Wählerinnen und Wählern sehr wohl verstanden: Sind die Vertreter dieser Parteien erst selbst Arbeitgeber, legen sie jede Bindung an Partei und Programm ab.

Was tun, liebe Bürgerinnen und Bürger? Nicht wählen? Das ist keine vernünftige Lösung. Denn dummerweise werden auch die, die nicht gewählt haben, hinterher regiert. Die Einflussnahme auf Politik endet aber nicht mit dem Wahlabend. Für eine funktionierende Demokratie sind starke Gewerkschaften unverzichtbar. Auch das ist eine Lehre der Vergangenheit. Damit die GEW die Interessen ihrer Mitglieder und des Bildungsbereichs nachhaltiger vertreten kann, muss sie noch stärker werden, mehr Mitglieder gewinnen. Allein Sympathie für die Arbeit der GEW zu bekunden, reicht nicht! Mitglied werden, heißt das Gebot der Stunde.

Ilse Schaad,

Leiterin des GEW-Arbeitsbereichs Angestellten- und Beamtenpolitik

# Die alte Kompromisskultur ist völlig außer Kraft gesetzt

// Nach der Aussperrung der Lehrkräfte in Dänemark: Die Gewerkschaften befürchten einen Sparkurs mit neoliberalen Gepräge. Ein Interview mit Jan Peters, der an der deutschen Schule in Sonderburg, Dänemark, unterrichtet. //



Foto: Privat

Jan Peters (41) ist Vorsitzender des GEW-Kreisverbandes im dänischen Landesteil Nordschleswig. Die 150 Mitglieder des Kreisverbandes arbeiten überwiegend an den Schulen der deutschen Minderheit.

**E&W:** Herr Peters, die Lehrkräfte kommunaler Schulen in Dänemark waren von Ostern bis Ende April ausgesperrt. Standen Sie eines Morgens vor verschlossenen Türen?

**Jan Peters:** Wir erhielten vor Beginn des Lockout Bescheid von der Schule. Obwohl wir nicht ins Gebäude durften, sind wir während der vier Wochen der Aussperrung jeden Morgen hingefahren, um die Schüler zu begrüßen – anfangs mit Äpfeln und Süßigkeiten. Es ging uns darum, Präsenz zu zeigen und Kinder sowie deren Eltern aufzuklären: Wir sind nicht faul, wir streiken nicht, sondern man lässt uns nicht arbeiten.

**E&W:** Worum ging es inhaltlich bei dem Konflikt?

**Peters:** Um längere Präsenz an der Schule, damit letztlich um längere Arbeitszeiten für die Lehrkräfte. Zudem sollen Schulleiter selbst entscheiden, wie viel Vorbereitungsstunden einzelne Lehrkräfte erhalten. Wir befürchten, dass das zu größeren Belastungen für die Leitungen und zu Ungleichbehandlung der Kolleginnen und Kollegen führt.

**E&W:** Dahinter steht das Konzept, Schulen ganztägig auszubauen. Ab wann und wie soll das passieren?

**Peters:** Die Schulreform soll ab 2014 greifen, das „Wie“ ist noch völlig unklar. Geld dafür soll übrigens unter anderem aus den Milliarden Kronen kommen, die die Kommunen durch die Aussperrung eingespart haben. Also, wir sind hochgradig gespannt, wie es weitergeht.

**E&W:** Betroffen waren fast 70 000 Lehrkräfte und 800 000 Schülerinnen und Schüler – wie ging die Öffentlichkeit mit dieser Situation um, gab es Verständnis für Ihre Lage?

**Peters:** Wir haben insgesamt ein gutes Feedback bekommen. Natürlich beklagten sich einige Eltern, weil sie Schwierigkeiten hatten, ihre Kinder unterzubringen. Aber ein Großteil der Bevölkerung hatte Verständnis für unsere Lage. Die Politik hielt sich bis auf wenige Stimmen zunächst aus dem Konflikt heraus.

**E&W:** Aus deutscher Sicht erscheint Dänemark als ein Land, das stark auf sozialen Ausgleich bedacht ist. Nun haben die Arbeitgeber ausgesperrt – ohne dass vorher ein Streik angedroht worden ist. Das ist das schärfste Schwert, das die Arbeitgeber ziehen können. Ändert sich gerade etwas in der dänischen Gesellschaft an der Art der Auseinandersetzungen?

**Peters:** Genau dieses Gefühl haben wir. Viele Jahrzehnte galt das sogenannte dänische Modell: Man setzt sich zusammen, redet, streitet, findet aber am Ende einen Kompromiss. Diese Tradition der Streitkultur ist völlig außer Kraft gesetzt worden. Der soziale Gedanke, der die Basis des dänischen Modells bildet, scheint erschüttert. Wir sind in Sorge, dass wir Lehrkräfte nur die ersten waren, die davon betroffen sind. Bei Polizei und im Gesundheitswesen stehen Tarifverhandlungen an. Unser Eindruck ist, dass mit der Lehrer-Aussperrung ein Signal für den künftigen politischen Kurs gesetzt wurde und der lautet: sparen, ohne an die Folgen zu denken. Die Kolleginnen und Kollegen befürchten eine neue Form des Neoliberalismus.

**E&W:** Ihr Arbeitgeber und Tarifpartner ist die Vertretung der Kommunen, Kommunernes Landsforening (KL). Beendet wurde die Aussperrung aber durch ein Machtwort der sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt. Anders Bondo Christensen, Präsident der dänischen Lehrergewerkschaft DLF, nannte die Situation stark belastet – teilen Sie diese Meinung?

**Peters:** Auf jeden Fall! Da sind Dinge passiert, die in einer Demokratie nicht passieren sollten. Man hat den Lehrvertretern unterstellt, sie würden lügen. Und jetzt stellt sich heraus, dass es offenbar Absprachen zwischen der Kommunalvereinigung und der Regierung gegeben hat. Noch ist unklar, wie sich die Gewerkschaften insgesamt dazu positionieren.

**E&W:** Fühlten Sie sich vom Ausland ausreichend unterstützt?

**Peters:** Als GEW-Kreisvorsitzender hatte ich ständig Kontakt zum Landesverband Schleswig-Holstein. Es gab zudem Solidaritätsschreiben etwa des GEW-Vorsitzenden Ulrich Thöne, deutsche Medien berichteten darüber. Und: Bei unseren Demonstrationen wehten immer GEW-Fahnen – wir sind nicht allein gelassen worden.

Interview: Esther Geißlinger, freie Journalistin

**„Tränen sind unecht“**

(E&W 4/2013, Seite 2: Gastkommentar „In schlechter Verfassung“)



Die SPD hat doch in der großen Koalition dem unsäglichen Bildungsföderalismus zugestimmt. Der Sprecher der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundes-

tagsfraktion, Ernst Dieter Rossmann, spricht von Nötigung und beruft sich auf Edmund Stoiber (CSU) und Roland Koch (CDU). Die SPD wurde 2006 also benötigt? Liebe Genossinnen und Genossen, ihr hattet zu der Zeit fast ebenso viele Bundestagsmandate wie die Union, die „Tränen“ sind unecht ...

Fridolin (Herfried) Tietze, Falkensee

**„Miese Tricks“**

(E&W 4/2013, Seite 16: „Nicht nur Notfall-Feuerwehr“)

In Nordrhein-Westfalen gibt es einen kaum bekannten Erlass, dass bis zu zwei Lehrerstellen pro Schule in unbefristete Stellen für Schulsozialarbeiter umgewandelt werden können. Das bedeutet, dass Lehrerstellen mit Sozialarbeiterinnen besetzt werden, die aber nicht unterrichten dürfen. Und – dass deshalb Lehrkräfte mehr arbeiten in größeren Klassen, damit die Schulträger die Schulsozialarbeit nicht bezahlen müssen. Meine Schulleitung am Berufskolleg hat in vorseilender Sorge um die öffentlichen Finanzen sogar zwei Stellen für Schulsozialarbeiter geschaffen auf Kosten der Lehrkräfte.

Solche miesen Tricks der Bildungsbürokratie müssen an die Öffentlichkeit.

Guido Bley (per E-Mail)

Die Leserschrift, die sich auf zwei E&W-Beiträge bezieht, finden Sie in voller Länge auf der GEW-Website unter [www.gew.de/Nicht\\_nur\\_Notfall-Feuerwehr.html](http://www.gew.de/Nicht_nur_Notfall-Feuerwehr.html) sowie [www.gew.de/Page23898.html](http://www.gew.de/Page23898.html).

**„Werbung für Apple“**

(E&W 4/2013, Seite 40: „Lernen 2.0“)

Wie schon oft habe ich mich wieder gefreut, dass E&W über neue Entwicklungen berichtet. Der Autor hat auch die

Chancen gut beschrieben und kritische Äußerungen, z. B. von Prof. Manfred Spitzer, einbezogen. Ich finde aber, dass zwei Probleme nur knapp oder gar nicht benannt worden sind, die gerade für eine Gewerkschaftszeitung besonders wichtig sein sollten:

1. Dass die Kosten auf die Schülerinnen und Schüler (also die Eltern) abgewälzt werden, lässt sich nicht mit dem Hinweis auf einen Förderverein wendiskutieren. Wenn man bedenkt, dass herkömmliche Computerräume selbstverständlich von den Schulträgern eingerichtet wurden, entziehen sich diese nun ihrer Verantwortung. Der Hinweis, Kosten für Lernmaterialien fielen weg, stimmt so nicht; denn Materialien für den Computer sind kaum billiger (wenn überhaupt) als in Papierform. Schließlich werden auch noch die Risiken des Verlustes, Diebstahls und der Beschädigung auf die Eltern abgewälzt.

2. Es ist unverständlich, warum statt einer neutralen Bezeichnung (etwa „Tablet PC“) ganz offen Werbung für das „iPad“ von Apple gemacht wird. Das „iPad“ ist nicht nur eines der teuersten Geräte, sondern auch mit keinem anderen außer Apple-Produkten kompatibel. Apple strebt ganz klar danach, den Markt mit seinen Standards und seinen Produkten zu durchdringen, um seinen Profit zu steigern. Der Bildungssektor ist natürlich besonders geeignet, das eigene Produkt als Standard einzuführen und damit andere zu verdrängen.

Joachim Fahnenmüller, Köln

**„Enttäuscht“**

(E&W 5/2013, Seite 6 ff.: Schwerpunkt „Kitas unter Druck“)

Sehr schade – nach fast 40 Jahren beruflicher Tätigkeit in verschiedenen sozialen Feldern: Krippe, Vorschulförderung und Förderschule (21 Jahre) muss ich als Kinderpflegerin ausgerechnet in der GEW-Zeitung lesen, dass ich nicht über die entsprechende Qualifikation verfüge, um in diesen Bereichen zu arbeiten. Im Tagesablauf fragt kein Kind nach

der Ausbildung seiner Betreuerin! Für die Jüngsten sind die Bezugspersonen und deren Aufmerksamkeit ihnen gegenüber wichtig. Viele meiner Kolleginnen sind ebenso enttäuscht wie ich!

Jutta Semmler, Göttingen

**Knackpunkt Hochschulabschluss**

Ich habe vor drei Jahren den Bachelor in Kindheitspädagogik absolviert und merke leider recht wenig davon, dass sich das Studium auszahlt. Überall gab es bei der Jobsuche dieselben Probleme. Es werden zwar viele Fachkräfte gesucht, aber im Höchstfall staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher – oder geringer qualifiziert. In manchen Kommunen wird über Quereinsteiger diskutiert und „wir Studierende“ bekommen aus diversen Gründen keine Jobs. Zum einen sind natürlich das Gehalt und die Arbeitszeitregelung ein Knackpunkt. Zum anderen, dass manche Kitas Pädagoginnen und Pädagogen mit Hochschulexamen nicht einstellen wollen mit dem Argument, sie seien überqualifiziert. Da frage ich mich, ob der Personalnotstand tatsächlich so gravierend ist, wenn qualifizierte Fachkräfte abgelehnt werden, um stattdessen kostengünstigere, möglicherweise nicht so gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher zu beschäftigen. Obwohl wir in Deutschland seit fast 15 Jahren eine Debatte über Qualität in den Kitas führen, merkt man leider in vielen Gegenden nicht, dass sich viel in den Einrichtungen verändert hat. Ich frage mich, wozu überhaupt die Anstrengungen frühkindlicher Forschungen, wenn sie scheinbar nebensächlich sind ...

Antje Fischer (per E-Mail)



**E&W-Briefkasten**

**Postanschrift der Redaktion:**  
**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.,**  
**E-Mail: [renate.koerner@gew.de](mailto:renate.koerner@gew.de)**  
**Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.**

## Klassenfahrten nach York

mit Ausflug in die Yorkshire Moors

**6 Tage Busreise ab 198 €**

Tel. 05261 2506-1170 | england@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de

### Behutsam die Welt entdecken

- ✓ Fernreisen weltweit
- ✓ Studien- und Begegnungsreisen
- ✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch

www.Alternativ-Tours.de

Alternativ-Tours Wilmsdorfer Str. 94  
Tel. (030) 21 23 41 90 10629 Berlin

AMERIKA · ASIEN · AUSTRALIEN

Ihre Reiseleiter in **PARIS**  
für Klassenfahrten und Gruppenreisen

www.vinculum-mundi.com  
Tel. 00 33 - 6 74 45 83 59

Seit 1966

## Friesland Charter

Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen  
Auf IJsselmeer und Binnengewässer  
8 bis 60 Personen

- Klassenfahrten
- Wochenendarrangements

Familie Koopmans  
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum  
Ruf 0031-566-631604  
An Bord 0031-6-50681864  
E-mail: info@frieslandcharter.nl  
Internet: www.frieslandcharter.nl

**Klipper DE HOOP\*\*\*\***

## Klassenfahrten eiskalt kalkuliert!

Mit CTS Europa in der Nebensaison entdecken

Jetzt reinklicken unter  
**www.cts-reisen.de**

Herforder Straße 75 | 32657 Lemgo | Tel. 05261 2506-0

## Klassenfahrten SEGEL- u. SURFKURSE

Mountainbikes, Skating, Beachvolleyball

**1 Woche (5 Tg.) Kurs + Vollpension € 169,-**  
**1 Woche (5 Tg.) Kurs + Übernachtung € 129,-**

Je 12 Personen - 1 Begleiter frei

anerkannt vom DSV  
anerkannt vom DMVY  
Mitglied im VDS

**OSTWIND SEGELSPORT GmbH**  
Am Brackstock, 24321 Hohwacht/Ostsee  
Tel. 0 43 81 - 90 51 - 0, Fax 90 51 - 10, info@ostwind.com

03.10.-30.04.  
5 Tage Übernachtung/  
Vollpension 79,- €

## TOSCANA

Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.  
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041  
info@aglioni.it, www.aglioni.it

## MESO

Segelclubs  
Kleinere Segelboote  
und Jollen

12025 Aachen, Wuppertal Str. 18  
Tel. 02126-3711 oder 0212-121218  
Fax 02126-3227 www.meso-reisen.de

## Türkische Ägäis – Wiege der Zivilisationen

Kunst - Kultur - Natur in kleiner Pension am Nationalpark am Meer

www.domizil-lina-art.de

## HISTORISCHE ZEILVAART

### Segeln auf Wattenmeer und IJsselmeer

Traditionelle Segelschiffe mit erfahrener Besatzung. Klassenfahrten ab Harlingen.

**HARLINGEN**  
Fordern Sie kostenlos unsere Broschüren mit Aktiv-Programm an:  
Schipperscoöperatie Historische Zeilvaart Harlingen  
Postbus 114, 8860 AC Harlingen, Holland,  
Tel.: 0031 - 517 - 413242, Fax: 0031 - 517 - 414654  
www.historischesegeelfahrt.de

## Schulfahrt.de

Klasse Reisen

Katalog mit über 300 Seiten gratis bestellen!

☎ 0 35 04/64 33-0  
info@schulfahrt.de

Angebot sofort

## AGARIA TOURS

Fachveranstalter für Pragreisen

# PRAHA

Prag? Nur mit uns!  
Keine Vorkasse: Sie zahlen die gesamte Reise erst nach der Fahrt.

Infos: 040 / 280 95 90 • www.agaria.de • prag@agaria.de

## Klassenfahrten in die Vulkaneifel

Naturerlebnis - Spiel, Spaß, Abenteuer und leckeres Essen

www.jugend-huettendorf.de

## Klassenfahrten Versailles

mit oder ohne Sprachkurs

ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm  
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830  
www.reichardt.eu

## SCHWEDEN

- Ferienhäuser  
- Blockhäuser  
- Bauernhöfe

100 seitiger Katalog gratis!!!  
SÜDSCHWEDISCHE FERIEHAUS-VERMIETUNG  
Box 41, S-289 21 Knislinge, Tel. 004644/60655  
Fax 004644/61519, E-mail So@ssf-turist.se

www.Herberge-Harz.de

3 Tage ab 49 € - 5 Tage ab 79 €  
(UB/VP, Programm inklusive)

Keine Stornoklausel, Freiplätze für Begleitpersonen

**Besondere Angebote:**  
Winter-, Weihnachts- und Outdoorprogramme

Telefon 03947-2793

## Hof Kirchhorst

ab 115,- €/Schüler  
5 Tage HP incl. Programm  
+ 2 Freiplätze pro Klasse  
+ Kombiunterkunft gratis  
Er Lehrer

www.hof-kirchhorst.de

• Berlin – Stadtführungen  
• Schülertouren mit dem Rad, zu Fuß, im Bus

030-21805214  
www.travelxsite.de

# KLASSE REISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-
Oder Österreich ... Holland	

Städtetouren Berlin, Prag, Rom, London ....

**KLASSE REISEN GmbH**  
Württembergallee 2 • 14052 Berlin  
Tel. (030) 303083-6 • Fax (030) 303083-77  
www.klasse-reisen.com

Katalog unter:  
☎ 030-303083-6

# ENGLAND

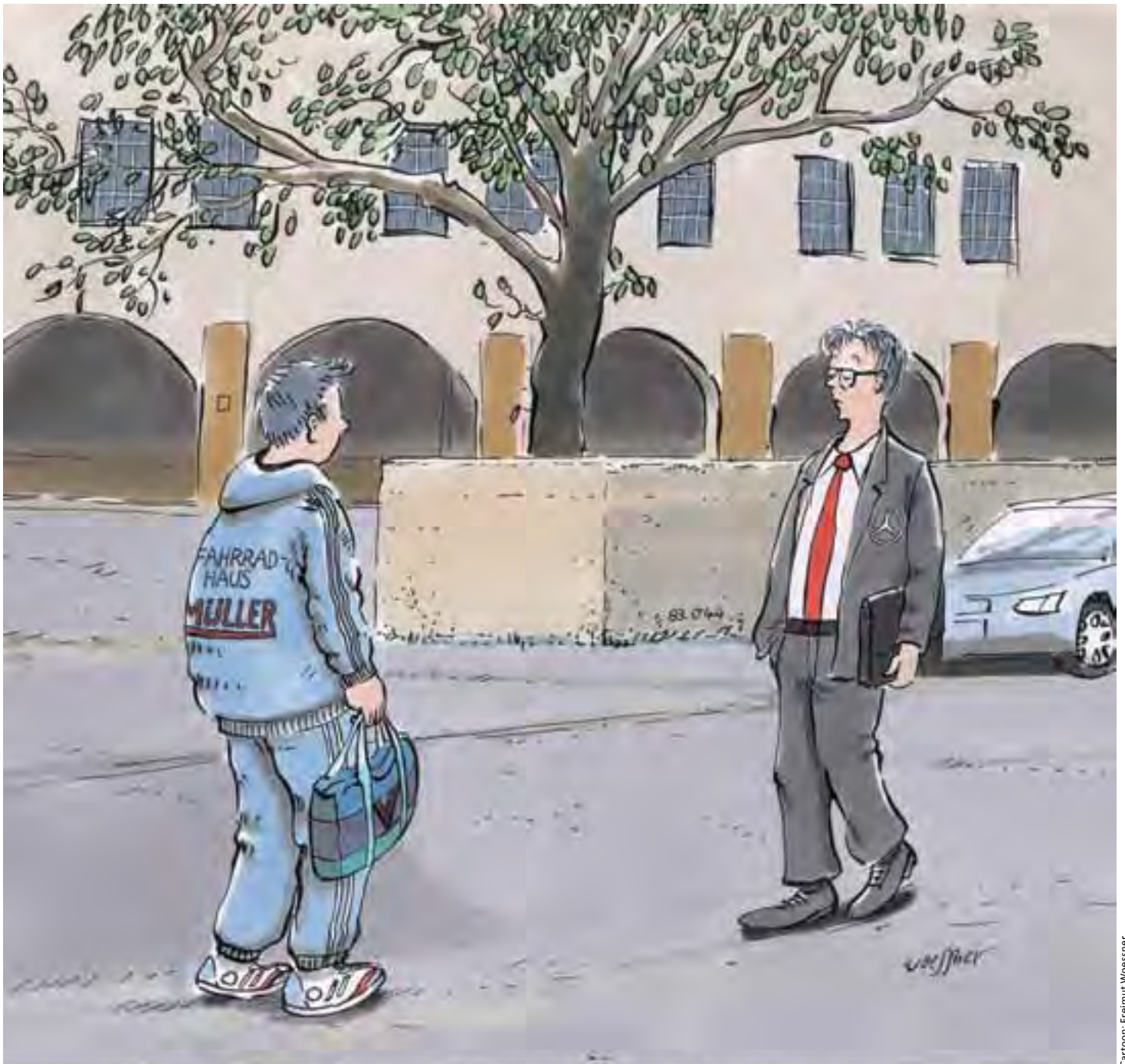
www.s-e-t.de  
Tel: 0421-308820

• Top-Unterbringung • Top-Programm • Shakespeare

**Der Spezialist für Klassenfahrten England**

• London, Oxford, Canterbury, Hastings, Eastbourne...

# Diesmal



Obwohl Realschule und Gymnasium benachbart sind, war es nicht gelungen, denselben Sponsor zu gewinnen.